

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig



am 15. Januar 1857.

Die heutige Sitzung wird von dem Herrn Oberbürgermeister Caspary eröffnet.

Von Der Anfang einer neuen Geschäfts-Periode veranlaßt den Herrn Oberbürgermeister Caspary zu einer Namens des Stadt-Magistrats zu erkennen gegebenen Dankesäußerung dafür, daß die Stadtverordneten auch während des letztverflossenen Zeitabschnitts den Stadt-Magistrat durch ihren einsichtsvollen Rath unterstützt, dadurch dessen schwierige Stellung erleichtert und zugleich gestrebt und erreicht haben, ein freundschaftliches Verhältniß zwischen den beiden städtischen Organen zu erhalten und zu festigen. Diesen ungetrübt gebliebenen Beziehungen zu einander sei es zuzuschreiben, daß die Ordnung und zeitgemäße Fortbildung der städtischen Verhältnisse in den letzten sechs Jahren, seit dem Bestehen der revidirten Städte-Ordnung, wesentlich gefördert sei, und bei der zuversichtlichen Fortdauer solcher Beziehungen stehe zu erwarten, daß auch die zunächst noch bevorstehenden Arbeiten rücksichtlich der Feststellung der städtischen Vermögens-Verhältnisse der Herzoglichen Landes-Regierung gegenüber, der Einrichtung einer Wasserleitung, der Herstellung eines angemessenen Straßenpflasters, der Einführung einer Bauordnung, der Verbesserung des Schulwesens, zu einem gedeihlichen Abschlusse werden gebracht werden, wobei auch der Stadt-Magistrat es sich angelegen sein lassen werde, zur Erhaltung des guten Vernehmens nach Kräften beizutragen.

Besonders noch zollt Herr Oberbürgermeister Caspary Dank dem bisherigen Vorsitzenden, Herrn Landsyndicus Desterreich, für die umsichtige Leitung der Verhandlungen in den Stadtverordneten-Sitzungen, heißt die beiden neugewählten Stadtverordneten, die Herren:

Dr. philos. Heinrich Meyer und
Gold- und Silberarbeiter August Niemeyer,
 willkommen und fordert darauf die Versammlung zur Wahl eines Vorsitzenden für
 das laufende Geschäftsjahr auf.

Aus dieser Wahl geht mit 17 unter 21 Stimmen, von denen noch 3 auf den
 Herrn Grotrian und 1 auf den Herrn Uhde gefallen sind, wiederum Herr Land-
 syndicus Desterreich hervor.

Dem in so großer Mehrheit ausgedrückten Wunsche entsprechend, erklärt Herr
 Desterreich, die abermalige Berufung zum Vorste in dankbarer Anerkennung des
 in ihn gesetzten Vertrauens annehmen zu wollen.

Die weitem Verhandlungen erfolgen hierauf unter der Leitung des neu gewähl-
 ten Herrn Vorsitzenden.

Die Abwesenheit der Herren Aronheim, Fabricius und Grotrian ist
 entschuldigt; ferner sind noch abwesend die Herren Löbbecke, Steinmeyer und
 Uhde, die beiden letztern aber im weitem Verlaufe der Sitzung erschienen.

Das erste Geschäft, die Wahl eines Stellvertreters des Herrn Vorsitzenden, ent-
 scheidet sich erst nach einer wiederholten Wahlhandlung durch die absolute Mehrheit
 von 14 Stimmen für den Herrn Grotrian.

Die Zusammensetzung der ständigen Commissionen und Deputationen wird nach
 dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden von der Versammlung auf die Weise be-
 stimmt, daß so viele Personen, als die bisher üblich gewesene Mitgliederzahl jeder
 einzelnen Commission oder Deputation erforderlich macht, auf einem Wahlzettel ver-
 zeichnet und diejenigen, welche die meisten Stimmen erhalten haben werden, als die
 Gewählten angesehen werden sollen; hiernach sind gewählt:

- 1) für Statute, Reglements und Rechtsachen:
 die Herren Häusler, Desterreich, Aronheim, Liffobon, Ba-
 rentrapp, Helfft und Uhde, unter dem unter sich bestimmten Vor-
 sitze des Herrn Desterreich;
- 2) für städtische Finanz- und Vermögenssachen:
 die Herren Fudel, Grotrian, Kahlert, Helfft und Wankelius,
 unter dem unter sich bestimmten Vorste des Herrn Grotrian;
- 3) für Kirchen- und Schulsachen:
 die Herren Steinmeyer, Uhde und Graß, unter dem unter sich
 bestimmten Vorste des Herrn Uhde;
- 4) für Bausachen, eine Commission, welche nach dem ferneren Beschlusse der
 Versammlung aus drei Mitgliedern bestehen bleiben, zugleich aber auch nach

§. 52 der revidirten Feuerpolizei-Ordnung vom 1. Julius 1855 an Stelle der in der Sitzung am 13. September jenes Jahres gewählten Commission über die Gesuche um Abweichung von den gegebenen Bauvorschriften mit zu entscheiden haben soll:

die Herren Lissebon, Rischbieter und Graß, unter dem unter sich bestimmten Vorsitze des Herrn Graß;

5) für Aufnahme-, Heiraths- und Gewerbebetriebs-Gesuche:

die Herren Kronheim, Meyer, Kloss, Graß und Lissebon, unter dem unter sich bestimmten Vorsitze des Herrn Graß;

6) in die Pflegehaus-Verwaltungs-Deputation:

die Herren Kellner und Grund;

7) in das Gemeinde-Kirchen-Cassen-Collegium:

Herr Graß;

8) in den Gemeinde-Schul-Vorstand:

Herr Steinmeyer;

9) in die Armen-Direction:

Herr Kellner.

Zum Stellvertreter des Protocollführers wird Herr Häusler gewählt.

Die Vertheilung der Mitglieder der Versammlung in die Schätzungs-Deputationen für die Veranlagungen zur Gemeinde- und Armen-Steuer ergiebt folgende Zusammensetzung:

1) für den Wendenthor-District:

die Herren Wankelius, als Vorsitzender, Lissebon, Nieß, Bierbaum und Meyer;

2) für den Steinthor-District:

die Herren Denecke, als Vorsitzender, Halle, Helfft und Rischbieter;

3) für den Augustthor-District:

die Herren Kellner, als Vorsitzender, Grund, Uhde und Niemeyer;

4) für den Wilhelmthor-District:

die Herren Südel, als Vorsitzender, Kloss, Steinmeyer und Varrentrapp;

5) für den Hohethor-District:

die Herren Graß, als Vorsitzender, Fabricius, Kahlert, Lbbecke und Kronheim;

1868) für den Petritshor-District: die Herren Häusler, als Vorsitzender, Grotzian, Lüdecke und
 u. a. m. Dienstedt.

Die Vorsitzenden dieser sechs Deputationen bilden unter dem Voritze des Herrn Wankeliuß die Central-Deputation, an deren Verhandlungen auch der Herr Vorsitzende Desterreich auf Erfordern Theil nehmen wird.

Die Deputationen werden von dem Herrn Vorsitzenden ersucht, die Veranlassungen zur Gemeinde- und Armensteuer, für welche ihnen die betreffenden Rollen mit Nächstem zugesendet werden sollten, möglichst bald in Angriff zu nehmen und thunlichst rasch zu erledigen, damit aus einer desfallsigen Verzögerung keine Beschwerden Seitens der Steuerpflichtigen hergeleitet werden könnten.

Das Protocoll der letzten Sitzung am 4. v. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Herr Warrentrapp, welchem vor dem Uebergange zu den weitem Verhandlungen von dem Herrn Vorsitzenden das erbetene Wort gegeben wird, hält sich der Versammlung gegenüber zu einer die schon in der letzten Sitzung besprochenen Verhältnisse zur Gasanstalt betreffenden Mittheilung verpflichtet, weil ein über den Betrieb dieser Anstalt in der jüngsten Zeit verbreitetes Gerücht im Interesse der Sache selbst und auch in seinem eignen, persönlichen Interesse einer nähern Beleuchtung und Widerlegung bedürfe. Der wesentlichste Inhalt dieser mit den gehörigen Details ausgeführten Mittheilung des Herrn Warrentrapp ist folgender:

Der Grund, aus welchem die Direction der Gasanstalt einstweilen noch Anstand genommen, in Bezug auf den Gaspreis eine Ermäßigung für das Publicum eintreten zu lassen, liegt in den Verhandlungen zwischen der Herzoglichen Eisenbahn- und Post-Direction und der Gasanstalt, welche zur Zeit noch unentschieden gelassen haben, ob jene Behörde auch ferner das Gas zur Beleuchtung des Bahnhofes aus der hiesigen Gasanstalt beziehen werde. Diese Verhandlungen sind neuerlich durch eine Differenz getrübt worden, welche daraus entstanden, daß Herzogliche Eisenbahn- und Post-Direction gemeint hat, das gelieferte Gas zeige nach den ihrerseits angestellten Untersuchungen eine weit geringere Leuchtkraft oder Lichtstärke, als von der Direction der Gasanstalt angegeben werde. Um die Unterschiede in den Resultaten der beiderseitigen Messungen aufzuklären, ist zwischen den Herren Baurath Scheffler, Mitglied der Herzoglichen Eisenbahn- und Post-Direction, und Warrentrapp verabredet, eine gemeinschaftliche Messung der Leuchtkraft des Gases vorzunehmen und dabei die beiderseitigen Meß-Apparate zur Anwendung zu bringen und zu vergleichen. Herr Warrentrapp hat der getroffenen Uebereinkunft gemäß seinen Meß-Apparat nach dem Bahnhofe geschickt; es ist aber doch nicht zu den gemeinsamen Messungsversuchen gekommen, vielmehr hat Herr Warrentrapp aus dem Bahnhofe, woselbst er sich zur Vornahme dieser Versuche zu der verabredeten Zeit eingefunden hat, erfahren, daß der Werkstätten-Controleur Höffer mit dem sowohl auf dem Bahnhofe gebrauchten, als mit dem Apparate des Herrn Warrentrapp nach Berlin geschickt sei, um dort die

beiderseitigen Apparate einer genauen Prüfung unterwerfen zu lassen. Nach Verlaufe mehrer Tage erhält die Direction der Gasanstalt am 31. vor. Mts. ein Schreiben von Herzoglicher Eisenbahn- und Post-Direction, durch welches der erstern eröffnet wird: daß, da der Apparat des Herrn Warrentrapp bei den mit demselben auf dem hiesigen Bahnhofe angestellten Versuchen ergeben habe, daß solcher für einen gleichen Brenner etwa nur die Hälfte des Consums ergebe, wie der auf dem Bahnhofe benutzte Apparat, die Herzogliche Eisenbahn- und Post-Direction sich veranlaßt gesehen habe, eine Prüfung beider Apparate in Berlin zu bewirken; diese Prüfung sei von dem dortigen Aichamte genau und vollständig zwar nur mit dem Bahnhofe-Apparate vorgenommen, weil nach einer generellen Prüfung des Apparates des Herrn Warrentrapp durch den Herrn Höffer und den Mechanicus Elster zu Berlin dessen partielle Unrichtigkeit zu augenfällig gewesen sei; den Apparat zu zerlegen, habe man sich nicht für berechtigt gehalten. Der Bahnhofe-Apparat ist, nach dem weiteren Inhalte des Schreibens, von dem Aichamte zu Berlin als vollkommen richtig, das Gas in englischen Cubikfuß angebend, befunden worden, wobei übrigens von Herzoglicher Eisenbahn- und Post-Direction zugestanden ist, daß ihre frühere Behauptung, der Apparat gebe rheinische Cubikfüße an, irrig gewesen sei, — ein Irrthum, welcher, wie Herr Warrentrapp bemerkt, zur Folge gehabt hat, daß sämmtliche von Herzoglicher Eisenbahn- und Post-Direction angestellte Messungen als um 10 Procent zu niedrige Lichtstärke angefallen sind. Der Apparat des Herrn Warrentrapp zeigt nach den Ermittlungen der Herren Höffer und Elster auf einem kleinen Zifferblatte die ganzen Cubikfüße Gas in englischem Maße richtig an. Auf einem zweiten sehr großen Zifferblatte befinden sich aber Zeiger, welche nur $\frac{9}{10}$ des Gasverbrauchs markiren, und daraus zieht die Herzogliche Eisenbahn- und Post-Direction den Schluß, daß ihr von der Direction der Gasanstalt jene $\frac{9}{10}$ für $\frac{10}{10}$ angerechnet sein werden, sie also bei dem Gasverbrauche vielleicht schon lange um ein Bedeutendes übervorththeilt sei! Darauf hin hat dieselbe denn auch nicht weiter Anstand nehmen zu dürfen geglaubt, den Apparat des Herrn Warrentrapp, ohne dessen Wissen und Zustimmung, am 1. d. Mts. durch den Mechanicus Niemeyer und Uhrmacher Sander hieselbst, im Beisein des Herrn Höffer öffnen und untersuchen zu lassen, eine Untersuchung, welche gleichfalls den Zweck des Apparats des Herrn Warrentrapp unerklärt gelassen und folglich den einmal rege gewordenen Verdacht einer Übervorththeilung nur noch verstärkt hat. Statt überhaupt nur vor allen diesen Maßnahmen eine Erläuterung oder Rechtfertigung von dem Herrn Warrentrapp verlangt zu haben, hat Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction ohne Rücksicht darauf, ob nicht die Sache möchte aufgeklärt werden können und ein Irrthum untergelaufen sein werde, die gewonnenen Ergebnisse als unbestreitbare angenommen und an die Direction der Gasanstalt in einer den Techniker derselben (Herrn Warrentrapp) verletzenden Weise das Verlangen einer Preisermäßigung und Entschädigung gerichtet, auch die Veranlassung gegeben, daß der Gegenstand jenes Verdachts in den weitesten Kreisen des Publicums als eine ausgemachte Thatsache bekannt geworden ist. Um solchen zunächst auf ihn gelenkten Verdacht einer Unrechtfertigkeit abzuwenden, hat Herr Warrentrapp in einer der Direction der Gasanstalt gemachten Mittheilung nicht bloß das durchaus Ungeeignete und Verletzende dieses einseitigen Vorgehens und Urtheils der Herzoglichen Eisenbahn- und Post-Direction dargestellt, sondern auch aus den Angaben der Begutachtenden selbst nachgewiesen, daß trotz der wiederholten Prüfungen, da dieselben nicht mit der

erforderlichen Sachkenntniß vorgenommen worden, dennoch die Idee und der Zweck seines Apparats unerkannt geblieben sei und dieser nichts desto weniger seine ungeschmälerte Bedeutung und Richtigkeit behalte. Dem Wunsche des Herrn Barrentrapp entsprechend ist von der Direction der Gasanstalt über diese Angelegenheit an Herzogliches Staats-Ministerium Bericht erstattet, und in demselben darauf angetragen, daß Herzogliche Eisenbahn- und Post-Direction angehalten werde, ihr auf Irthümern beruhendes, verdächtigendes Urtheil in angemessener Weise zurückzunehmen. Die Sache erklärt sich so, daß der von Herzoglicher Eisenbahn- und Post-Direction und den zugezogenen Sachverständigen geprüfte Apparat des Herrn Barrentrapp eine sogenannte Minutenuhr ist, deren Construction und Zweck erfahrenen Technikern längst bekannt und welche in Berlin gekauft worden ist. Diese Minutenuhr hat nicht den Zweck einer gewöhnlichen Gasuhr, den Consumenten das Quantum des verbrauchten Gases anzuzeigen, sondern sie dient zu den genaueren Messungen der Lichtstärke des Gases. Durch die Minutenuhr, welche allerdings auch anzeigt und anzeigen muß, welches Volumen Gas sie durchströmt hat, wird es ermöglicht, die Beobachtungen und Messungen der Lichtstärke des Gases, statt in einer Stunde, mit derselben, ja mit einer größeren Genauigkeit, weil stundenlange Messungen dieser Art dem Auge unträglich seien, in einer Minute auszuführen und den Verbrauch von Gas **pro Stunde** direct auf einem größeren Zifferblatte abzulesen. Der Zeiger auf letztem wird nämlich durch ein Räderwerk bewegt, welches von der Are des Zeigers auf dem kleinern Zifferblatte in Umdrehung gesetzt wird. Da der Zeiger auf dem kleinern (Minuten-) Zifferblatte auch nach Angabe Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction richtig zeigt, so genügt zur Aufklärung der ganzen Angelegenheit die Besichtigung des genannten Räderwerks, welches die Angaben des kleinen Zeigers versechzigfach auf den großen Zeiger überträgt und es möglich macht das Verbrauchsquantum **pro Stunde** in einer eine Minute dauernden Beobachtung richtig zu ermitteln.

Am Schlusse wiederholte Herr Barrentrapp, daß er sich verpflichtet gehalten habe im Interesse einer gerechten, auch die Stadtverordneten-Versammlung als solche angehenden Sache diese Mittheilungen zu machen.

Nach Erledigung noch einer andern, in vertraulicher Sitzung verhandelten, Angelegenheit werden wegen vorgerückter Tageszeit die sonstigen Gegenstände der Tagesordnung auf die nächste Sitzung verschoben und wird die heutige unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der folgenden Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 22. Januar 1857.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung am 15. d. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Auf die Seitens des Herrn Vorsitzenden an den Herrn Grottrian gerichtete Frage, ob er die auf ihn gefallene Wahl zum Stellvertreter des Vorsitzenden dieser Versammlung anzunehmen bereit sei, erklärt der Letztere, dankend für das in ihn gesetzte Vertrauen, eintretenden Falls die Leitung der Verhandlungen übernehmen zu wollen.

Inhalts eines von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Schreibens des Stadt-Magistrats vom heutigen Tage, die Feststellung der städtischen Vermögens-Verhältnisse betreffend, ist das Resultat der Berathungen der früher zu diesem Zwecke gewählten Commission, an deren Verhandlungen auch der Herr Oberbürgermeister Caspari Theil genommen, in einem Berichte vom 20. September 1852 vom Stadt-Magistrate dem Herzogl. Staatsministerium vorgetragen. Dieses hat darauf, nach weiterer Prüfung der Sache und nachdem schließlich unter Zuziehung der Vorsitzenden des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten einzelne Punkte mündlich erörtert sind, jetzt mittelst Rescripts vom 16. d. Mts. den Entwurf zu einem Vertrage über

die definitive Auseinandersetzung zwischen der Herzoglichen Landesregierung und der hiesigen Stadt dem Stadt-Magistrate zugefertigt. Von letzterm wird dieser Vertrags-Entwurf der Stadtverordneten-Versammlung zur Erklärung mitgetheilt und dabei ausgesprochen, daß eine genaue Prüfung der Vertrags-Bestimmungen im Einzelnen und im Ganzen nur dahin geführt habe, die Annahme des Vertrages zu empfehlen.

Der Herr Vorsitzende giebt der Versammlung anheim, zur speciellern Vorprüfung dieser Angelegenheit behuf einer demnächstigen Berichtserstattung und Beschlußnahme in der Versammlung eine Commission von drei Mitgliedern zu wählen, da die frühere Commission, zusammengesetzt aus den Herren Aronheim und Bieweg und ihm, dem Vorsitzenden, ihre Aufgabe erfüllt habe und es wünschenswerth sein werde, durch Wahl einer neuen Commission einer freien, unbefangenen Beurtheilung der Sache Vorschub zu leisten.

Gleichwie der Stadt-Magistrat die betreffenden Acten zur Einsicht, zur Verfügung stellt und angezeigt hat, daß der Herr Oberbürgermeister Caspari jederzeit bereit sein werde, Erläuterungen und Aufschlüsse zu geben, so erdietet sich zu ähnlichen Mittheilungen auch der Herr Vorsitzende.

Die Versammlung schreitet zur Wahl einer Commission von drei Mitgliedern, aus welcher die Herren Grotrian, Haeusler und Meyer hervorgehen.

Dieser Commission wird die Vorlage von dem Herrn Vorsitzenden überwiesen.

Herr Haeusler lenkt, nachdem ihm der erbetene Vortrag von dem Herrn Vorsitzenden gestattet worden, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf eine Wegeangelegenheit:

Das Statut über die Besserung und Erhaltung der öffentlichen Wege innerhalb der städtischen Feldmarken habe den segensreichen Erfolg gehabt, daß die Communalwege schon jetzt in einer sehr guten Beschaffenheit sich befänden. Die in diese Classe gehörigen Wege seien in dem Statute namentlich aufgeführt, jedoch in dem Sinne, daß es nicht ausgeschlossen sei, zu jenen Wegen, falls sich aus der Benutzungsweise dieses oder jenes andern Weges ein Bedürfniß dazu herausstellen sollte, noch andere hinzuzufügen. Ein solches Bedürfniß mache sich insbesondere für den Weg geltend, welcher vom Wilhelmithore ab zwischen dem sogenannten Hofzhofe und dem Bahnhofe auf der einen und verschiedenen Privatgrundstücken, des Gärtners und Kohlenhändlers Markworth, des Banquiers Löbbecke, der Seele'schen

Fabrik, des Südel'schen Holzhofes, der Gasfabrik auf der andern Seite sich hindurch ziehe, von dem Publikum sehr stark benutzt werde, aber bei schlechtem Wetter für Fußgänger und selbst auch für Fuhrwerke fast unpässirbar sei. Daß auf diesen Weg bisher keine größere Sorgfalt gewendet worden, rühre hauptsächlich daher, daß unter den genannten Anliegern eine Einigung darüber nicht habe zu Stande gebracht werden können, auf welche Weise und nach welchem Beitragsverhältnisse rücksichtlich der Kosten der Weg hergestellt und erhalten werden solle. Die unverkennbare Wichtigkeit und Annehmlichkeit, welche dieser Weg für das gesammte Publikum habe, lasse es dringend erwünscht erscheinen, den Weg unter die Obhut der städtischen Behörden zu stellen, um dadurch für denselben die nämlichen Vortheile zu erreichen, welche den übrigen Communalwegen zu Gute gekommen seien. Von noch größerer Bedeutung werde dieser Weg freilich erst alsdann werden, wenn derselbe bis zu der Verbindungsstraße zwischen der Frankfurter und Leipziger Chaussee fortgeführt würde, so, daß er auch für Fuhrwerk zu benutzen stände; aber auch dazu sei eine genügende Veranlassung geboten, da, sobald solches geschehen, die geeigneteste Gelegenheit zur Anlage neuer gewerblicher Etablissements und zum Baue neuer Häuser gegeben sein würde. Die Gewinnung des zu dem neuen Wege erforderlichen Terrains werde durch eine Verhandlung mit Herzoglicher Eisenbahn- und Post-Direction oder mit den andern Anliegern über die Abtretung von Grund und Boden nicht allzu schwer zu erreichen sein.

Von Herrn Haeusler wird hiernach beantragt: den Stadt-Magistrat zu ersuchen, eine statutarische Bestimmung vorzulegen, durch welche auch der bezeichnete Weg vom Wilhelmithore ab unter die Zahl der Communalwege gebracht und auf diese Weise unter die für diese geltenden statutarischen Vorschriften gestellt werde.

Um diesem Zwecke entgegen zu kommen, giebt Herr Haeusler der Versammlung anheim, eine Commission zu wählen, welche diesen Antrag einer weitem Prüfung unterwerfe und über denselben namentlich behuf Aufstellung eines Kostenanschlages mit dem Stadt-Magistrate in Verhandlung trete.

Mit Zustimmung der Versammlung überweist der Herr Vorsitzende diesen Antrag der Bau-Commission.

Nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden Namens der Statuten-Commission hat der Erlaß einer neuen Straßenpolizei-Ordnung zu weitem Verhandlungen zwischen dem Stadt-Magistrate und dem Herzoglichen Staats-Ministerium geführt und

hat Letzteres inhalts eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 26. v. Mts. durch ein Rescript vom 10. v. Mts. wiederholt Modificationen verschiedener Bestimmungen des aus den frühern Berathungen dieser Versammlung hervorgegangenen Entwurfs gefordert, welche für nothwendig erachtet sind, um die Straßenpolizei-Ordnung für die hiesige Stadt mit den landesgesetzlichen Bestimmungen des Polizei-Straf-Gesetzbuches in Einklang zu bringen. Diese Modificationen beziehen sich insbesondere darauf, die Verschiedenheiten in der Feststellung des Strafmaßes bei mehren statutarischen und landesgesetzlichen Vorschriften auszugleichen, was nach dem Daseinhalten des Stadt-Magistrats und der Commission nur einige Redactions-Änderungen und Bestimmung eines niedrigsten und höchsten Straffsazes zur Folge hat.

Auf die Versicherung des Herrn Vorsitzenden Namens der Commission, daß die Anforderungen des Herzoglichen Staats-Ministeriums wesentliche Abänderungen des Entwurfs nicht veranlassen würden, genehmigt die Versammlung den Antrag:

daß die Commission, um jenen Anforderungen zu genügen, beauftragt werde, in gemeinsamer Verhandlung mit dem Stadt-Magistrate oder einem Deputirten desselben die desfallsigen Modificationen des Entwurfs durch eine entsprechende Redaction vorzunehmen.

Nur eine neue Bestimmung, von Herzoglicher Polizei-Direction in Vorschlag gebracht, soll nach den Verfügungen des Herzoglichen Staats-Ministeriums dem Entwurfe noch eingeschaltet werden. Sie betrifft die Hundefuhrwerke, deren Zahl in neuerer Zeit bedeutend zugenommen hat, und deren Führung, namentlich durch das rasche Fahren mit denselben, für Menschen und Pferde schon gefährlich geworden ist. In wesentlicher Uebereinstimmung mit dem Vorschlage der Herzoglichen Polizei-Direction und des Stadt-Magistrats legt die Commission der Versammlung folgende Bestimmung zur Annahme vor:

Den Führern von Fuhrwerken, welche von Hunden gezogen werden, wird verboten, sich auf das Fuhrwerk zu setzen; sie müssen vielmehr, daneben gehend, die Hunde leiten. — Sie dürfen nur im Schritt fahren und sich von ihrem Fuhrwerke nur entfernen, um in dem Hause, vor welchem sie halten, ihre Besorgungen auszurichten, müssen aber, bevor sie die Fuhrwerke verlassen, an diesen die Hunde so befestigen, daß dieselben Vorübergehenden nicht gefährlich werden können. — Weißigen Hunden sind Maulkörbe anzulegen.

Strafe: 6 ggr bis 2 \mathfrak{g} .

Herr Fabricius, welcher mit diesem Antrage so sehr einverstanden ist, daß er nur wünschen möchte, auch das Polizei-Straf-Gesetzbuch durch eine ähnliche Bestimmung vervollständigt zu sehen, giebt noch einen Zusatz anheim, durch welchen auch auf die Mißhandlung der Hunde eine Strafe gesetzt würde. Da aber nach Mittheilung des Herrn Grotzian eine diesen letztern Punct betreffende Vorschrift in dem Polizei-Straf-Gesetzbuche enthalten ist, so wird der gemachte Vorschlag von dem Herrn Fabricius zurückgenommen.

Eine von dem Herrn Lissebon beantragte Zusatz-Bestimmung bezieht sich auf die Fütterung der zum Fahren benutzten Hunde, für welche vorgeschrieben werden sollte, daß solche Fütterung insbesondere zum Besten der Hunde selbst nicht auf der Straße, sondern in den Häusern zu besorgen sei, um auch hiedurch das längere Verbleiben der Hunde auf der Straße und die nachtheiligen Folgen zu vermeiden, welche aus der Einwirkung der strengen Sonnenhitze auf die Hunde und aus dem Mangel von Wasser überhaupt oder aus dem Genuße des schlechten Gassenwassers für die Hunde entstehen könnten. Mehrfache Bedenken, die diesem Vorschlage entgegen gestellt worden, daß namentlich eine derartige Vorsorge zu weit gehe, die Hundeführer zu sehr belästige, die Erhaltung der Hunde vertheuere, und vielleicht gar eine größere Vernachlässigung der Hunde Seitens der Besitzer herbeiführe, veranlassen die Ablehnung dieses Vorschlages durch Beschluß der Versammlung.

Auf eine Anfrage des Herrn Niemeyer, ob es nicht angemessen sein werde, für alle Hunde vor den Fuhrwerken, wie z. B. in Berlin, die Anlegung von Maulkörben vorzuschreiben, erklärt der Herr Vorsitzende, daß diese Maßregel bei der Berathung über das Statut das Halten von Hunden betreffend, reiflich erwogen sei, aber aus verschiedenen Gründen in der Versammlung keine Billigung gefunden habe.

Herr Barrentrapp endlich schlägt vor, daß das Leiten der Hunde durch die Führer etwas deutlicher und bestimmter dahin ausgedrückt werden möge, daß die Führer verpflichtet seien, die Hunde an der Hand, an einer Linie, an einem Riemen zu haben.

Unter Vorbehalt der genauern Redaction unter Berücksichtigung des Vorschlages des Herrn Barrentrapp wird hierauf der Commissions-Antrag von der Versammlung durch Beschluß angenommen.

Für die weitem Verhandlungen wird auf Antrag des Herrn Lissebon von der Versammlung der Uebergang zu einer vertraulichen Sitzung beschlossen, in welcher über Reclamationen gegen die Gemeinde- und Armensteuer und über Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts berathen und Beschluß gefaßt wird.

Die Herren Grund, Löbbbecke, Bierbaum und Uhde sind in der heutigen Sitzung nicht anwesend gewesen und ist ihre Abwesenheit für entschuldigt gehalten.

Die Herren Kellner, Niemeyer, Aronheim und Lissebon haben sich im Laufe der Sitzung mit Genehmigung des Herrn Vorsitzenden entfernt.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

N^o 3.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 69. der Braunschweigischen Anzeigen de 1857.)

1857.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

a m 12. März 1857.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Wangelius, Grund, Kellner, Löbbecke, Bierbaum und Steinmeyer wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Der Herr Vorsitzende theilt der Versammlung ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 6. d. Mts. mit, Inhalts dessen durch den unlängst erfolgten Tod des Schneidermeisters Hasse bei dem Bekleidungs-Magazine der Armen-Anstalt eine Vacanz eingetreten ist. Dem von der Armen-Direction gemachten Vorschlage, diese Stelle, mit welcher eine jährliche Remuneration von 150 fl verbunden gewesen ist, nicht sofort definitiv wieder zu besetzen, sondern einen provisorischen Zustand eintreten zu lassen, zumal eine anderweite Ordnung der Armen-Verwaltung in diesem Punkte gerathen erscheinen dürfte, hat sich der Stadt-Magistrat angeschlossen. Die Kosten dieser provisorischen Einrichtung sind nach dem Darfuralten der Armen-Direction mit 100 fl jährlich zu bestreiten und giebt deshalb der Stadt-Magistrat anheim: der Armen-Direction zu jenem Zwecke 100 fl aus städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Da diese Proposition, an sich unbedenklich, auch in finanzieller Hinsicht dem §. 26 des Armen-Statuts nicht zuwider läuft, beschließt die Versammlung: daß der Armen-Direction die angeforderte Summe bis zu 100 fl für das laufende Jahr zur Disposition gestellt werde.

Der Tagesordnung folgend werden auf die Berichterstattungen des Herrn Grotzian Namens der Finanz-Commission folgende Beschlüsse gefaßt.

I. Der Antrag des Stadt-Magistrats vom 14. v. Mts. auf Verlängerung des zwischen der hiesigen Stadt und dem Weinändler Pappé hinsichtlich des städtischen Wein- und Bierkellers am Hagenmarkte, der »Engel« genannt, bestehenden Pacht-contracts auf fernere drei Jahre von Michaelis d. J. bis dahin 1860 unter den frühern Bedingungen, insbesondere gegen Zahlung des bisherigen Pachtpreises, wird von der Versammlung auf die Befürwortung der Finanz-Commission angenommen.

II. Ebenso erklärt sich die Versammlung in Uebereinstimmung mit der Finanz-Commission damit einverstanden, daß die dem hiesigen Neustadt-Rathhause, dessen Localitäten übrigens der Herzoglichen Zoll- und Steuer-Direction zur Benutzung un-
kündbar überlassen sind und deshalb nicht mit zur Verpachtung kommen, anfliebende Gerechtsame des Bier- und Weinschanks unter den vom Stadt-Magistrate aufgestellten

ten und durch Schreiben vom 16. v. Mts. mitgetheilten Bedingungen vom 1. Januar 1858 auf sechs Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werde.

III. Der durch eine Mittheilung der Herzoglichen Polizei-Direction veranlaßten Proposition des Stadt-Magistrats in einem Schreiben vom 31. December v. J., daß für die im Herzoglichen Marstalls-Gebäude aufbewahrte Feuerspritze, welche jetzt zu den besten der hiesigen Stadt gehört und bei ausgebrochenem Feuer zwar jedesmal mit besonderer Schnelligkeit von der Bedienung des Herzogl. Marstalls zur Brandstelle geschafft, alsdann aber ohne weitere Bedienung ist, ein Rohrführer und 12 Mann als active Löschmannschaft auf städtische Kosten, welche sich auf 68 fl jährlich belaufen, angenommen werden, entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanz-Commission, insbesondere durch Verwilligung der nöthigen Geldmittel, und zwar mit der Bestimmung, daß diese Anordnung schon vom 1. Januar d. J. an Geltung haben solle.

Ein von dem Herrn Kronheim bei dieser Gelegenheit angebotener Vorschlag, daß den bei der Löschung eines ausgebrochenen Feuers theilhaftigen Mannschaften durch eine gehörige Concentration und durch strenge Disciplin eine angemessenere und wirksamere Organisation gegeben werden könne, wird von dem Herrn Vorsitzenden einer weitem Vorberatung durch die Statuten-Commission, deren Mitglied auch Herr Kronheim ist, vorbehalten.

IV. In hiesiger Stadt ist nach der höchsten Verordnung vom 5. Februar 1754 alljährlich in allen Kirchen eine Armenpredigt gehalten; der Ertrag der bei dieser Gelegenheit veranstalteten Sammlung von Gaben für die Armen ist etatmäßig der Armen-Casse zugeflossen. Der Verein der Armenpfleger, ausgehend von der Erwägung, daß es jetzt, wo die Bedürfnisse der Armen-Anstalt durch eine städtische Steuer aufgebracht würden, nicht mehr zeitgemäß sei, den Ertrag solcher Sammlungen bei der Armen-Casse zu vereinnahmen, daß aber gleichwohl die Predigt als Anregung zur Mildthätigkeit beibehalten werden möge, hat eine Aenderung jenes Herkommens bei der Armen-Direction in Vorschlag gebracht. Diese hat solchen Vorschlag dahin bei dem Stadt-Magistrate vertreten:

daß die bei Gelegenheit der Armenpredigt gesammelten Gaben nicht ferner bei der Armen-Casse erhoben, sondern zu außerordentlichen Unterstützungen bedürftiger hiesiger Einwohner, eintretendenfalls selbst recipirter Armer, — damit es möglich sei, auch diesen zu Hülfe zu kommen, wenn die statutarischen Unterstützungen für dieselben nicht ausreichen sollten, — verwendet, daß solche Unterstützungen vorzugsweise den von dem Vereine der Armenpfleger bezeichneten Bedürftigen gewährt werden möchten, und daß die Armenpredigt auf den Tag der Feier des Erntedankfestes verlegt werden möge, weil dieser Tag der am besten geeignete sei, um zu Spenden für Bedürftige anzuregen und aufzufordern.

Der Stadt-Magistrat hat in seinem Schreiben vom 22. Januar d. J. diesen Vorschlag nach seinem ganzen Inhalte befürwortet und die Zustimmung der Versammlung dafür in Anspruch genommen:

daß vom laufenden Jahre an die entsprechende in den Etat der Armen-Casse aufgenommene Einnahme-Position, welche bisher einen Ertrag von 300 bis 400 fl ergeben habe, in demselben gestrichen, resp. aus demselben weg gelassen werde.

Die Finanz-Commission glaubt diese Veränderung der bisherigen Einrichtung und damit zugleich den Antrag des Stadt-Magistrats der Versammlung nach dem Vorstehenden zur Genehmigung empfehlen zu müssen.

Herr Lüdecke theilt der Versammlung mit, daß von ihm bei Gelegenheit der Armenpredigt während einer Reihe von 30 Jahren die traurige Erfahrung gemacht worden, daß gerade an jenem Tage die Kirche nicht mehr so zahlreich, wie früher besucht werde, und daß insbesondere die wohlhabendern Personen, von denen Spenden für die Armen zu erwarten seien, immer mehr sich zurückgezogen hätten; der betrübende Eindruck, den eine solche alljährlich wiederkehrende Erscheinung hervorrufe, veranlasse ihn:

die für die Einsammlung von Gaben für hülfsbedürftige Personen berechnete Armenpredigt fortan überhaupt aufzuheben und abzuschaffen.

Von den Herren Fabricius, Riez und Overbürgermeister Caspari wird dagegen der Vorschlag der Armen-Direction unterstützt und von dem Herrn Grass der Wunsch ausgesprochen, es möge die beabsichtigte neue Einrichtung dem Publikum zur Kenntniß gebracht werden, um bei demselben auf diesem Wege eine größere Theiligung hervorzurufen.

Hierauf wird nach Ablehnung des Antrags des Herrn Lüdecke der Vorschlag der Armen-Direction in Verbindung mit der Proposition des Stadt-Magistrats angenommen, auch erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Armenpredigt auf das Erntedankfest verlegt werde.

V. Auf den Antrag des Stadt-Magistrats in seinem Schreiben vom 29. December v. J. verwilligt die Versammlung nach der Befürwortung der Finanz-Commission, der Wittve des verstorbenen öffentlichen Nachtwächters Meier, geb. Lenz, eine außerordentliche Unterstützung von 6 \mathfrak{R} aus der Stadt-Casse.

VI. Namens der Bau-Commission erstattet hierauf Herr Grass Bericht über den in der letzten Sitzung am 22. Januar d. J. von Herrn Häusler gestellten Antrag über die Aufnahme des vom Wilhelmithore ab vor dem Holzhofe und dem Bahnhofe vorbeiziehenden Weges, unter die Zahl der Communalwege.

In Vereinigung mit einigen Mitgliedern des Stadt-Magistrats ist die Bau-Commission nach vorgenommener Besichtigung an Ort und Stelle über jenen Antrag in Berathung getreten, deren Resultat in dem Antrage zusammengefaßt ist:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, mit Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction wegen einer Verlängerung des von dem Wilhelmithore ab nach dem Kesselschen Garten zuführenden Weges, bis zu der Verbindungsstraße zwischen der Leipziger und Frankfurter Chaussee und wegen der Unterhaltung dieses Weges in Unterhandlung zu treten und zugleich geeigneten Ortes dahin zu wirken, daß lehtgedachte Verbindungsstraße gleich den städtischen Communalwegen der freien Benutzung übergeben werde.

Die weitem Ausführungen des Herrn Grass zur Motivirung dieses Antrages bestimmen den Herrn Häusler, sich mit demselben in dieser allgemeineren Fassung einverstanden zu erklären, obwohl er gewünscht hätte, daß klarer und entschiedener ausgesprochen wäre: es sei die Absicht, die ganze Wegstrecke vom Wilhelmithore ab bis zu der vorbezeichneten Verbindungsstraße unter die Zahl der städtischen Communalwege aufzunehmen.

Herr Lissabon erklärt sich überhaupt gegen eine weitere Verfolgung des Häuslerschen Antrages: Es sei schon genügend, wenn nur der Fußweg an der jetzt vorhandenen Wegstrecke vom Wilhelmithore ab bis zu dem Kesselschen Garten in guten Stand gesetzt und darin erhalten werde und dazu sei die Wilhelmithor-Gemeinde verpflichtet und anzuhalten. Die Verlängerung des Fahrweges über den Kesselschen Garten hinaus, welche nur für etwa neu entstehende gewerbliche Etablissements

in jener Gegend einige Bedeutung haben könne, erscheine nicht dringend nothwendig, weil die dort gelegenen ländlichen Grundstücke sich bis an die Frankfurter Chaussee erstreckten, nach dieser Seite hin also die Zu- und Abfahren gestatteten, nicht mit zu großem Kostenaufwande zu erwerben seien und der geringe Umweg nach dem Bahnhofe oder nach der Stadt hinein nicht allzuschwer ins Gewicht falle. Obnehin möchte die Bahnhof-Verwaltung sich nicht bereit finden lassen, noch mehr Zugänge zu dem Bahnhof-Terrain zu schaffen, vielmehr darauf Bedacht sein, die Zahl der jetzt vorhandenen Zugänge zu vermindern und die Zu- und Abfahren auf die eine Zugangsstelle an der Wilhelmthor-Promenade zu beschränken. Die Benutzung der verlängerten Fahrwegsstrecke etwa auch zu Spazierfahrten habe aber noch das Bedenken gegen sich, daß aus derselben durch das Scheuwerden der Pferde Gefahr für Menschen und Fuhrwerk hervorgehen könne. Sollte gleichwohl der Plan der Fahrweg-Verlängerung weiter ausgeführt werden, so erscheine es doch gerecht und billig, daß der Weg nicht gleich den übrigen städtischen Communalwegen vorzugsweise auf Kosten der Grundbesitzer hergestellt und unterhalten, sondern in beider Beziehung auf die Stadt-Casse übernommen würde.

Die Herren Aronheim, Oberbürgermeister Caspari und Födel entgegneten zur Unterstützung des Antrages. Unverkennbar sei in neuerer Zeit eine größere Regsamkeit in industrieller Beziehung hervorgetreten und das Terrain vor dem Wilhelmthore, in der Nähe der Eisenbahn, sei offenbar am geeignetsten für Gründung neuer gewerblicher Etablissements. Mit Rücksicht hierauf sei es von wesentlichem Interesse, eine Fahrstraße noch über den Kesselschen Garten hinaus und zwar zu rechter Zeit zu öffnen, damit nicht die dortigen Grundstücke für andere Zwecke benutzt und dadurch unerwerbbar würden. Die Herstellung einer kürzern und leichtern Communication, insbesondere mit dem Bahnhofe, sei zur Förderung solcher gewerblicher Etablissements höchst dienlich, weil es, selbst vorausgesetzt, daß der Grund und Boden dafür zu gewinnen wäre, in Erwägung der Zahl der Zu- und Abfahren zu umständlich, zeitraubend und daher kostspielig sein würde, den Weg über die Frankfurter Straße nach der Stadt zu einzuschlagen. Daneben könne es aber auch nur im Interesse der Bahnhof-Verwaltung liegen, den für den Verkehr mit der Eisenbahn berechneten Zu- und Abfahren die kürzesten und leichtesten Wege und Zugänge zu öffnen, wie das ja auch bis jetzt schon geschehen sei. Die aus der Benutzung des Fahrweges hergenommenen möglichen Gefahren könnten wohl nicht maßgebend sein, weil einem Jeden überlassen bleiben müsse, gegen dieselben sich zu sichern. Wenn endlich eine neue Wegeanlage wünschenswerth und zweckmäßig sei, so hänge es von dem Charakter und von der Bedeutung eines solchen Weges ab, in welche Classe der Wege derselbe zu bringen sei, und danach müsse es sich demnächst entscheiden, ob der hier in Frage stehende Weg nach dem städtischen Wegestatute unter die Zahl der Communalwege aufzunehmen oder anders zu behandeln sei.

Nach Schluß der Verhandlungen wird der Antrag der Bau-Commission von der Versammlung angenommen.

Die Versammlung geht zu einer vertraulichen Sitzung über, in welcher über Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortrechts in hiesiger Stadt verhandelt wird.

Die Sitzung wird hierauf unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 30. April 1857.

Herr Landsyndicus Desterreich eröffnet die Versammlung, in welcher die Herren Graß, Grottrian und Wankeliuß mit als genügend anerkannter Entschuldigung fehlen.

Nach Verlesung des Protocolls der vorigen Versammlung durch Herrn Häusler, welcher in Abwesenheit des Herrn Stadtsecretairs Carstens die Protocollführung übernimmt, wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Herr Kahlert berichtet Namens der Finanzcommission über eine Proposition des Stadt-Magistrats vom 11. d. Mts., auf die Verlängerung des über zwei Keller unter dem Schulhause östlichen Bezirks abgeschlossenen Miethcontracts, welchen der bisherige Miether zu demselben Miethpreise fortzusetzen bereit ist, gerichtet. Die Commission empfiehlt die Prolongation des Contracts auf den vom Magistrate vorgeschlagenen Zeitraum von 6 Jahren.

Die Versammlung beschließt auf den desfallsigen Antrag des Herrn Rischbieter die Prolongation nur auf 3 Jahre auszusprechen.

II. Derselbe berichtet über eine fernere Proposition des Stadt-Magistrats vom 21. v. Mts. hinsichtlich der Verpachtung der dem Neustadt-Rathhause anliegenden Gerechtsame des Bier- und Weinschanks. Der Handlungscommis Görig hat sich zum Abschlusse eines Pachtcontracts zu dem bisher gezahlten Pachtgelde von 400 fl erboten, falls ihm der Zuschlag vor dem bereits anberaumten öffentlichen Termine ertheilt werde. Der Magistrat, welcher inzwischen den Verpachtungstermin wieder aufgehoben hat, beantragt den Abschluß des Contracts mit dem p. Görig auf 6 Jahre, wel-

den Antrag die Commission zur Annahme empfiehlt, da von einer öffentlichen Verpachtung ein günstiges Resultat nicht zu hoffen sei.

Die Versammlung genehmigt den Antrag.

III. Der Herr Vorsitzende theilt hinsichtlich des Statuts, den Verkauf von Holz und Torf betreffend mit, daß Herzogliches Staatsministerium eine dahin erhobene Erinnerung, daß über die Art und Weise wie die Mischzeichen an den Torfwagen anzubringen seien, specielle Bestimmungen in dem Statute gegeben werden müßten, zurückgezogen habe, nachdem der Magistrat die Erklärung abgegeben habe, daß in dieser Beziehung nach vorgängiger Verständigung mit der Mischungs-Commission eine besondere Bekanntmachung beabsichtigt werde. Dagegen sei Herzogliches Staatsministerium dabei stehen geblieben, daß die in dem Statute enthaltenen Bestimmungen, daß die Angaben der beeidigten Holzmesser, Marktmeister und Polizeibeamten hinsichtlich der Holzquantitäten vollen Beweis liefern sollen, sowie daß Herzogliche Polizei-Direction bei Differenzen über die auf einem Wagen befindlichen Quantitäten Torf das Resultat endgültig feststellen solle (§. 7 und §. 14 des Statuts) aus denselben, als in rechtliche Bestimmungen eingreifend, aus dem Statute zu entfernen seien.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, da wegen dieses Punctes das Statut nicht wohl aufgegeben werden könne, von jenen Bestimmungen abzustehen.

Nachdem die Versammlung sich hiermit einverstanden erklärt hat, bemerkt der Herr Vorsitzende, daß nunmehr der Publikation des Statuts werde entgegengesehen werden können.

IV. Herr Kahler berichtet Namens der Finanzcommission über einen wiederholten Antrag des Maurermeisters Götz auf Nachverwilligung von 100 \mathfrak{g} für seine an dem Dietrich'schen Denkmal gelieferten Arbeiten. Die Commission erklärt sich gegen die Verwilligung, da sie in dem wiederholten Antrage neue Gründe, welche ein Abgehen von den früher gefassten Beschlüssen motiviren könnten, nicht habe finden können.

Herr Oberbürgermeister Caspari empfiehlt aus Billigkeitsgründen die Verwilligung, da eine ungewöhnliche Arbeit vorliege, deren Kosten vielleicht nicht so genau im Voraus zu berechnen gewesen seien, und es durch das Urtheil von Sachverständigen feststehe, einerseits, daß die Ausführung gut sei, andertheils, daß die Kosten erheblich größer seien, als die accordirte Summe.

Die Herren Steinmeyer, Nieß und Denecke sprechen sich ebenfalls für die Verwilligung aus. Ebenso auch Herr Aronheim, der übrigens eine Zurückweisung des neuen in seiner Fassung nicht eben angemessenen Gesuches des Bittstellers für zweckmäßig hält.

Die Versammlung beschließt mit 12 gegen 11 Stimmen die Verwilligung.

V. Herr Warrentrapp erhält das Wort zu einer Mittheilung hinsichtlich seines in der Sitzung vom 15. Januar in Betreff der Gasmessungen gehaltenen Vortrags: Er habe in jener Sitzung die Versammlung ersucht, ihr Urtheil über eine ihm Schuld gegebene falsche Prüfung des Gases zu suspendiren, bis eine von der Direction der Gasgesellschaft beim Staatsministerium eingereichte Beschwerde ihre Erledigung

gefunden habe. Dieses sei durch ein Rescript des Staatsministerii geschehen, welches er mitzutheilen sich erlaube. In dem hierauf verlesenen Ministerial-Rescripte wird ausgesprochen, daß bei der Versendung und der Untersuchung der Gasuhr der Gasanstalt die Rücksichten nicht beobachtet seien, welche Herr Warrentropp habe erwarten können, daß auch die Fassung des von der Eisenbahn- und Postdirection an die Direction der Gasgesellschaft ergangenen Schreibens nicht durchgängig gebilligt werden könne, daß jedoch eine Absicht der Eisenbahn- und Postdirection, die wissenschaftliche Befähigung oder die Zuverlässigkeit des Herrn Warrentropp, wie auch durch den von der Eisenbahn- und Postdirection erstatteten Bericht bestätigt werde, nicht anzunehmen sei, daß auf der andern Seite die Eisenbahn- und Postdirection sich über die Fassung einer Eingabe der Gasdirection, einer Denkschrift des Herrn Warrentropp und dessen in der Stadtverordneten-Versammlung gehaltenen Vortrag beschwert habe, welche Beschwerde das Ministerium allerdings in Bezug auf einige Stellen für begründet halten müsse.

Herr Warrentropp bemerkt schließlich, daß alle seither veranlaßten protokollarisch festgestellten Lichtmessungen verschiedener Sachverständiger bei einem Consum von circa 4 Cubikfuß eine Leuchtkraft von $4\frac{1}{2}$ Kerzen Lichtstärke ergeben haben, was genau mit den von ihm früher gewonnenen und angegebenen Resultaten übereinstimmen.

VI. Herr Häusler berichtet hierauf Namens der zur Prüfung des Vertragsentwurfs über die Vermögensverhältnisse der Stadt gewählten Specialcommission über diesen Vertrag und empfiehlt dessen Genehmigung.

Er bemerkt dabei, daß der Vertrag im Wesentlichen davon ausgehe, den früheren interimistischen Vertrag von 1832 jetzt zu einem definitiven zu machen, indessen der Stadt noch einige zum Theil nicht unbedeutende Vortheile zugestehen, so namentlich die Theilnahme der Regierung an den Kosten der Anlage und Erhaltung einer Wasserleitung in demselben Verhältnisse, wie zu den Kosten der Straßenreinigung beigetragen werde (305 \mathcal{F} auf 1000 \mathcal{F}), und, was bei den Verhandlungen mit dem Staatsministerio mit Recht als ein Ehrenpunkt für die Stadt betrachtet sei, die Wiedererlangung des Altstadtrathhauses. Daß die durch das Interimisticum festgesetzten Zahlungen der Staatscasse an die Stadt eine annähernde Entschädigung der letztern für die an den Staat gefallenen Güter und Intradan enthielten, sei nicht zu verkennen, und wenn eine Zurücknahme jener Güter und Intradan weder bei der Verdunkelung der Verhältnisse ausführbar, noch auch für die städtische Verwaltung zweckmäßig sein würde, so empfehle sich die definitive Abtretung derselben gegen die Annahme jener Entschädigung vollkommen. Nur das eine Bedenken sei in der Commission zur Sprache gebracht, daß, insofern die Stadt theilweise ihre Entschädigung in einer fixen ewigen Rente erhalten solle, durch die im Laufe der Zeiten voraussichtlich eintretende Werthverminderung dieser Rente auch die Entschädigung geringer werden würde. Jedoch sei auf eine desfallige Anfrage beim Staatsministerio erklärt, daß, wenn die Stadt demnächst zu bestimmten, zum dauernden Nutzen der Stadt gereichenden Anlagen, namentlich einer Wasserleitung, wünschen sollte, einen Theil jener Rente capitalisirt und ausgezahlt zu erhalten, Seitens der Regierung in dieser Beziehung der Stadt bereitwillig entgegengekommen werden solle.

Nachdem von einigen Seiten über einzelne Punkte Auskunft gewünscht, und von Herrn Oberbürgermeister Caspari, sowie von dem Herrn Vorsitzenden ertheilt ist, genehmigt die Versammlung den Verlagsentwurf mit Einstimmigkeit.

In vertraulicher Sitzung wird noch über Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt verhandelt.

Der Herr Vorsitzende schließt hiernach die Versammlung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls für die nächste Sitzung.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 28. Mai 1857.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Denecke, Bierbaum und Warrentropp wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; außerdem sind abwesend die Herren: Kronheim, Kahlert, Grund, Kloss und Löbbecke.

Das Protocoll der letzten Sitzung am 30. v. Mts. wird von dem Herrn Häusler verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. In einem Schreiben vom 16. d. Mts. giebt der Stadt-Magistrat anheim, dem Magistratschreiber Westphal, welcher seiner leidenden Gesundheit wegen auf Anrathen seines Arztes einer Molkencur sich unterziehen soll und zur Bestreitung der desfallsigen außerordentlichen Ausgaben um eine Unterstützung nachgesucht hat, zu diesem Zwecke eine Summe von 50 fl aus der Stadt-Casse zu bewilligen.

Auf die Befürwortung dieses Antrages Seitens des Herrn Grottrian Namens der Finanz-Commission wird die obige Unterstützung von der Versammlung beschlossen.

II. Der Herr Vorsitzende theilt ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 2. d. Mts. mit, inhalts dessen an Stelle des mit Tode abgegangenen Armenboten Kenecke ein neuer Armenbote angestellt werden muß. Nach den betreffenden Bestimmungen des Armen-Statuts und der revidirten Städteordnung werden in Uebereinstimmung mit der Armen-Direction von dem Stadt-Magistrate zu obiger Stelle vorgeschlagen.

- 1) der vormalige Schneidergesell August Göbecke,
- 2) der Schuhmachergesell Wilhelm Stein, und
- 3) der Vereinsbote Conrad Schachel.

Die Anstellung, mit einem statutenmäßigen Gehalte von 120 fl jährlich verbunden, ist eine kündbare und datirt vom 1. l. Mts. an.

Auf die Aufforderung des Herrn Vorsitzenden schreitet die Versammlung nach Erwägung der vorgeschlagenen Persönlichkeiten zur Wahl und fällt letztere mit großer Stimmenmehrheit auf

den vormaligen Schneidergesellen August Göbcke.

III. Die hier verbliebene Ehefrau des schon im Jahre 1851 nach Amerika ausgewanderten Buchdrucker-Gehülfen Carl Conrad Theodor Götte, Johanne Eleonore Henriette geb. Hagemann, hat früher schon um Verwilligung der erforderlichen Geldmittel aus der Stadt-Casse nachgesucht, um ihre und ihrer 3 Kinder Reise nach Amerika zu ihrem Ehemanne bewerkstelligen zu können, und jetzt gebeten, ihr zu solchem Zwecke noch 20 fl zukommen zu lassen, da ihr dieser Betrag an den ihr von ihrem Ehemanne neuerlich übersandten 200 fl noch fehlen würde. Der Stadt-Magistrat giebt bei Befürwortung dieses Gesuchs mit Rücksicht darauf, daß die Götte'sche Ehefrau bisher schon aus der Armen-Casse unterstützt worden und deren Vereinigung mit ihrem Ehemanne wohl zu fördern sei, der Versammlung anheim, die Verwendung von 20 und einigen Thalern aus der Stadt-Casse zu dem angeedeuteten Zwecke zu genehmigen.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt diesen in dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 23. d. Mts. gestellten Antrag zur Annahme und wird die Verwilligung von 20 und einigen Thalern von der Versammlung durch Beschluß ausgesprochen.

IV. Herr Lissebon erstattet Namens der Bau-Commission der Versammlung Bericht über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 9. d. Mts., die Aufhebung eines Weges betreffend.

Die Verwaltungs-Deputation der Högner-Gemeinde hat auf die Beseitigung des von der Bleiche vor dem Wendenthore zwischen den Grundstücken des Gärtners Bäte und der Lampe'schen Erben hindurch ziehenden nach den Wiesen in der Wendemasch führenden Weges angetragen, womit auch die vorgenannten Anlieger durchaus einverstanden sind. Jener Weg gleicht einer s. g. Sackgasse, weil derselbe nicht weiter, als bis zu dem nächsten Wiesengrundstücke verläuft, während der eigentliche Zugang zu den Maschwiesen von einem entferntern Punkte der Chaussee sich abzweigt. Deshalb ist auch der von einigen Wiesenbesitzern erhobene Einspruch gegen die Aufhebung des Weges, motivirt dadurch, daß der Zugang zu Zeiten während des Schiefens auf der Neustadt-Masch gestört werde, nicht für begründet gehalten, da auch die übrigen dortigen Wiesenbesitzer, allein angewiesen auf den andern Verbindungsweg, denselben Unannehmlichkeiten unterworfen sind. So wie der Stadt-Magistrat glaubt auch die Bau-Commission obiger Einsprache Berücksichtigung versagen zu müssen, und da auch Herzogl. Polizei-Direction aus polizeilichen Gründen die Aufhebung des bezeichneten Weges für gerathen erachtet, so empfiehlt der Herr Referent unter Bezugnahme auf den §. 6 des Wegestatuts der Versammlung:

die Aufhebung des Weges zu beschließen.

Seitens der Versammlung erfolgt dieser Beschluß ohne weitere Verhandlung.

V. Nach einem andern Berichte des Herrn Lissebon Namens der Bau-Commission handelt es sich um eine bestimmte Feststellung der Grenze zwischen der hiesigen Stadt und der Gemeinde Gießmarode. Von der s. g. Trift, welche von der Chaussee nach Gießmarode nach dem Bülten zu abführt, sind in Folge der Vergleichung eines langwierigen Processes zwischen den Gießmaröder Anliegern an dieser Trift und der Högner-Gemeinde den erstern von der letztern kleine Terrainsflächen

abgetreten, welche jenen Triftweg auf die Breite von 2 Ruthen beschränkt haben. Bis zu der auf solche Weise gebildeten Linie soll jetzt eine Grenz-Regulirung in der Art vorgenommen werden, daß die den Gliesmaröder Gemeindegossen bereits abgetretenen Triftflächen aus der diesseitigen Feldmark abgeschieden und der Gliesmaröder Feldmark zugelegt worden. Das ganze desfallsige Terrain umfaßt noch nicht einmal einen Flächenraum von 2 Morgen und da es nur eine weitere Ausführung des Proceß-Vergleichs, der bereits geschehenen Abtretung des Terrains an die Gliesmaröder Gemeindegossen und der inzwischen auch Seitens des Herzogl. Staats-Ministeriums genehmigten Beilegung der abgetretenen Landflächen zu dem pertinenzpflichtigen Hofbestande der betreffenden Gliesmaröder Gemeindegossen ist, so stellt sich danach auch die Berichtigung der Feldmarks-Grenzen als so angemessen und wünschenswerth heraus, daß die Verwaltungs-Deputation der Högenger-Gemeinde dagegen Einsage zu erheben sich nicht veranlaßt gesehen hat.

In Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate laut dessen Schreibens vom 1. d. Mts. ertheilt die Versammlung auf die Unterstützung der Bau-Commission die Zustimmung zu der beabsichtigten anderweiten Feststellung der Feldmarks-Grenze.

VI. In einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 25. d. Mts., über welches Namens der Finanz-Commission Herr Grotzian der Versammlung Vortrag macht, wird beantragt:

der Kleinkinder-Bewahr-Anstalt vom laufenden Jahre an bis auf Weiteres einen Zuschuß von 300 fl jährlich von dem Ertrage der polizeilichen Abgabe für Hunde zu gewähren, dagegen den bisherigen regelmäßigen Zuschuß aus der Stadt-Casse im Betrage von 110 fl hinwegfallen zu lassen.

Der Vorstand jener Anstalt, welche außer dem lehtgedachten regelmäßigen Zuschusse schon seit mehren Jahren außerordentliche Unterstützungen bis zu dem Höchstbetrage von 200 fl erhalten, hat gebeten, den obigen Zuschuß auf jährl. 300 fl festzusetzen. Der willfahrende Antrag des Stadt-Magistrats ist dadurch motivirt, daß die Anstalt eine unverkennbar segensreiche Wirkung für die hiesige Stadt habe und im Interesse der unvermögenden Bewohner derselben sustentirt werden müsse, daß die zumeist aus freiwilligen Gaben herrührenden Einnahmen der Anstalt einen unzureichenden Ertrag lieferten und der Fonds der Abgabe von den Hunden welche sich jährlich auf 1300 bis 1500 fl belaufe, nach §. 13 des Statuts zu einer derartigen Verwendung wohl geeignet sein möchte.

Von der Commission wird der Antrag unterstützt, und dem etwaigen Bedenken, daß nach dem Statute über die Verwendung der Abgabe von den Hunden jährlich Verfügung getroffen werden solle, dadurch begegnet, daß die Verwilligung nur »bis auf Weiteres«, mithin widerruflich ausgesprochen werde.

Auf eine Bemerkung des Herrn Steinmeyer, ob es nicht ganz angemessen sein werde, gerade bei dieser Gelegenheit darauf zu halten, daß die Verwaltung der Anstalt, namentlich deren öconomischen Angelegenheiten einer maßgebenden Beaufsichtigung des Stadt-Magistrats unterstellt würde, indem an eine solche Bedingung die Verwilligung zu knüpfen wäre, erwidert Herr Oerbürgermeister Caspari, daß dem Vorstande der Anstalt, bestehend aus Personen, welche sich der Förderung und Pflege freiwillig unterzogen hätten, thunlichst freie Hand zu lassen sein werde, daß übrigens die Anstalt dem Stadt-Magistrate rechnungspflichtig sei und in einem bereidigten Pro-

vivor einen Beigeordneten habe, welcher gerade auch wegen der öconomischen Verhältnisse zu dem Stadt-Magistrate in näherer Beziehung stehe.

Der Antrag des Stadt-Magistrats wird von der Versammlung angenommen.

Herr Kludcke erhält schließlich auf eine an den Stadt-Magistrat gerichtete Anfrage darüber, was aus den Straßenräumen an der Brüdern-Kirche und an der Südstraße zwischen der Gilden- und Knochenhauerstraße werden solle, von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari die Auskunft, daß der Platz an der Brüdernkirche noch im Laufe dieses Jahrs werde geebnet und geordnet werden und daß die Südstraße an der bezeichneten Stelle verbreitert, der übrig bleibende freie Raum zu Bauplätzen verkauft und hierüber mit Nächstem der Versammlung eine Vorlage gemacht werden würde.

Der Herr Vorsitzende, auf einige Zeit wegen einer Badereise bei der Versammlung sich beurlaubend, schließt hierauf die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung.

N. 6.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 184. der Braunschweigischen Anzeigen de 1857.)

1857.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 30. Juli 1857.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Rischbieter, Steinmeyer, Bierbaum, Aronheim, Kellner, Füdél, Grotrian und Häusler wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

1. In Beziehung auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung: »Antrag, den zwischen der Stadtgemeinde und der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft bestehenden Contract betreffend,« erbittet und erhält Herr Halle das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Herr Halle trägt darauf der Versammlung vor, daß er im Vereine mit den Herren Stadtverordneten Nieß und Niemeyer an den Herrn Grotrian, als Stellvertreter des Vorsitzenden, in Abwesenheit des Letztern am 9. d. Mts. ein Schreiben gerichtet habe, in welchem der Vorsitzende resp. dessen Stellvertreter ersucht seien, in kürzester Frist eine Versammlung der Stadtverordneten anzusehen:

»um das Interesse der Stadt bei dem Conflict zwischen der hiesigen Gasbeleuchtungs-Gesellschaft und der neuen Actien-Gas-Fabrik zu berathen,«

unter dem Hinzufügen, daß die Dringlichkeit begründet sei durch die stattgehabte Constatuirung der letztgedachten Gesellschaft; es sei jedoch von dem Herrn Grotrian und auch von dem Herrn Vorsitzenden, nachdem dieser am Schlusse der vorletzten Woche wieder heimgekehrt sei, in der vorigen Woche die Ansetzung einer außerordentlichen Versammlung nicht zu erlangen gewesen. Wie nun aber dem Verlangen der Antragsteller, der revidirten Städteordnung zufolge, hätte genügt werden müssen, so

glaube er, um die Stadtverordneten-Versammlung zur Wahrung ihrer Rechte in den Stand zu setzen, derselben diese Mittheilung schuldig gewesen zu sein.

Nachdem von dem Herrn Vorsitzenden, — der Herr Stellvertreter desselben ist, wie oben bemerkt, abwesend, — zur Zurückweisung der Beschwerde eine Entgegnung erfolgt war, bei diesen Erörterungen, an denen auch die Herren Niemeyer, Fabricius und Helfft sich theilnimmt, ein Antrag, welcher einen Beschluß hätte veranlassen können, aber nicht vorgelegt worden, so wird zur Sache selbst übergegangen.

Herr Niemeyer spricht sich über die Ansichten und Wünsche der Antragsteller, welche eine Wiederaufnahme der früher in dieser Versammlung stattgehabten Verhandlungen über die Verhältnisse der hiesigen Gasanstalt zum Zwecke haben, aus: Der hier so hoch, wie nirgend, für die Privatconsumenten berechnete Preis des Gases habe eine laute Unzufriedenheit des Publicums hervorgerufen; die Hoffnung auf eine Ermäßigung des Preises sei immer noch nicht in Erfüllung gegangen. Als Inhaberin eines nicht unbeträchtlichen Actien-Capitals von 15,000 \mathcal{F} werde die hiesige Stadt auf eine Ermäßigung des Gaspreises hinwirken können, da es doch möglich sei, ein bedeutend wohlfeileres Gas herzustellen. Zu einer solchen Einwirkung sei jetzt eine um so dringendere Gelegenheit geboten, als eine neue Gas-Gesellschaft sich gebildet, welche bereits ein Capital von 120,000 \mathcal{F} gezeichnet und darauf eine Einzahlung von fünf Procent bekommen habe. Gewiß würden zwei Gasgesellschaften in hiesiger Stadt nicht neben einander bestehen können, vielmehr werde die eine zu Grunde gehen müssen und da der neuen Gasgesellschaft die Concession nicht zu versagen sein werde, so erscheine hierdurch der Antrag motivirt:

»eine Commission von drei oder fünf Mitgliedern zu wählen und dieselbe zu beauftragen:

- 1) die contractlichen und übrigen Verhältnisse der Stadt zur hiesigen Gasgesellschaft genau zu prüfen, und
- 2) auf Grund der dadurch gewonnenen Einsicht Mittel und Wege vorzuschlagen, um die sich widersprechenden Interessen zu vereinigen oder auszugleichen.«

Auf eine Anfrage des Herrn Vorsitzenden wird dieser Antrag von dem Herrn Niemeyer dahin erläutert, daß die Commission in dieser Angelegenheit nicht unmittelbar vorgehen, sondern der Versammlung Bericht erstatten und Vorschläge machen solle.

Herr Meyer schließt sich diesem Antrage im Wesentlichen an, wünscht demselben aber durch einen Zusatz eine noch weitere Ausdehnung zu geben: Seit den durch Herrn Häusler in dieser Versammlung veranlaßten Verhandlungen über die Verhältnisse der hiesigen Gasanstalt habe sich inzwischen Manches in der Sache geändert. Namentlich hätten die zwischen der Gasgesellschaft und der Herzöglichen Eisenbahn- und Postdirection entstandenen Differenzen, der hiedurch hervorgerufene Wechsel von Schriftstücken und die mehrseitig vorgenommenen Messungen der Lichtstärke des Gases klar zu Tage gelegt, daß von Seiten der Gasgesellschaft die ursprünglich verheißene Lichtstärke des Gases nicht geliefert sei, wodurch ebensowohl das Interesse der

hiesigen Stadt, als das der Privatconsumenten berührt werde. Eine Vergleichung der Bestimmungen in dem zwischen der hiesigen Stadt und der Gasgesellschaft abgeschlossenen Contracte, namentlich der §§. 17 und 41, mit den Resultaten, welche aus den Lichtmessungen hervorgetreten seien, ergebe einen erheblichen Unterschied zwischen der versprochenen und bisher gelieferten Lichtstärke. Es liege im allseitigen Interesse der Gasempfänger, zu erfahren, ein wie großer Unterschied in Wahrheit sich herausstelle, und einer desfalligen Ermittlung möge sich die zu wählende Commission unterziehen, wobei auch darauf Rücksicht zu nehmen sein werde, in welcher Weise die Contracts-Erfüllung im Interesse zunächst der hiesigen Stadt überwacht sei.

Diesemnach stellt Herr Meyer statt des Niemeyerschen Antrages folgenden Antrag:

»Daß der Stadt-Magistrat um Mittheilung des zwischen der Stadt und der Gasgesellschaft bestehenden Hauptcontractes und der Nebencontracte ersucht und eine aus drei oder fünf Mitgliedern zusammen gesetzte Commission gewählt werde, welche nach Einsicht und Prüfung jener Contracte nöthigenfalls unter Hinzuziehung von unparteiischen Sachverständigen über die Gasangelegenheit, eventuell auch über die nach ihrem Dafürhalten erforderlichen Maßnahmen gegen die Gasgesellschaft der Versammlung Bericht zu erstatten und etwaige Vorschläge zu machen habe.«

und fügt demselben noch den Zusatzantrag hinzu:

»den Stadt-Magistrat auf Grund des §. 62 der revidirten Städteordnung zu ersuchen:

- 1) die obigen Contracte durch eine Veröffentlichung derselben auch dem Publikum zur Kenntniß zu bringen, damit dasselbe seine Interessen der Gasgesellschaft gegenüber wahrzunehmen im Stande sei;
- 2) mitzutheilen, ob und zu welcher Zeit die im §. 41 des Hauptcontractes vorgeschriebenen Messungen an sechs verschiedenen Punkten der Stadt und zwar dreimal monatlich vorgenommen seien und wer in dieser Beziehung die städtische Controle der Gasgesellschaft gegenüber ausführt habe; und
- 3) Auskunft darüber zu ertheilen, ob die im §. 25 des Hauptcontractes ausdrücklich erwähnten Controle-Maßregeln in Beziehung auf sorgfältige Reinigung des Gases zu öftern Malen vorgenommen seien.«

Mit diesem vervollständigten Antrage erklärt sich Herr Meyer einverstanden und läßt den seinerseits gestellten Antrag fallen.

Die Versammlung genehmigt die Anträge des Herrn Meyer insoweit, als beschlossen wird:

»den Stadt-Magistrat um Mittheilung der gewünschten Actenstücke und um Erklärung und Auskunft über die übrigen Punkte zu ersuchen und zu dem beregten Zwecke eine Commission von fünf Mitgliedern zu wählen.«

Die Wahl wird auf den reglementarischen Antrag des Herrn Uhde bis gegen den Schluß der heutigen Sitzung verschoben.

Inzwischen
wird das Protokoll der Sitzung vom 28. Mai d. J. verlesen und von der Versammlung genehmigt.

II. Daß von dem Herrn Vorsitzenden verlesene Schreiben des Stadt-Magistrats vom 18. v. Mts. betrifft die neue Grenzbestimmung für den Theil der Südstraße, welcher die Knochenhauerstraße mit der Gildenstraße verbindet, und es handelt sich dabei insbesondere um eine entsprechende Verbreiterung jenes Straßenzuges, deren Erreichung den Ankauf und Abbruch der dort gelegenen Häuser veranlaßt hat. Ueber die Ausführung dieses Planes haben sich, wie die der Versammlung vorliegende Zeichnung ergibt, verschiedene Ansichten und Vorschläge geltend gemacht:

die Herzogliche Bau-Direction hält eine Verlängerung der Frontlinie des Hauses des Tischlermeisters Ahrens, — N^o ass. 530 —, an der Ecke der Süd- und Gildenstraße, in gerader Linie bis zur Knochenhauerstraße zur Verbreiterung der Südstraße für ausreichend und angemessen;

die Bau-Commission der Versammlung wünscht von der östlichen Ecke des Ahrens'schen Hauses eine Linie gezogen zu sehen, welche nach der Knochenhauerstraße hin von der von Herzoglicher Bau-Direction vorgeschlagenen Linie mehr und mehr sich entfernt, die Südstraße von jenem Punkte an allmählig noch mehr verbreitert, dadurch aber mit der Frontlinie des Ahrens'schen Hauses einen erheblichen stumpfen Winkel bildet;

die Herzogliche Eisenbahn- und Postdirection endlich hat unter Berücksichtigung einer demnächstigen Geradelegung der Nordseite der Südstraße eine Linie in Vorschlag gebracht, welche nur um ein Weniges von der von Herzoglicher Bau-Direction gezogenen Linie zu Gunsten einer größern Verbreiterung der Südstraße abweicht und nur einen geringen stumpfen Winkel an der östlichen Ecke des Ahrens'schen Hauses erkennen läßt.

Dem Vorschlage der Herzoglichen Eisenbahn- und Postdirection hat sich auch der Stadt-Magistrat angeschlossen, weil die allmähliche Verbreiterung der Südstraße nach der Knochenhauerstraße zu in dem Maße, wie die Bau-Commission vorgeschlagen, wegen der geringern Straßenbreite an dem Ahrens'schen Hause keinen wesentlichen Vortheil gewähre, in ästhetischer Hinsicht nicht zu empfehlen sei und den durch den Abbruch der Häuser gewonnenen Flächenraum zu bedeutend in Anspruch nehme und dadurch fast unverwerthbar mache.

Vorzugsweise der letztere Grund ist es, welcher auch den Herrn Vorsitzenden bestimmt, der Ansicht des Stadt-Magistrats beizutreten, wogegen aber namentlich in den Herren Graß und Lissebon, Vertreter des Vorschlages der Bau-Commission, aufstehen. Von diesen wird der Versammlung dringend empfohlen, sich für die von der Bau-Commission in Vorschlag gebrachte Linie zu entscheiden, durch welche der Südstraße die thunlichste Verbreiterung gegeben werden würde. Es wird dabei angedeutet, daß der mit einem nicht geringen Kostenaufwande erfolgte Ankauf der obgedachten Häuser allein den Grund und Zweck gehabt habe, dem lebhaften Verkehre durch jenen Theil der Südstraße eine möglichst freie und gefahrlose Passage zu schaffen. Werde nun dies erreicht, so ist nach Ansicht der Herren Graß und Lissebon

der Umstand von untergeordneter Bedeutung, daß der hinter der gezogenen Linie verbleibende Flächenraum weniger gut möchte verwerthet werden können.

Nach geschlossener Debatte erfolgt die Abstimmung über die vorliegenden drei verschiedenen Vorschläge und nachdem an erster und zweiter Stelle die Vorschläge der Herzoglichen Bau-Direction und der Herzoglichen Eisenbahn- und Postdirection abgelehnt worden, wird durch Beschluß der Versammlung die Genehmigung:

»zu der von der Bau-Commission in Vorschlag gebrachten Straßenlinie«, ausgesprochen.

Endlich erfolgt noch die Zustimmung der Versammlung zu der Proposition des Stadt-Magistrats:

»daß Letzterer ermächtigt sein solle, in Uebereinstimmung mit der Bau-Commission über den Verlauf des neben dem neuen Straßenzuge liegenden Areal's nach bestem Ermessen Verfügung zu treffen und abzuschließen.«

III. Zur Theilnahme an dem Militair-Aushebungsgeschäfte in den Terminen am 19., 20., 21. und 22. k. Mts. werden von der Versammlung auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 3. v. Mts. durch Wahl die Herren Fabricius, Denecke und Rischbieter bestimmt, der Letzte nur als etwaiger Stellvertreter des Einen oder des Andern der beiden Ersten.

IV. Laut eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 15. v. Mts. ist von den Inspectoren an den beiden Bürgerschulen östlichen und westlichen Bezirks eine Bewilligung von Extraordinarien für jeden der beiden Schulpedellen in Vorschlag gebracht, von dem Schulvorstande unterstützt und vom Stadt-Magistrate im Betrage von je 10 fl aus der Schulcasse anheim gegeben, da beide einer solchen Unterstützung ihres geringen Gehaltes und anderer Verhältnisse wegen bedürftig und wegen ihrer Aufmerksamkeit und Brauchbarkeit würdig erschienen sind.

Namens der Finanz-Commission empfiehlt Herr Wangelius der Versammlung die Berücksichtigung der Proposition des Stadt-Magistrats, welche in gleicher Weise auch von dem Herrn Lüdcke befürwortet wird.

Nach Mittheilung des Herrn Overbürgermeisters Caspari ist übrigens der Pedell an der Bürgerschule östlichen Bezirks inzwischen verstorben, jedoch mit Hinterlassung einer Wittwe, für deren bedrängte Lage das dem Verstorbenen zugedachte Extraordinarium nicht minder eine angemessene Aufhilfe sein würde.

Einem Einwande des Herrn Lissebon, daß die Schulpedellen sich hin und wieder durch Gestattung der Nutzung der Räumlichkeiten in den Schulhäusern Seitens anderer Personen zum Nachtheile der Gebäude Nebenverdienste verschafft hätten, wird von dem Herrn Overbürgermeister Caspari durch die Versicherung, daß derartige Mißbräuche längst schon abgestellt seien und die Pedellen neben ihrem Gehalte von je 100 fl jährlich, Nebeneinkünfte nicht hätten, begegnet, gleichwie solches rücksichtlich der Bürgerschule westlichen Bezirks auch Herr Lüdcke bezeugt.

Die Versammlung ertheilt zu der außerordentlichen Unterstützung des Schulpedellen Harlße, jetzt dessen Wittwe, und des Schulpedellen Stanze im Betrage von je 10 R aus der Schulcasse ihre Zustimmung.

V. Behuf der Uebersiedelung des in Bevern in correctioneller Haft befindlichen Müllergesellen Otto Friedrich Wilhelm Stille, von hier, nach Amerika wird nach Anleitung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 12. v. Mts. auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden ein Zuschuß im Betrage bis zu 25 R aus der Stadt-Casse von der Versammlung bewilligt.

VI. Herr Duenstedt beantragt nach erhaltenem Worte:

»den Stadt-Magistrat zu ersuchen, wegen Ausführung des §. 26 der neuen Straßenpolizei-Ordnung mit Herzoglicher Polizei-Direction in Verhandlung zu treten.«

Auf Grund des von dem Herrn Antragsteller verlesenen vorgeordneten Paragraphen der neuen Straßen-Polizei-Ordnung sei von Seiten Herzoglicher Polizei-Direction für vielleicht drittehalbtausend Häuser in hiesiger Stadt die Auflage ergangen, es sollten die straßenseitigen Fenster der zu ebener Erde belegenen Stockwerke, wenn sie nach außen aufschlüßen und nicht mindestens 8 Fuß vom Erdboden entfernt seien, binnen sechs Monaten so geändert oder eingerichtet werden, daß dieselben entweder nach Innen sich öffneten oder doch außen dicht an den Häusern anliegend befestigt werden könnten. Eine solche Aenderung oder Einrichtung würde, wo überhaupt nur thunlich, bedeutende Kosten verursachen, zu deren Aufwande ein großer Theil der Hausbesitzer nicht im Stande sein werde. Da der erwähnte §. 26 von der Versammlung gewiß nicht in dem Sinne verstanden worden, in welchem die Ausführung desselben von Herzoglicher Polizei-Direction versucht werde, so sei es nur wünschenswerth, daß in dieser Beziehung eine anderweite Verständigung des Stadt-Magistrats mit Herzoglicher Polizei-Direction veranlaßt werde.

Herr Overbürgermeister Caspari giebt dem §. 26 die Deutung, daß derartige Fenster nicht in der Weise geöffnet bleiben sollen, daß sie in den Straßenraum hineinragen und dadurch der freien Passage hinderlich werden, folglich überhaupt nicht geöffnet und offen gelassen werden dürfen oder aber dicht an den Häusern anliegend befestigt werden müssen. So sei auch vom Stadt-Magistrate die Vorschrift des §. 26 aufgefaßt worden und wenn Herzogliche Polizei-Direction eine dieser Auffassung nicht entsprechende Verfügung erlassen haben sollte, so sei es allerdings angemessen, hierüber mit Herzoglicher Polizei-Direction in Verhandlung zu treten. Dies solle alsbald geschehen, ohne daß es einer desfallsigen förmlichen Zuschrift an den Stadt-Magistrat bedürfe, da es schon genügend sei, daß diese Angelegenheit in dieser Versammlung angeregt worden.

Nach dieser Erklärung und Verheißung Seitens des Herrn Overbürgermeisters Caspari zieht Herr Duenstedt seinen Antrag zurück.

Durch

eine kurze Pause zur Beredung über die Wahl einer Commission in der Gasangelegenheit werden die Verhandlungen unterbrochen und wird nach Wiedereröffnung der Sitzung zu solcher Wahl geschritten.

Diese fällt mit Stimmenmehrheit auf die Herren Uhde, Rischbieter, Meyer, Aronheim und Kahler, welche zu ihrem Vorsitzenden Herrn Uhde bestimmen.

Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß eben dieser Commission auch die vom Stadt-Magistrate zu erwartende Mittheilung über die Gasangelegenheit zur Vorberathung und Berichtserstattung überwiesen werde.

Hierauf

wird die öffentliche Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden für geschlossen erklärt und geht die Versammlung zur Berathung und Beschlußnahme über die vorliegenden Gesuche mehrerer Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt über. Die Gesuche sind von der betreffenden Commission einer Vorprüfung unterworfen und werden von den Herren Graß, Lissebon, Meyer und Kloss zum Vortrage gebracht.

Beim

Schlusse der heutigen Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden wird die Verlesung des Protokolls für die nächste Sitzung vorbehalten.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 10. September 1857.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Helfft, Fabricius, Warrentropp und Bierbaum wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; — Herr Löbbbeck ist ohne Entschuldigung abwesend.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 30. Julius d. J. wird verlesen; gegen dessen Inhalt erfolgen zwei Erinnerungen: die eine geht von dem Herrn Meyer aus und soll durch eine entsprechende Aenderung des Protocolls berücksichtigt werden; die andere wird von dem Herrn Halle erhoben und bezieht sich auf dessen nach seiner Ansicht zu unvollständig und mangelhaft wiedergegebenen Beschwerdepunkt gegen das Verfahren des Präsidiums der Versammlung rücksichtlich der Aufnahme des in der Gasangelegenheit gestellten Antrages auf schleunige Berufung einer Versammlung, indem unerwähnt gelassen worden, daß von ihm die Meinung ausgesprochen sei: Herr Grotrian besitze nicht mehr das Vertrauen der Versammlung als Stellvertreter des Vorsitzenden.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß eine größere Ausführlichkeit in dem Protocolle deshalb vermieden sei, weil damals ein förmlicher Antrag auf eine Meinungsäußerung der Versammlung über das Verfahren des Herrn Grotrian nicht gestellt worden.

Ungeachtet die Herren Aronheim und Nieß den Wunsch ausdrücken, daß ein solcher Antrag von dem Herrn Halle nicht weiter gestellt und verfolgt werden möge, will doch der Letztere nicht zurückstehen und nicht nachgeben und beantragt, nachdem auch Herr Grotrian auf allen Fall sich eine Aeußerung über die gegen ihn in seiner Abwesenheit von jener Seite gefallenen scharfen und bitteren Bemerkungen vorbehalten hat, eine sofortige Erledigung dieser Sache.

Hierfür entscheidet sich denn auch die Versammlung und erhält Herr Halle das Wort.

Herr Halle verliest seine schriftlich verfaßte Ansicht über die Sache: Nach §. 56

der revidirten Städteordnung, welcher unter Andern auch bestimmte, daß auf das Verlangen von drei Mitgliedern die Versammlung berufen werden solle, stehe dem Präsidium nicht das Recht zu, einen als dringlich bezeichneten Antrag willkürlich hinauszuschieben, und wenn auch über die Zeit, binnen welcher eine Berufung erfolgen müsse, nichts vorgeschrieben sei, so lasse doch der Sinn jener gesetzlichen Bestimmung keinen Zweifel darüber zu, daß die Versammlung sofort zu berufen sei. Daß dies nicht geschehen, sei nur daraus zu erklären, daß das Präsidium in der Gasangelegenheit Partei genommen habe, zumal mehre Mitglieder der Versammlung bei der Gasfabrik theils unmittelbar, theils mittelbar durch Sitz im Directorium theilhaftig seien. Die Gasanstalt habe ihre Verpflichtungen nicht erfüllt; das Präsidium habe die darauf bezüglichen Verhandlungen dadurch verzögert, daß es nicht sofort die Versammlung berufen habe; es habe dadurch einen Mangel an Vertrauen sich zugezogen und Grund zu einem Proteste gegen spätere ähnliche Verfahrensweisen gegeben. Das Amt eines Stadtverordneten sei ein Ehrenamt und lege dem Inhaber Pflichten auf, welche den Privatinteressen nicht nachgestellt werden dürften. Die von dem Herrn Grotrian angeführten Gründe seien nicht triftig genug, um als Entschuldigung dienen zu können.

Von Herrn Halle, welcher inzwischen auch erklärt hat, daß er andernfalls es mit seinen Ansichten nicht vereinbar halte, das Amt eines Stadtverordneten ferner zu bekleiden, wird der Antrag gestellt:

Die Versammlung möge erklären, daß Herr Grotrian als Stellvertreter des Vorsitzenden ihr Vertrauen verloren habe.

Herr Grotrian spricht sich über die Vorgänge, aus welchen der eben gestellte Antrag auf ein Mißtrauensvotum gegen ihn abgeleitet ist, umständlicher aus: Das Verlangen, eine Stadtverordnetenversammlung anzusetzen, sei ihm am 10. Juli kund gegeben, mithin zu einer Zeit, in welcher er wegen der mit dem 15. Juli beginnenden Gerichtsferien und wegen einer sofort nach dem Schlusse der regelmäßigen Gerichtsverhandlungen beabsichtigten, ihm durch Gesundheitsrücksichten gebotenen Badereise von Geschäften so in Anspruch genommen und überlastet sei, daß er zur Berufung und Leitung einer Versammlung keine Zeit habe finden können. Dies habe er den drei Herren, welche jenes Verlangen an ihn gerichtet hätten, mitgetheilt und denselben vorgestellt, daß sie unter diesen Umständen mit ihrem Antrage bis zu einer, sichern Erkundigungen zufolge, in den nächsten Tagen zu erwartenden Vorlage des Stadt-Magistrats über die Gasangelegenheit und bis zu der bestimmt noch zeitig erfolgenden Rückkehr des Herrn Vorsitzenden sich gedulden möchten, zumal ihm die Sache selbst nicht so dringlicher Art erschienen sei. Durch dieses sein Verfahren glaube er seine Pflichten als Stadtverordneter und insbesondere als Vertreter des Vorsitzenden, mithin auch die Städteordnung nicht verletzt zu haben; er sei zur Erfüllung jener Pflichten gern zu Opfern bereit; er habe aber auch als Anwalt Pflichten, welche nicht bloß sein eignes Interesse, sondern auch die vielseitigen Interessen seiner Klienten berührten. Seine bürgerliche und seine Berufsstellung habe er bei seinem Verfahren in dieser Angelegenheit sehr reiflich erwogen, wisse seinerseits die gegen ihn in scharfer und bitterer Art ausgedrückten Beschwerden entschieden zurück, erwarte übrigen einen Ausspruch der Versammlung.

Der Herr Vorsitzende kann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es auffallend sei, weshalb die Vorwürfe des Herrn Halle allein gegen den Herrn Grotrian

gerichtet seien, da doch auch ihn, wie er schon in der vorigen Sitzung sich ausgesprochen habe, dieselben Vorwürfe treffen müßten.

Während Herr Kronheim dem Herrn Halle noch einmal anheim giebt, die Sache beruhen und seinen Antrag fallen zu lassen, dabei aber über die Deutung des §. 56 der revidirten Städte-Ordnung sich ausläßt, und Herr Steinmeyer letztern Punkt aus der gegenwärtigen Verhandlung weggelassen zu sehen wünscht, dringt Herr Födel auf eine Abstimmung über den Halle'schen Antrag, bei welcher es sich zeigen werde, daß Herr Grottrian das volle Vertrauen der Versammlung genieße.

Die hierauf folgende Erklärung des Herrn Halle, daß er seinen Antrag zurücknehmen wolle, sofern Herr Grottrian noch einmal versichere, daß er durch dringende Geschäfte an einer Berufung der Versammlung verhindert sei, ruft eine mehrseitig lautwerdende Mißstimmung hervor, welcher Seitens des Herrn Grass durch den Antrag auf Abstimmung und Seitens des Herrn Vorsitzenden durch die Aeußerung, daß unter Ehrenmännern eine einmalige Versicherung genüge, Worte gegeben werden.

Schließlich zieht Herr Halle seinen Antrag zurück; Herr Häusler nimmt denselben aber sofort wieder auf, um die Versammlung zu einem Ausspruche darüber zu veranlassen, ob der Herr Grottrian ihr Vertrauen noch besitze oder nicht.

Der Herr Vorsitzende fordert die Versammlung zu einer Aeußerung über diese Frage auf und ersucht Diejenigen, welche der Meinung seien, daß Herr Grottrian das Vertrauen der Versammlung verloren habe, von ihren Sitzen sich zu erheben.

Als Einziger in der ganzen Versammlung erhebt sich Herr Halle von seinem Sitze.

Herr Uhde nimmt aus der in den so eben geschlossenen Verhandlungen vorgenommenen Bezugnahme auf den §. 56 der revidirten Städteordnung Veranlassung, der Versammlung zu empfehlen:

»durch eine Commission prüfen zu lassen, ob es nicht zweckmäßig und thunlich sei, jenem Paragraphen eine nähere Bestimmung wegen der Berücksichtigung eines Antrages von drei Mitgliedern auf Berufung einer Versammlung zu geben«.

Herr Steinmeyer schließt sich diesem Antrage an, möchte die Berathung desselben nur noch einige Zeit hinausgeschoben sehen, damit an die hierzu gegebene Veranlassung nicht so unmittelbar angeknüpft werde.

Herr Kronheim stellt es als zweifelhaft hin, ob die Versammlung zu einer weitem Auslegung jener gesetzlichen Bestimmung competent sein werde, wogegen Herr Häusler der Meinung ist, daß in dieser Beziehung der Geschäftsordnung der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Ergänzung gegeben werden könne und der Uhde'sche Antrag zu einer Berathung durch die Statuten-Commission sich eignen werde.

Der Antrag des Herrn Uhde wird von dem Vorsitzenden der Statuten-Commission zur Vorprüfung und demnächstigen Berichtserstattung überwiesen.

Die Tagesordnung enthält:

- I. eine Proposition des Stadt-Magistrats vom 1. vorigen Monats, »die zur Bedienung der drei Zubringer bestimmte Mannschaft um 4 Mann activer Feuerlösch-Gehülfen für jeden Zubringer zu vermehren und die dadurch entstehenden Kosten von insgesammt 60 fl jährlich aus der Stadtcasse zu bewilligen«.

Nach dem Referate des Herrn Wanzelius Namens der Finanz-Commission sind zur Zeit für die Bedienung eines jeden Zubringers 1 Rohrführer, 16 Mann activer Feuerlösch-Gehülfen und 4 Mann Reserve angenommen; es hat sich aber nach einer Mittheilung Herzoglicher Polizei-Direction dieser Mannschaftebestand zur gehörigen Bedienung eines Zubringers als unzureichend erwiesen.

Auf Antrag der Finanz-Commission wird die obige Proposition des Stadt-Magistrats von der Versammlung genehmigt.

II. Inhalts eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 5. v. Mts. wird für den Schul-Director Hirsche eine Gehaltszulage von 200 fl beantragt. Sein Gehalt beläuft sich auf insgesammt 1000 fl und werden dazu 400 fl aus der Stadtcasse beigetragen. Nach der Aeußerung des Stadt-Magistrats hat sich der Hirsche für seine dienstliche Stellung in hohem Grade tüchtig gezeigt und hat das hiesige Schulwesen unter seiner Leitung bereits bedeutende Fortschritte gemacht. Seine bisherige Wirksamkeit berechtigt zu der Annahme, daß für die Zukunft noch mehr von ihm zu erwarten sein werde, und läßt seine Anstellung als einen großen Gewinn für das städtische Schulwesen erscheinen. Auch auswärts werde dieses Urtheil über die Tüchtigkeit des Schul-Directors Hirsche getheilt, da demselben von zwei Seiten her sehr ehrenvolle Anträge wegen Uebnahme einer gleichen Stellung bei Zusicherung eines höhern Gehalts gemacht worden. Um nun diesen Mann dem hiesigen Schulwesen überhaupt und besonders in einer Zeit wo dasselbe noch in der Umgestaltung und Neubildung begriffen ist, zu erhalten, giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim:

»den dem Schul-Director Hirsche aus der hiesigen Gemeinde-Schulcasse zufließenden Gehaltsantheil vom 1. Juli d. J. an von 400 fl auf 600 fl zu erhöhen«.

In seinem Vortrage über diese Angelegenheit Namens der Schul-Commission stimmt Herr Uhlde mit der dem Schul-Director Hirsche Seitens des Stadt-Magistrats geollten Anerkennung vollkommen überein: Der Hirsche habe den an ihn gestellten Erwartungen in ausgezeichnete Art entsprochen; er habe sich als ein tüchtiger Schulmann, als ein Mann von lebendigem Interesse, von Eifer und Umsicht im Schulwesen bewährt; er habe sich bei Lehrern und Schülern und bei dem ganzen Publicum Anerkennung und Dank erworben. Unter solchen Umständen sei der größte Werth darauf zu legen, daß der Schul-Director Hirsche die angefangene Reform des städtischen Schulwesens durchführe und dasselbe auch ferner in seinem Sinne leite und vervollkomme. Männer von solcher Tüchtigkeit seien selten und deshalb gesucht und wenn der Hirsche durch eine Gehaltszulage von 200 fl dauernd an die Interessen der hiesigen Stadt gefesselt werden könnte, so sei in Aussicht auf die Erreichung eines solchen Erfolges die Gelegenheit gern wahrzunehmen, dem Hirsche durch die Gewährung seines Wunsches nach einer Verbesserung seiner jetzigen pecuniären Stellung auch einen äußern Beweis der Anerkennung zu Theil werden zu lassen.

Im Einverständnisse mit der Finanz-Commission trägt die Schul-Commission darauf an:

»die Proposition des Stadt-Magistrats anzunehmen,«
ein Antrag, welcher von dem Herrn Lüdecke und Kellner unterstützt und von der Versammlung mit großer Stimmenmehrheit angenommen wird.

III. Herr Fudel berichtet als Referent der Finanz-Commission über ein Schrei-

ben des Stadt-Magistrats vom 16. August d. Jrs., die Umrechnung der Classensätze in den der Erhebung des Services und der Gemeinde- und Armen-Steuer zum Grunde liegenden Tabellen von Gutengroschen auf Neugroschen betreffend.

1. Was den Service betrifft, so hat bei solcher Umrechnung darauf Rücksicht genommen werden müssen, daß die Jahressätze ohne Bruchtheile durch 12 theilbar sind, weil die Zahlung des Services monatlich erfolgen soll. Die danach vom Stadt-Magistrate umgerechnete Classifications-Tabelle, welche eine geringe Ermäßigung mehrerer Classensätze ausweist, wird von der Finanz-Commission zur Annahme empfohlen und von der Versammlung genehmigt.

2. Rücksichtlich der Gemeinde- und Armen-Steuer ist die Umrechnung in zweifacher Weise angenommen: einmal so, daß nur auf vierteljährliche Zahlungen und mithin nur auf eine Theilbarkeit der Classensätze durch 4 Bedacht genommen ist; zweitens aber auch so, daß die Steuerzahlungen in monatlichen Raten erfolgen könnten, wodurch es nothwendig geworden ist, die Classensätze durch 12 theilbar zu machen, — beides zu dem Zwecke, um Bruchtheile von Pfennigen zu vermeiden.

Nach der ersten Tabelle A. würden überhaupt 13 Classen zu verändern und zwar um resp. $\frac{1}{2}$, 1 und $1\frac{1}{2}$ Neugroschen jährlich zu erhöhen sein; von einer Erhöhung um 1 Neugroschen jährlich wird zunächst die erste Classe betroffen, da 20 ggr oder 25 Neugroschen ohne Bruchpfennige sich nicht durch 4 theilen lassen und der Steuersatz dieser Classe auf 26 Neugroschen festgestellt werden muß, da ein anderes weiter unten zur Sprache kommendes Bedenken eine Ermäßigung dieses Steuersatzes auf 24 Neugroschen unthunlich macht.

Auf der zweiten Tabelle B. ist theils durch Ermäßigung, theils durch Erhöhung des Steuersatzes verschiedener Classen, um eine Theilbarkeit durch 12 zu finden, vom Stadt-Magistrate eine Aenderung mit 14 Classen vorgenommen, deren Zahl nach der weitem Ausführung und Berechnung des Herrn Referenten sich auf 31 Classen steigern würde. Nach dieser Tabelle ist der Steuersatz der ersten Classe von 20 ggr oder 25 Neugroschen auf 24 Neugroschen ermäßigt, während in den höhern Classen, in welchen der Steuerbetrag $3\frac{1}{3}\%$ von dem jährlichen Einkommen ausmacht, die Steuersätze unverändert geblieben sind. Hieraus ergibt sich eine Abweichung von der Bestimmung im §. 195 der revidirten Städteordnung, nach welcher die Steigerung der Steuersätze von der niedrigsten bis zur höchsten Classe das Verhältniß von 1 zu 4 nicht übersteigen darf, was allerdings der Fall sein würde, da 24 Neugroschen unter den vierten Theil von $3\frac{1}{3}\%$ oder 100 Neugroschen herabsinken. Dagegen würde eine entsprechende Ermäßigung der Steuersätze auch in jenen höhern Classen einen zu erheblichen Ausfall herbeiführen. Um diese Abweichung von der Städteordnung zu legalisiren, ist vom Stadt-Magistrate anheim gegeben, die Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums zu der Aenderung der Classifications-Tabelle durch Ermäßigung des Steuersatzes erster Classe einzuholen, deren Ertheilung freilich von dem Herrn Häusler in Zweifel gestellt wird.

An der nachfolgenden Debatte über diese Angelegenheit theilnehmen sich außer den Herren Fiedel und Häusler auch noch der Herr Oberbürgermeister Caspari, der Herr Vorsitzende und die Herren Grass, Lissabon, Niemeyer, Aronheim, Steinmeyer und Uhd.

Für die Frage, ob es wünschenswerth und vorzuziehen sei, die Steuersätze durch 12 oder nur durch 4 theilbar sein zu lassen, tritt der Umstand, daß den eingezogenen

Erkundigungen zufolge nur in sehr wenigen Fällen, kaum 50 an der Zahl monatliche Steuerzahlungen erfolgen, als so entscheidend hervor, daß eine Theilbarkeit durch 4 mehr und mehr Zustimmung findet.

Auf die Festsetzung des Steuersatzes in der niedrigsten Classe, ob auf 24 oder 26 Neugroschen, hat obige Frage keinen Einfluß, da die Zahl von 25 Neugroschen ohne Bruchpfennige auch durch 4 untheilbar bleibt und die Ermäßigung auf 24 Neugroschen immer mit der vorerwähnten gesetzlichen Bestimmung in Widerspruch geräth. Andere Andeutungen, die Erhöhung des Steuersatzes in der niedrigsten Classe auf 26 Neugroschen oder aber die aus dem Verbleiben von Bruchpfennigen bei einem Steuersatz von 25 Neugroschen entspringenden Unzuträglichkeiten bei der Steuer-Erhebung zu vermeiden, erhalten keine Unterstützung.

Die Debatte erlangt ihren Schluß durch einen Antrag der Herren Kronheim und Uhde:

»die vom Stadt-Magistrate mitgetheilte Classifications-Tabelle A. mit den darin enthaltenen nicht erheblichen Abweichungen von den jetzt bestehenden Sätzen der künftigen Steuer-Erhebung zum Grunde zu legen und für den Fall, daß eine Entrichtung der Steuer in vierteljährlichen Beträgen noch Modificationen der Vorlage nöthig machen würde, die Finanz-Commission zu den entsprechenden Vereinbarungen mit dem Stadt-Magistrate zu ermächtigen;« —

indem dieser Antrag bei der Abstimmung von der Versammlung angenommen wird.

IV. In einem von dem Herrn Grotrian Namens der Finanz-Commission mitgetheilten Schreiben vom 29. v. Mts. wird vom Stadt-Magistrate abermals die Idee zur Einführung einer allgemeinen städtischen Wasserleitung aufgenommen. Da dem nächstbevorstehenden Landtage der zwischen der Herzoglichen Landesregierung und den Stadtbehörden verabredete Vertrag über die definitive Ordnung der städtischen Vermögens-Verhältnisse, zur Genehmigung vorgelegt werden wird und wenn letztere ertheilt worden, die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die allgemeine städtische Wasserleitung in das Leben zu rufen sei, sofort zur Erörterung gezogen werden müßte, so wird, um mit den nöthigen Vorarbeiten nicht im Rückstande zu bleiben, vom Stadt-Magistrate beantragt:

- 1) denselben zu ermächtigen, einen bewährten Techniker zu beauftragen, einen Plan und Kostenanschlag auszuarbeiten und die dafür zu vereinbarende Vergütung aus der Stadt-Casse zu entnehmen, und
- 2) eine Commission von drei oder fünf Mitgliedern zu wählen, welche beauftragt werde, mit einem Deputirten des Stadt-Magistrats, als welcher dessen Vorsitzender bezeichnet wird, zusammenzutreten, um die rechtlichen Verhältnisse der Piepenbrüderschaften gegenüber der Stadt zu erörtern und in Erwägung zu ziehen, welche Maßregeln zu ergreifen seien, um etwaige Hindernisse, die einer allgemeinen Wasserleitung aus jenen Rechtsverhältnissen erwachsen könnten, zu beseitigen, zugleich aber auch andere in Beziehung auf die einzurichtende allgemeine Wasserleitung auftauchenden Fragen zu prüfen und zur Beschlussfassung durch die städtischen Verwaltungs-Organe vorzubereiten.

Den ersten Antrag, unterstützt von der Finanz-Commission, genehmigt die Versammlung.

Auch mit dem zweiten Antrage ist die Versammlung einverstanden und behält sich die Wahl einer Commission von fünf Mitgliedern bis nach verhandelter Tagesordnung vor.

V. In zwei Schreiben des Stadt-Magistrats vom 29. v. Mts. wird der Versammlung anheimgegeben:

»den beiden Gemeindegeldschullehrern Brauns und Müller eine außerordentliche Unterstützung von je 25 fl aus der Stadt-Casse zu gewähren,« da Beiden durch Krankheiten bedeutendere Kosten erwachsen seien, welche sie nicht wohl auf andere Weise zu bestreiten vermöchten.

Die Unterstützungen werden nach Befürwortung derselben durch Herrn Grötrian, Namens der Finanz-Commission, von der Versammlung bewilligt.

VI. Herr F ü d e l erstattet schließlich noch der Versammlung Bericht über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 7. d. Mts.

Es hat sich als wünschenswerth, ja selbst als nothwendig herausgestellt, daß die Räumlichkeiten in dem Hause an der Leopoldsstraße, welches der Kleinkinder-Bewahranstalt gehört, erweitert werden, und es hat, um der Erfüllung dieses Wunsches förderlich zu werden, die Frau Amalie L ö b b e c k e hieselbst ein zu Dank und Anerkennung verpflichtendes Anerbieten gemacht. Von dem Provisor jener Anstalt ist ein Plan und Kostenanschlag zur Beschaffung der nöthigen Baulichkeiten überreicht, welche sich danach auf etwa 600 fl belaufen könnten. Die genannte Dame hat sich bereit erklärt, die Hälfte dieser Baukosten der Anstalt zu opfern, wenn von Seiten der hiesigen Stadt die andere Hälfte solcher Baukosten übernommen würde.

Die durch den Herrn F ü d e l vertretene Finanz-Commission giebt in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate der Versammlung anheim:

»zu den beabsichtigten Bauausführungen in dem Gebäude der Kleinkinder-Bewahr-Anstalt die Hälfte der Baukosten mit etwa 300 fl aus dem Ertrage der polizeilichen Abgabe für Hunde zu bewilligen.«

Die Versammlung spricht solche Bewilligung aus.

Hierauf

wird in nicht öffentlicher Sitzung über Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt, welche von den Mitgliedern der betreffenden Commission, den Herren Grass, Lissebon, Kloss und Meyer zum Vortrage gebracht werden, berathen.

In einem schon bei Beginn der Sitzung dem Herrn Vorsitzenden angemeldeten Vortrage sucht Herr Meyer auszuführen, daß es sehr wohlthätig und heilsam sein werde, die Concurrenz von Gesellschaften für Versicherung von Mobilien gegen Feuergefahr in hiesiger Stadt und im Herzogthume unbeschränkt zu lassen. Es sei, wie der Herr Redner unter Andern bemerkt, von Herzoglicher Landesregierung bisher Anstand genommen, neben den hier bestehenden 6 Versicherungs-Anstalten noch Andere zuzulassen, weil eine größere Concurrenz nur um so eher leichtsinnige Versicherungen hervorrufen könnte. Allein dieses Bedenken dürfe nicht so ganz maßgebend sein, da hierzu auch schon eine Versicherungs-Anstalt Gelegenheit zu geben im Stande wäre, und auf der andern Seite sei zu erwägen, daß je geringer die Zahl der Anstalten sei, um so größer die Versicherungssummen sein würden, welche eine jede der Anstalten auf sich nehmen müßte, wie denn auch hier die Zahl und der Umfang der Versiche-

rungen zu den Grundcapitalen der einzelnen Anstalten in einem keine hinlängliche Sicherheit gewährenden Verhältnisse ständen. Deshalb sei denn auch in Oesterreich und Preußen die Zulassung solider Versicherungs-Gesellschaften an keine Zahl gebunden und es werde auch hier der Antrag motivirt erscheinen:

»den Stadt-Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Landesregierung die Zulassung noch mehrer Gesellschaften zu beantragen.«

Auf die Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, daß der Stadt-Magistrat stets und noch kürzlich in Bezug auf die Frankfurter Phönix-Versicherungs-Gesellschaft Gelegenheit genommen habe, der Herzoglichen Landesregierung die unbeschränkte Zulassung solider Gesellschaften unter Vertretung zuverlässiger Agenten zu empfehlen, erklärt sich Herr Meyer zufrieden gestellt und zieht derselbe seinen Antrag zurück.

Herr Häusler giebt den Wunsch zu erkennen, es möge die Versammlung nicht stillschweigend über diesen Antrag hinweggehen, sondern ihre Meinung darüber äußern, ob sie eine größere Concurrenz von Feuer-Versicherungs-Gesellschaften für angemessen halte, weil eine solche Meinungs-Äußerung der Sache selbst ersprießlich werden könne.

Die Versammlung spricht sich einstimmig dafür aus:

»daß eine vergrößerte Concurrenz solider Feuer-Versicherungs-Gesellschaften nur für angemessen und wünschenswerth gehalten werden könne.«

Die hiernächst vorgenommene Wahl einer Commission von fünf Mitgliedern zur Vorprüfung der bei etwaiger Einführung einer allgemeinen städtischen Wasserleitung in Frage kommenden sachlichen und rechtlichen Verhältnisse fällt mit Stimmenmehrheit auf die Herren Kahlert, Rischbieter, Aronheim, Grotzian und Häusler.

Nach Erledigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls für die nächste Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N^o 8.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 265. der Braunschweigischen Anzeigen de 1857.)

1857.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 29. October 1857.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung am 10. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Namens der Commission, welche in der Sitzung am 30. Juli d. J. gewählt worden, um die Verhältnisse und Beziehungen zur hiesigen Gaserleuchtungs-Gesellschaft zu der Stadt und zu den Privat-Consumenten einer weitem Erörterung zu unterstellen, erstattet Herr Aronheim der Versammlung Bericht.

Der Auftrag der Commission betrifft sowohl den von dem Herrn Meyer in der Sitzung am 30. Juli d. J. gestellten Antrag, als auch die Propositionen des Stadt-Magistrats, welche von Seiten des letztern rücksichtlich der Gasangelegenheit erfolgt sind. Die Vorberathung der Commission hat unter der Theilnahme eines Deputirten des Stadt-Magistrats und unter Zuziehung von Betheiligten sowohl der bestehenden Gaserleuchtungs-Gesellschaft, als der zu einem gleichen Unternehmen zusammen getretenen neuen Gesellschaft stattgefunden.

Den Vorverhandlungen ist der vom Stadt-Magistrate unter Zustimmung der Versammlung und unter Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums mit der hiesigen Gaserleuchtungs-Gesellschaft abgeschlossene Vertrag vom 13. December 1852 und dessen Nachtrag vom 5. September 1853 zum Grunde gelegt. Nach dem erstern ist unter Andern im §. 17 als Leuchtkraft des Gases eine Helle von 12 Wachskerzen bei einem Verbrauche von $2\frac{1}{6}$ engl. Cubikfuß und von 5 Wachskerzen bei einem Verbrauche von 1 engl. Cubikfuß pro Stunde und Brenner festgesetzt und im §. 18 daselbst verabredet, daß die Gesellschaft, sollte diese Leuchtkraft durch den angegebenen Gasverbrauch nicht erreicht werden, ohne weitere Vergütung verpflichtet sei, so viel mehr Gas in jedem Brenner zu verwenden, als zur Herstellung der festgesetzten Lichtstärke erforderlich. Im §. 5 des Nachtrag-Vertrages ist für die Laternen in den Stra-

ßen eine Helle von mindestens 20 Wachskerzen vereinbart, ohne dabei jedoch einer sonstigen Modification des §. 17 cit. zu erwähnen.

Die Gesellschaft wünscht die Vertrags-Bestimmungen im §. 17 und im §. 5 allgemein dahin festgestellt zu sehen, daß ihr nur die Verpflichtung auferlegt bleibe, ein Gas zu liefern, welches bei einem Consume von 4 Cubikfuß pro Stunde und Brenner eine Leuchtkraft von 20 Wachskerzen gewähre, und will dafür den Preis des Gases vom 1. October d. J. an auf 5 fl pro 1000 Cubikfuß ermäßigen. Diesen Vorschlag, für welchen zur Erwägung gekommen ist, daß es nach den Ermittlungen der Wissenschaft unmöglich sei, dem Gase, welches bei einem Verbräuche von 4 Cubikfuß eine Lichtstärke von 20 Wachskerzen gebe, bei dem Verbräuche von 1 resp. $2\frac{1}{2}$ Cubikfuß eine Lichtstärke von 5 resp. 12 Wachskerzen abzugewinnen, weil die Leuchtkraft des Gases bei Verminderung des Consums in einem bedeutendern Maße abnehme, — hält der Stadt-Magistrat laut der Mittheilung vom 31. August d. J. für annehmbar. Bei den Commissions-Verhandlungen ist in Frage gekommen, ob nicht durch eine derartige Feststellung der Leuchtkraft des Gases für die Privatconsumenten, insofern dieselben nach dem Vertrage eine größere Leuchtkraft verlangen könnten, der Preis des Gases statt ermäßigt, eher erhöht erscheine, dergestalt, daß ihnen, um die größere Lichtstärke zu erzielen, das Gas noch über den ursprünglichen Preis von $8\frac{1}{3}$ fl zu stehen kommen dürfte. Da diese Frage nicht außer Zweifel gestellt werden könne, so hat die Commission Bedenken getragen, auf den der Proposition des Stadt-Magistrats untergelegten Vorschlag der Gesellschaft einzugehen. Um aber zu einer anderweiten Ausgleichung der Ansichten zu gelangen und dadurch fernern Missheiligkeiten und Zerwürfissen vorzubeugen, glaubt die Commission unter Aussetzung einer definitiven Entscheidung in der Gasangelegenheit sich dafür aussprechen zu können, daß der Gesellschaft, wie dieselbe bei den Commissions-Verhandlungen gewünscht habe, eine angemessene Frist gewährt werde, um die Herstellung eines wohlfeilern Gases zu versuchen. Dabei ist indessen Seitens der Commission von dem wiederholten Anerkenntnisse der Gesellschaft, daß sie ihre contractlichen Verpflichtungen nicht vollständig erfüllt habe, Notiz genommen und vorausgesetzt, daß dieselbe schon vom 1. October d. J. den Privatconsumenten das Gas mit einer Leuchtkraft von 20 Wachskerzen bei einem Consume von 4 Cubikfuß pro Stunde und Brenner zu 5 fl die 1000 Cubikfuß berechne.

Hiernach ist der Commission einstweilen auch ein tieferes Eingehen auf den Antrag des Herrn Meyer nicht rathlich erschienen, nur daß es hat anerkannt werden müssen, daß so wenig die Prüfungen der Leuchtkraft des Gases, als die sonstigen Controle-Maßregeln den Contracts-Bestimmungen gemäß vorgenommen seien. In dieser Beziehung sei es wünschenswerth und nothwendig, daß das zwischen der Stadt und der Gesellschaft bestehende Contracts-Verhältniß, welches im Uebrigen vollständig aufrecht erhalten bleiben solle, sofort in zwei Hauptpunkten modificirt werde, indem namentlich die Vertretung der Stadt und deren Bewohner gegenüber der Gesellschaft und die Ausführung der erforderlichen Controle eine Aenderung erleiden müsse.

Habe bisher die Stadt in einem Deputirten des Stadt-Magistrats einen Vertreter gehabt, welcher zugleich Mitglied des Gesellschafts-Directoriums gewesen sei, so sei eine solche Stellung, was hier ohne die leiseste Mißdeutung des vollbegründeten Vertrauens zu der betreffenden Persönlichkeit ausgesprochen werden dürfe, eine mit der Wahrung der beiderseitigen einander gegenüber stehenden Interessen unvereinbare. Es

müsse dem Vertreter der Stadt eine Stellung geschaffen werden, welche denselben von den Interessen der Gesellschaft unberührt erscheinen lasse, ihm nicht inmitten der Gesellschaft oder an der Spitze derselben einen Platz anweise, sondern ihm als Bevollmächtigten der städtischen Gemeinde gegenüber der Gesellschaft einen lediglich für die Interessen der Stadt und deren Bevölkerung bestimmten Wirkungskreis eröffne.

Aus gleichem Grunde sei auch rücksichtlich der Controle eine anderweite Ordnung zu treffen, da die Persönlichkeit, welche eine solche Controle im Interesse der städtischen Gemeinde gegenüber der Gesellschaft auszuüben habe, nicht wohl, wie bisher, Mitglied des Gesellschafts-Directoriums sein könne. Auch durch diese Andeutung werde im Entferntesten nicht eine Anfechtung der Persönlichkeit, von welcher seither die Controle übernommen sei, beabsichtigt, sondern es sei nur die Stellung selbst in's Auge gefaßt, welche fortan eine von der Verwaltung der Gesellschaft völlig getrennte und allein vom Stadt-Magistrat abhängige sein müsse. Zum Controleur möge eine mit den erforderlichen Kenntnissen versehene und aus der Stadt-Casse zu honorirende Person bestimmt werden.

Der Commissions-Antrag lautet nach diesen Ausführungen dahin:

»die Versammlung wolle beschließen:

A. hinsichtlich der Proposition des Stadt-Magistrats, —
daß dieselbe nach den Erklärungen des Deputirten des Stadt-Magistrats für jetzt zu keiner Beschlussfassung Veranlassung gebe;

B. den Antrag des Herrn Meyer betreffend, —

1) daß das Eingehen auf die Frage: ob und in wie weit die Seitens der Gaserleuchtungs-Gesellschaft der Stadt und den Privat-Consumenten gegenüber übernommenen Pflichten erfüllt und welche Beschlüsse in Betreff etwaiger Contracts-Verletzungen zu fassen seien?

bis auf Weiteres, längstens aber bis zum 15. April 1858 ausgesetzt werde, jedoch unter der von dem bei den Commissions-Verhandlungen betheiligt gewesenen Gesellschafts-Mitgliede zugestandenen Bedingung, vom 1. October d. J. an und während des Laufes jener Frist den Privatconsumenten das Gas mit einer Leuchtkraft von 20 Wachskerzen bei einem Consume von 4 Cubikfuß pro Stunde und Brenner zu 5 $\frac{1}{2}$ die 1000 Cubikfuß zu liefern, — und die Commission beauftragt werde, spätestens nach Ablauf dieser Frist unter eventueller Berücksichtigung eingehender Mittheilungen des Stadt-Magistrats, resp. gestellter Vorschläge der Gaserleuchtungs-Gesellschaft ohne weitere Aufforderung der Versammlung definitiv Bericht abzustatten;

2) daß der Stadt-Magistrat ersucht werde:

a. dahin zu wirken, daß bei vollständiger Aufrechterhaltung des sonstigen Inhalts der Contracte vom 13. December 1852 und vom 5. September 1853 nicht, wie bisher, ein Mitglied des Stadt-Magistrats in die Direction der Gaserleuchtungs-Gesellschaft eintrete, resp. in derselben verbleibe, daß dagegen zur Ueberwachung der Gesellschaft in Bezug auf die In-

teressen der Stadt und deren Bevölkerung von dem Stadt-Magistrate ein Commissair ernannt, und, falls nöthig, honoriert werde;

- b. daß sofort die contractlich bedungene Controle in ihrer ganzen Ausdehnung, namentlich auch in Betreff der Leuchtkraft des Gases durch einen von der Verwaltung der Gaserleuchtungs-Gesellschaft vollständig unabhängigen, aus der Stadt-Casse zu honorirenden und mit genügenden Kenntnissen ausgerüsteten Controleur geführt werde.»

Dieser Antrag wird in seinem ganzen Zusammenhange von dem Herrn Vorsitzenden nach kurzer Wiederholung der wesentlichsten Punkte desselben zur Verhandlung und Abstimmung verstellt und von der Versammlung ohne weitere Debatte durch allseitige Erhebung von den Sigen zum Beschlusse erhoben.

II. Herr Uhde erstattet Namens der Schulcommission über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 14. v. Mts. Bericht:

Die Vermehrung der Zahl der Schulkinder in den hiesigen Gemeindeschulen in den letzten 2 Jahren um 176, von welchen 46 auf die beiden Bürgerschulen und 130 auf die beiden niedern Volksschulen kommen, hat bei letztern zur Folge gehabt, daß in den Elementarclassen in der einen 140, in der andern 185 Schüler und Schülerinnen vereinigt sind. Zur Abhilfe der hieraus für den Unterricht entstehenden Nachtheile hat der Schuldirektor Hirsche dem Schulvorstande vorgeschlagen, aus jeder der beiden Elementarclassen 2 Abtheilungen zu bilden und für die eine 20, für die andere 16 Unterrichtsstunden zu bestimmen, die zwar von demselben Lehrer, jedoch zu verschiedenen Zeiten abgehalten werden sollten. Da hieraus aber den betreffenden Lehrern ein Zuwachs von 10 bis 12 Unterrichtsstunden entstehe, so soll denselben dafür eine jährliche Remuneration von je 100 fl aus der Schulkasse zugewilligt werden.

Für die Annahme dieses Vorschlages sprechen nach Ansicht des Stadt-Magistrats mehrere erhebliche Gründe: einmal werde dadurch die Anstellung zweier neuer Lehrer vermieden, welche ohnehin eine besondere Schwierigkeit habe, weil es an tüchtig vorgebildeten Präparanden und Vorseminaristen fehle; sodann würden auf solche Weise 260 fl jährlich gespart werden, was bei den sonstigen immer steigenden Anforderungen für die Schulen wohl in Berücksichtigung zu ziehen sei; und endlich sei es auch zweifelhaft, ob jene Ueberfüllung eine dauernde sein werde. Dagegen falle das Bedenken, daß bei jener Classentheilung die Zahl der Unterrichtsstunden um einige vermindert werde, nicht so sehr in's Gewicht, weil 16—20 Stunden wöchentlich für den ersten Unterricht wohl ausreichen würden. Die besondere Remuneration der betreffenden Lehrer, denen dadurch die Gelegenheit zu einem Nebenerwerbe durch Privatunterricht beschränkt würde, beruhe nur in der Billigkeit.

Der Stadt-Magistrat giebt daher anheim:

»zu genehmigen, daß den Lehrern der beiden Elementarclassen der hiesigen niedern Volksschulen für den zu ertheilenden Mehrunterricht vom 1. d. M. an eine Remuneration von je 100 fl , überhaupt also 200 fl , jährlich in monatlichen Raten aus der Schulkasse gezahlt werde.«

Die Commission ist mit dieser Proposition im Allgemeinen einverstanden, sie hat nur noch das Bedenken, daß aus solchem Versuche der Classentheilung eine definitive

Einrichtung werden könnte. Eine Zahl von 36 Unterrichtsstunden wöchentlich sei für einen Lehrer wohl zu viel und würde seine Kräfte so sehr in Anspruch nehmen, daß er nach nicht zu langer Zeit erlahmen und an seiner Tüchtigkeit verlieren müsse. Zwar ertheile der Lehrer noch Privatunterricht; aber ein solcher sei minder anstrengend, als der öffentliche Schulunterricht.

Die Commission empfiehlt zwar der Versammlung:

die Annahme der Proposition des Stadt-Magistrats,
beantragt jedoch:

»bei solcher Annahme die Erwartung auszudrücken, daß jene Einrichtung nicht zu einer dauernden gemacht, sondern baldthunlichst eine anderweite Abhilfe durch Einrichtung neuer Classen und Anstellung besonderer Lehrer geschaffen werden möge.«

Gegen diesen von dem Herrn Vorsitzenden zur Debatte verstellten Commissions-Antrag erhebt sich zunächst Herr Lüdecke:

Die hier beabsichtigte Einrichtung, welche sich vielleicht für die Schulen auf dem Lande, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch allensfalls entschuldigen lasse, sollte und müßte in einer Stadt, wie die hiesige, wohl dadurch zu vermeiden sein, daß die Lehrer überhaupt besser salarirt würden, wodurch zugleich dem Mangel an Lehrern am wirksamsten abzuhelpen wäre. Ferner müßte auch für neue Schullocale gesorgt werden, damit die Zahl der Kinder in einer Classe nicht zu groß werde und die erst neuerlich wieder eingeführte Vereinigung der Geschlechter nicht nöthig erscheine. Soviel auch, wie freudig anzuerkennen, für die Erziehung und Bildung der Jugend durch die Schulen geschehen sei, so könne doch für solche Zwecke nicht zu viel gethan werden. Jene Einrichtung fördere aber solche Zwecke nicht, weil sie die Zahl der Schulstunden für die Kinder vermindere und diese dadurch der so wünschenswerthen Aufsicht eines Lehrers auf längere Zeit entziehe, und sei nicht unbedenklich, weil sie die Kräfte der Lehrer zu sehr in Anspruch nehme und, wenn sie einmal in's Leben gerufen sei, von längerem Bestande zu werden fürchten lasse.

Die Herren Uhde, Steinmeyer und Oberbürgermeister Caspari suchen dazuthun, daß für den Augenblick kein anderer Ausweg zu finden gewesen, als durch den Vorschlag des Schuldirectors Hirsche an die Hand gegeben sei; die Schwierigkeit, für die hiesigen Gemeindeschulen ausreichend vorgebildete Lehrer zu gewinnen, lasse sich selbst durch eine Verbesserung der Gehalte nicht sofort beseitigen, weil es in der That nicht bloß in hiesiger Stadt, sondern im ganzen Herzogthume, und fast überall an geeigneten Personen fehle. Wenn aber auch Lehrer heranzuziehen wären, so sei es doch nicht sofort thunlich, neue Schullocale herzustellen, da in den Schulgebäuden die Räumlichkeiten sämmtlich benützt seien. Im Uebrigen müsse auch nothwendig die Anstellung von Lehrern und die Einrichtung von Schullocalen nach den finanziellen Verhältnissen der hiesigen Stadt erlassen werden, und da bisher von den städtischen Behörden einer zeitgemäßen Verbesserung des Gemeinde-Schulwesens die erforderlichen Opfer willig dargebracht seien, so sei auch nicht außer Acht zu lassen, daß schon die nächste Zukunft noch in manchen andern Beziehungen weitere unvermeidliche Anforderungen erheben werde. Da unter den obwaltenden Umständen zur Zeit kein anderes Mittel zu Gebote stehe, dem Schulunterrichte eine ersprießlichere Wendung zu geben, so sei doch immerhin eine vortheilhafte Aenderung dem Bestehenlassen des weniger guten Zustandes vorzuziehen. Die um einige Stunden wöchentlich verkürzte

Schulzeit sei am wenigsten bedenklich, weil bei einer geringern Zahl von Kindern selbst in einer kürzern Unterrichtszeit geistig mehr gewirkt werden könne, als bei einer über- großen Zahl in längerer Zeit, und die Gemeindeschulen auch nicht Bewahranstalten für die Kinder sein sollten und könnten. Auf der andern Seite werde die etwas starke Belastung der Lehrer einen Gegenstand weiterer Erörterungen und Maßnahmen für die Folgezeit ausmachen.

Herr Fabricius spricht den Wunsch und die Erwartung aus, daß der Stadt-Magistrat sich veranlaßt finden werde, auch bei Herzoglicher Landes-Regierung dahin zu wirken, daß dem Mangel an tüchtig vorgebildeten Gemeinde-Schullehrern auf die geeignetste Weise dauernd abzuhelpen möge versucht werden.

Von Herrn Nieß wird hierauf beantragt:

diese Angelegenheit an den Stadt-Magistrat zu nochmaliger Erwägung zurückgehen zu lassen, um in Ueberlegung zu nehmen, ob nicht den Lehrern Gehilfslehrer beigegeben werden könnten und es auf diese Weise nicht möglich sei, einer Verminderung der Schulstunden vorzubeugen.

Der Herr Vorsitzende fordert nach geschlossener Debatte die Versammlung zur Abstimmung zunächst über den Commissions-Antrag auf, durch dessen Annahme, mit großer Stimmenmehrheit, der Antrag des Herrn Nieß erledigt erscheint.

III. Mittelft Schreibens vom 20. dieses Monats spricht sich der Stadt-Magistrat in Berücksichtigung der hohen Preise aller Lebensbedürfnisse für eine abermalige Verwilligung von Extraordinarien aus der Stadtcasse im Gesamtbetrage von 115 fl an einige städtische Unterbeamte aus.

Die Finanz-Commission, vertreten durch Herrn Grotrian, besürwortet diese Verwilligung und von der Versammlung wird dieselbe durch Beschluß ausgesprochen.

IV. Aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 19. dieses Monats, den Salzdebit in hiesiger Stadt betreffend, macht der Herr Vorsitzende Namens der Statuten-Commission der Versammlung Vortrag:

Das für das laufende Jahr der hiesigen Stadt gesetzlich zugeschriebene Salz-Zwangsquantum von 4607 Centner 64 Pfund wird auch für das nächste Jahr, nach dem neuen Gewichte in dem Betrage von 4300 Centner 46 Pfund 4 Loth, der hiesigen Stadt in Anrechnung gebracht werden. Da das neue Gewicht schwerer ist, als das gegenwärtige, so ist in Erwägung gezogen, ob die bisherige Salzveranlagung zu 10 Pfund pro Kopf beibehalten oder auf den entsprechend geringeren Betrag von $9\frac{1}{2}$ Pfund oder gar auf 9 Pfund ermäßigt werden solle. Letzteres ist wegen des zu großen Ausfalles im Salzconsum für bedenklich und ersteres wegen der Bruchrechnung für unzutraglich gehalten und hat sich der Stadt-Magistrat für die Beibehaltung der 10 Pfund ausgesprochen, womit sich auch die Commission um so eher glaubt einverstanden erklären zu können, als die Erfahrung gelehrt habe, daß eine diesem Maßstabe entsprechende Salzmenge für die meisten Haushaltungen unter dem Bedarfe bleibe.

Die Veranlagung der Gewerbetreibenden ist bisher durch eine aus den Herren Kloss, Denecke, Grund, Kahler, Lissebon und Quenstedt zusammengesetzte Commission besorgt und es ist Bestimmung darüber erbeten, ob dieser Commission ein solcher Auftrag auch ferner verbleiben solle.

Den hiesigen 10 Salzfellern ist seither eine jährliche Remuneration von je 50 fl

aus der Stadt-Casse gezahlt. Der Stadt-Magistrat giebt anheim, diese Remuneration auf 65 fl zu erhöhen, da den Salzsellern seit Einführung der Salzbücher, in welche sie die entnommene, oft nur $\frac{1}{2}$ Pfund oder nach dem neuen Gewichte 4 Loth Quint betragenden Salzquantitäten mit Zahlen und Buchstaben einzutragen haben, eine größere Last bei dem SELLERIEBETRIEBE erwachsen sei.

Die Commission beantragt:

- 1) auch bei der demnächstigen Anwendung des neuen schwereren Gewichts an der frühern Veranlagung von 10 Pfund pro Kopf festzuhalten;
- 2) die bisherige aus den vorgenannten Herren bestehende Commission fernerweit mit der Veranlagung der Gewerbetreibenden zu beauftragen;
- 3) die Remunerationen für die hiesigen 10 Salzsellern vom künftigen Jahre an auf 65 fl zu erhöhen.

Herr Nieß wendet gegen den ersten Punkt ein, daß es angemessener sein werde, bei Erwachsenen das gesetzliche Quantum von 12 Pfund pro Kopf, bei Kindern dagegen im Alter bis zu 6 oder 8 Jahren etwa die Hälfte dieser Salzmenge auf den Kopf zu veranlagern; für die Ausführung einer solchen Veranlagung würden die polizeilichen Seelenlisten die geeigneten Anhaltspunkte bieten.

Von dem Herrn Vorsitzenden, den Herren Kloss und Oberbürgermeister Caspari wird auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, welche, zumal bei den unvermeidlichen Irrthümern in den Seelenlisten, bei einer in solcher Art vorzunehmenden Vertheilung des der hiesigen Stadt zugeschriebenen Zwangsquantums hervortreten würden, und mit ihnen meinen auch die Herren Lüdcke, Häusler und Fabricius, daß ein durchschnittliches Salzquantum von 10 Pfund pro Kopf, während das Gesetz sogar 12 Pfund ohne Unterscheidung zwischen Erwachsenen und Kindern festsetze, dem wirklichen Consume entsprechend sich gezeigt habe, und eintretenden Falls bei einem Minderconsume auf die besondern Umstände und Verhältnisse eine billige Rücksicht genommen werden könne.

Die Versammlung erklärt sich mit den obigen drei Commissions-Anträgen durch Beschluß einverstanden.

V. Zwei Schreiben des Stadt-Magistrats vom 18. Juni dieses Jahrs und vom 14. dieses Monats beziehen sich auf diejenigen Gewerbebetreibenden und Privatconsumenten, welche hinsichtlich des auf sie wegen ihres Gewerbebetriebes veranlagten Salzquantums Reclamationen erhoben, resp. wegen nicht vollständigen Consums des auf sie nach der Kopfszahl vertheilten Salzes um Erlaß der für das zu wenig entnommene Salz geforderten Zahlungen nachgesucht haben.

Der Herr Vorsitzende glaubt empfehlen zu müssen, daß derartige Reclamationen und Erlaßgesuche auf einem einfacheren Wege als durch Beschluß dieser Versammlung über jeden einzelnen Fall zur Erledigung gebracht werden möchten, und giebt anheim, zu diesem Zwecke die mit der Salzveranlagung beauftragte Commission mit einer größern Machtvollkommenheit auszustatten.

Dieser Vorschlag wird von den Herren Kloss, Oberbürgermeister Caspari, Stadtrathe Mack und Häusler unterstützt, während die Herren Fabricius und Nieß die vorherige Begutachtung der zur Veranlagung der Gemeinde- und Armensteuer berufenen Districts-Commissionen, welche übrigens durch je ein Mitglied in jener andern Commission vertreten sind, verlangen..

Zu dem von dem Herrn Vorsitzenden formulirten Antrage:

»der aus den Herren Kloss, Denecke, Grund, Kahlert, Lissebon und Duenstedt bestehenden Commission die Ermächtigung zuzutheilen, Reclamationen und Erlaßgesuche wegen des Salzconsums unter Mitwirkung eines Deputirten des Stadt-Magistrats definitiv zu entscheiden und nur im Falle einer Nichtübereinstimmung der Commission mit dem Deputirten des Stadt-Magistrats eine Entscheidung der Versammlung zu veranlassen;« wird von dem Herrn Nieß die Modification beantragt:
»vor Entscheidung über Erlaßgesuche jener Art das Gutachten der betreffenden Districts-Commissionen einzuholen.«

Der Antrag des Herrn Vorsitzenden wird von der Versammlung angenommen, dagegen der Antrag des Herrn Nieß abgelehnt.

Die vorliegenden Reclamationen und Erlaßgesuche werden von dem Herrn Vorsitzenden jener Commission zur Erledigung und eventuellen Berichtserstattung überwiesen.

Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung.

N^o. 9.

Sitzung am 19. November 1857.

1857.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet:

Die Abwesenheit der Herren Meyer, Lüddecke, Kellner, Barrentrapp und Aronheim wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Löbbbecke.

Das Protocoll der letzten Sitzung am 29. vorigen Monats wird verlesen und mit einer Zusatz-Bemerkung des Herrn Fabricius, deren Nachtragung zugesichert wird, von der Versammlung genehmigt.

In der Tagesordnung erfolgt eine Aenderung, indem nach Mittheilung des Herrn Vorsitzenden die Berathung über die Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt ausfallen muß, da dieselbe nicht hat vorbereitet werden können, und die Versammlung zur Substituierung einer andern inzwischen eingegangenen Angelegenheit ihre Zustimmung ertheilt.

I. Der Herr Vorsitzende bringt ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 14. dieses Monats zur Kenntniß der Versammlung, inhalts dessen nach Maßgabe eines frühern Beschlusses die beiden städtischen Häuser Nro. ass. 2828 und 2829 im Markstele zum öffentlich meistbietenden Verkaufe versteilt worden sind. Die Meistgebote von 370 fl resp. 590 fl haben der Schneidermeister Deig und der Arbeitsmann Carl Schmidt behalten und giebt der Stadt-Magistrat anheim, diesen beiden Käufern für jene Gebote den Zuschlag zu ertheilen. Nachträglich hat sich aber noch als Reflectant auf das Haus N^o 2828 der bisherige Miether desselben, der Armenbote Reitemeyer, beim Stadt-Magistrate gemeldet und sich erboten, in jenes Meistgebot von 370 fl einzutreten und selbst noch 5 fl mehr zu zahlen.

Da die Gebote den bisherigen Mietherträgen entsprechend erscheinen und der Armenbote Reitemeyer als ein vieljähriger treuer Diener im Gemeindefwesen eine vorzugsweise Berücksichtigung findet, so wird von der Versammlung beschlossen:

»dem Armenboten Reitemeyer das Haus Nro. ass. 2828 für den Preis von 370 ₰, und dem Arbeitsmann Carl Schmidt das Haus Nro. ass. 2829 für den Preis von 590 ₰ eigenthümlich zu überlassen und die Ertheilung des Zuschlages an diese Käufer zu genehmigen.«

II. Mittelft Schreibens des Stadt-Magistrats vom 1. August dieses Jahrs sind die über den städtischen Haushalt im Jahre 1856 geführten Rechnungen übersandt und haben dieselben der Finanz-Commission zur Prüfung vorgelegen.

Namens dieser hat Herr Födel die Berichtserstattung übernommen; derselbe glaubt aber, zumal die Commission zu Erinnerungen gegen die Rechnungen keine Veranlassung gehabt hat, einer ausführlichen Mittheilung um so eher überhoben bleiben zu können, als mit der Uebersicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten zu Braunschweig während des Jahres 1856 auch der »Executions-Stat der städtischen Cassen zu Braunschweig im Jahre 1856« durch die Anzeigen zu Federmanns Kenntniß gebracht worden. Die Bemerkungen des Herrn Referenten beschränken sich auf folgende Punkte:

Die Gesamt-Einnahme ist gegen den Voranschlag um 5600 ₰ reichlicher ausgefallen, was insbesondere darin seinen Grund hat, daß die Gemeinde- und Armen-Steuer einen Mehrertrag von 3600 ₰ gegeben hat.

Die Gesamt-Ausgaben sind gegen den Voranschlag um 7600 ₰ überschritten, indem unerwarteter und außerordentlicher Weise namentlich 2250 ₰ für Grundabtretungen in der Schubstraße, 1130 ₰ für zu wenig entnommenes Salz und erheblich größere Summen für die Armen-Unterstützung haben verausgabt werden müssen.

Da die Mehrausgabe die Mehreinnahme um 2000 ₰ übersteigt, so ergibt sich daraus eine Verminderung des städtischen Vermögens um einen gleichen Betrag; am Schlusse des Jahres 1855 belief sich letzteres auf 57,000 ₰ und sind am Schlusse des Jahres 1856 nur 55,000 ₰ verblieben.

Herr Födel giebt der Versammlung Namens der Finanz-Commission anheim: die städtischen Rechnungen für justificirt anzunehmen und zu genehmigen, daß dem Rechnungsführer Decharge ertheilt werde; und wird dieser Commissions-Antrag von der Versammlung ohne weitere Debatte zum Beschlusse erhoben.

III. Schon vor längerer Zeit ist, wie der Herr Vorsitzende der Versammlung mittheilt, ein Statut-Entwurf über die Zahl und Art der städtischen Beamten und Diener und über deren Dienst- und Gehalts-Verhältnisse vom Stadt-Magistrate den Stadtverordneten übersandt. Die mehrfachen Verhandlungen der Statuten-Commission über diesen Entwurf, an welchen auch ein Deputirter des Stadt-Magistrats Theil genommen hat, haben eine wesentliche Umarbeitung des Entwurfs zur Folge gehabt und in der daraus hervorgegangenen neuen Form wird nunmehr von dem Herrn Vorsitzenden Namens der Statuten-Commission der Entwurf der Versammlung zur Berathung und Genehmigung vorgelegt.

Die Vorlage ist ein »Statut über die Zusammensetzung des Stadt-Magistrats zu Bräunshweig, die Hilfsbeamten desselben und die Gemeinbediener, sowie die Dienst- und Gehalts-Verhältnisse der städtischen Beamten und Diener,« welches zur weiteren Ausführung der Bestimmungen der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 dienen soll.

Die Bezeichnung des Statuts läßt den Inhalt desselben im Allgemeinen schon erkennen; der auf die revidirte Städte-Ordnung bezugnehmenden Einleitung folgen die einzelnen Bestimmungen:

Der Stadt-Magistrat soll aus einem Vorsitzenden und sechs andern Mitgliedern bestehen; der Vorsitzende und zwei Mitglieder, welche aus der Zahl der Rechtsgelehrten gewählt werden und ein Staats-Eramen bestanden haben sollen, werden eine feste Besoldung, der Erstere 1500 bis 2000 fl , die Letztern je 900 bis 1400 fl , erhalten; zur Aushilfe bei den Geschäften kann unter den für einen solchen Fall vorbehaltenen besonderen Vereinbarungen ein Stadt-Secretair angestellt werden.

Als Hilfsbeamte des Stadt-Magistrats werden angestellt und besoldet:

ein Revisor mit 400 bis 700 fl ,
 ein Registrator mit 300 bis 600 fl ,
 ein Rendant für die Armen-Casse mit 300 bis 600 fl ;
 sodann ferner:

ein Stadt-Baumeister mit 900 bis 1200 fl ,
 ein Stadt-Cämmerer mit 800 bis 1000 fl ,
 ein Stadt-Cassen-Controleur mit 300 bis 500 fl , und
 ein Oberarmen-Arzt, dessen Gehalt in jedem einzelnen Falle festgesetzt wird.
 Zu den Gemeinde-Dienern gehören zwei Marktmeister mit einem Gehalte von je 150 bis 200 fl und zwei Magistrats-Diener mit einem Gehalte von je 200 fl .

Die Anstellung der besoldeten Magistrats-Mitglieder und der Hilfsbeamten des Stadt-Magistrats erfolgt mit Ausnahme des Oberarmen-Arztes auf Lebenszeit; die der Gemeinde-Diener auf Kündigung; wegen der Auflösung des Dienstverbandes, der Entlassung und Pensionirung, sind nähere Bestimmungen gegeben, welche die revidirte Städte-Ordnung ergänzen.

Von dem Stadt-Cämmerer, dem Rendanten der Armen-Casse und den beiden Marktmeistern sind Cauttionen im Betrage von 2000 fl , 1000 fl und je 200 fl zu leisten.

Die Hilfsbeamten erhalten eine Instruction vom Stadt-Magistrate; die Annahme des bei dem Stadt-Magistrate, bei der Armen-Verwaltung, bei der Stadt-Casse, bei dem Stadt-Baumeister nöthigen Bureau-Personals geht vom Stadt-Magistrate aus; die Remunerirung desselben bleibt zu Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung verstellt; die Anstellung und Besoldung der bei der Armen-Verwaltung beschäftigten Personen ist bereits durch das betreffende Statut vom 1. Juni 1853 geordnet.

Die von dem Herrn Vorsitzenden einzeln zur Verhandlung verstellten Statut-Bestimmungen geben zu einer weiteren Debatte keine Veranlassung und erhalten ohne Ausnahme die Genehmigung der Versammlung. Nur in Bezug auf die Cautions-Leistungen des Stadt-Cämmerers und des Rendanten der Armen-Casse zu 2000 fl , resp. 1000 fl stellt Herr Fiedel den Antrag:

»diese beiden Cautions-Beträge auf die Hälfte zu ermäßigen.«

Nr. 10.**Sitzung vom 26. November 1857.****1857.**

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Uhde, Kellner, Denecke und Bierbaum wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Löbbecke.

Das Protokoll der letzten Sitzung am 19. dtes. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Ueber die auf der Tagesordnung stehenden Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt wird in nicht öffentlicher Sitzung berathen und wird dieselbe nach Beendigung dieser Verhandlungen unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 10. December 1857.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Kellner, Niemeyer, Grottrian, Kloss, Kahlert, Bierbaum, Halle, Steinmeyer, auch des Herrn Löbbecke wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protokoll der letzten Sitzung am 26. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Die mittelst Schreibens des Stadt-Magistrats vom 20. October d. J. übersandten Etats für den städtischen Haushalt im Jahre 1858, namentlich die Etats über die Stadt-Casse, über die Armen-Casse, die Gemeinde-Schul-Casse und die Wegbau-Casse, sind von der Finanz-Commission einer weiteren Prüfung unterworfen.

Namens dieser Commission erstattet Herr Födel der Versammlung Bericht über dieselben, theilt die Einnahme- und Ausgabe-Positionen und die nöthigen Erläuterungen zu denselben, soweit insbesondere Abweichungen von den vorjährigen Etats in Frage kommen, mit und knüpft daran die Anträge der Commission.

Unter den Einnahmen der Stadt-Casse ist ein Posten von 700 \mathfrak{R} aufgeführt, welcher aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde hergenommen werden sollten. Bei den Commissions-Verhandlungen sind Bedenken darüber entstanden, ob es den Bestimmungen des Statuts über die Hunde-Abgabe entsprechen werde, von dieser Abgabe eine Summe als Einnahmeposten in die Stadt-Casse aufzunehmen, und ist es nach einem Uebereinkommen der Commission mit dem Vorsitzenden des Stadt-

Berichtigung eines Druckfehlers in der Vornummer dieser Verhandlungen (10) Ueberschrift: Sitzung am 20. November 1857, muß heißen: Sitzung am 26. November 1857.

Magistrats für angemessener gehalten, die 700 fl als Einnahmeposten für die Stadt-Casse zu streichen, worüber bei den hierauf berechneten Ausgabepositionen anderweite Vorschläge Seitens der Commission erfolgen sollen. Ohne jenen Posten von 700 fl beläuft sich die Gesamt-Einnahme für die Stadt-Casse auf 36,992 fl 6 gr 4 L .

Bzüglich der für die Stadt-Casse veranschlagten Ausgaben sind

1) 2000 fl zur Abtragung auf das von dem Herzogl. Leihhause entnommene Anlehen bestimmt. Der Stadt-Magistrat hat jene Summe in der Erwartung in Ansatz gebracht, daß die Abtragung von 2000 fl neben Bestreitung der übrigen projectirten Ausgaben werde erfolgen können, und giebt anheim:

»andernfalls eine Beschränkung obiger Summe auf 1000 fl zu genehmigen.«

Auf Antrag der Commission erklärt sich die Versammlung mit dieser bedingungsweise gestellten Modification einverstanden

2) In dem Capitel der Besoldungen und Löhne sind von dem Stadt-Magistrate einige Gehaltszulagen in Vorschlag gebracht, welche von der Commission unterstützt werden; auch die Versammlung genehmigt die Erhöhung der Gehalte:

- a. des Stadtraths Meier von 1100 fl auf 1200 fl ;
- b. des Stadtraths Mack von 1100 fl auf 1200 fl ; imgleichen
- c. des Stadtraths Grütter von 450 fl auf 480 fl ;
- d. des Magistratschreibers Westphal von 250 fl auf 280 fl ;
- e. des Magistratschreibers Gerloff von 150 fl auf 180 fl ;
- f. des Magistratschreibers Müller von 120 fl auf 150 fl .

Für die beiden Marktmeister wird ebenfalls eine Gehalts-Erhöhung proponirt, welche aber mehr den Character einer Entschädigung hat, indem mit der Gehalts-Erhöhung eine Verminderung derjenigen Gebühren verbunden sein soll, welche denselben für Monitoren, für Erhebung der Marktstellen-Gelder und für Executionen zugewiesen sind. Diese Gebühren sind da, wo sie weniger als 2 gr betragen, nach der neuen Münzverfassung auf Groschen herabgesetzt, so daß statt 6 L , 1 gr und $1\frac{1}{2}$ gr nach dem gegenwärtigen Münzfuße nur $\frac{1}{2}$, 1 oder $1\frac{1}{2}$ gr nach dem neuen Münzfuße erhoben werden dürfen, wodurch ein Ausfall von etwa 40 fl jährlich entsteht. Mit Rücksicht hierauf und in Voraussetzung dieser Gebühren-Ermäßigung ertheilt die Versammlung auf den von der Finanz-Commission unterstützten Antrag des Stadt-Magistrats:

»zu der Erhöhung der Gehalte der beiden Marktmeister von je 150 fl auf je 200 fl .«

ihre Zustimmung.

3) Unter den aus der Stadt-Casse zu bestreitenden Bauten und Reparaturen städtischer Grundstücke, welche auf 2768 fl 15 gr veranschlagt worden, sind unter andern aufgeführt:

»die Instandsetzung der Umfangswände der zum Stadthause gehörigen Gebäude mit 550 ₰;

die Beseitigung des rauhen Plattenpflasters auf der zum Parteienzimmer umgeschaffenen Hausflur im Stadthause und Vorrichtung eines Pflasters mit geschliffenen Platten daselbst zu 130 ₰, und

die Instandsetzung der Hausflur, des Treppenhauses, des großen Bürgersaales und der angrenzenden Zimmer im Neustadt-Rathhause mit 1800 ₰.«

Die Veranschlagung dieser und der übrigen kleinern Ausgabeposten ist durch den Stadtbaumeister Tappe erfolgt; die städtische Bau-Deputation hat sich mit den projectirten Bauten und Reparaturen einverstanden erklärt.

In Bezug auf die für das Neustadt-Rathhaus in Aussicht gestellten Bauten giebt Herr Fabricius dringend anheim, auf eine bessere Erleuchtung des Sitzungszimmers dieser Versammlung und zwar durch Gas Rücksicht zu nehmen, und ruft dadurch eine weitere Debatte hervor, welche durch den von dem Herrn Vorsitzenden gestellten und von der Versammlung genehmigten Antrag:

»an den Stadt-Magistrat das Ersuchen zu richten, über die Vorrichtungen zur Erleuchtung der im Neustadt-Rathhause befindlichen, für die Benutzung zu städtischen Zwecken bestimmten Räumlichkeiten mit Gas durch Sachverständige einen Kostenanschlag anfertigen zu lassen und hierüber der Versammlung demnächst Mittheilung zu machen,«

geschlossen wird.

4) Zur Unterhaltung der Gemeindeschulen ist ein Zuschuß aus der Stadt-Casse im Betrage von 8868 ₰ 27 $\frac{1}{2}$ 3 A. in Ausgabe gestellt, von welchen nach dem Etat der Gemeindeschul-Casse für Baulichkeiten an den Schulgebäuden der Bürgerschulen 4540 ₰ und der beiden niedern Gemeindeschulen 1110 ₰ berechnet sind.

Nach den Voranschlägen des Stadt-Baumeisters Tappe bestehen diese Baulichkeiten unter andern

in der Vorrichtung eines Zeichensaales, sowie in der Vergrößerung und Instandsetzung der 4. Knabenklasse im 2. Stocke des Hauptgebäudes der Bürgerschule des Westbezirks zu 825 ₰;

in der Umpflasterung des Hofes, sowie in der Anbringung von Fallröhren für dieselbe Schule zu 420 ₰;

in der Erbauung eines neuen 3. Stockwerks auf dem rechten Seitengebäude der Bürgerschule des Ostbezirks zur Vorrichtung eines Zeichensaales zu 1900 ₰;

in der Instandsetzung der 5. Knaben-Classe und der 5. Mädchen-Classe im ersten Stock in derselben Schule zu 230 ₰;

in der Instandsetzung des Daches auf dem straßenseitigen Hauptgebäude der Gemeindeschule an der Reichenstraße zu 325 ₰;

in der Umgestaltung der Abtritte in dem Nebengebäude der Gemeindeschule an der Leopoldstraße zu 205 ₰.

In Bezug auf die für Anlegung von Zeichensälen in den beiden Bürgerschulen ausgeworfenen Bauausgaben theilt Herr Oberbürgermeister Caspari mit, daß nach einem dem Schulvorstande von dem Schuldirector Hirsche gemachten Vorschlage beabsichtigt werde, den Zeichnen-Unterricht dem Lections-Verzeichnisse für die obern Classen der beiden Bürgerschulen einzureihen, und für diesen Zweck die Anstellung eines besondern Zeichnenlehrers nothwendig werde, in welcher Beziehung die Versammlung noch die weitem Propositionen des Stadt-Magistrats zu erwarten habe.

Auch diese für die Gemeindeschulen beabsichtigten Baulichkeiten sind von der städtischen Bau-Deputation im Allgemeinen für nothwendig und wünschenswerth gehalten; doch sind von denselben hier sowohl, wie bei den unter N 3 gedachten Baulichkeiten einzelne bezeichnet, welche nöthigenfalls noch hinausgeschoben bleiben könnten.

5) Der Zuschuß aus der Stadt-Casse zu der städtischen Armen-Casse ist auf 36,288 fl 17 gr 5 d veranschlagt, worüber der Special-Etat über Einnahmen und Ausgaben der Armen-Casse im Jahre 1858 nähere Auskunft giebt. Inhalts des letztern sind von dem Stadt-Magistrate Erhöhungen einiger Gehalte und Remunerationen proponirt, welche von der Finanz-Commission unterstützt und von der Versammlung im Einzelnen genehmigt werden. Hiernach ist erhöht:

der Gehalt des Rechnungsführers der Armen-Casse Rendanten von Nitschke von 450 fl auf 480 fl ;

der Gehalt des Schreibers Schmidt von 150 fl auf 180 fl ;

die Remuneration des Dr. med. Otto, als Assistenten und Vertreters des Medicinalraths Dr. med. Francke von 100 fl auf 200 fl ;

die Remuneration des Dr. med. Balke, als Armenarztes im 5. Bezirke, von 50 fl auf 60 fl ;

der Gehalt des Inspectors Bette am Pflege- und Armenhause vor dem Petrithore von 350 fl auf 400 fl .

6) Ferner sind in dem Stadt-Cassen-Etat als Zuschüsse zu besondern Wohlthätigkeits-Anstalten der Stadt in Ausgabe gestellt:

für die Armen-Speise-Anstalt:

an festem Zuschusse 120 fl ,

auf besondere Bewilligung 200 fl ;

für die Kleinkinder-Bewahr-Anstalt 300 fl ;

für die Anstalt für dürftige Reconvallescenten 20 fl , und

für Unterstützung des Holzmagazins für Hülfsbedürftige 60 fl .

Diese Ausgabeposten im Gesammbetrage von 700 fl entsprechen der gleich hohen Einnahme-Position des Stadt-Cassen-Etats, welche auf die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zurückgeführt ist. Die Finanz-Commission beantragt, ihrem früher schon angedeuteten Vorbehalte gemäß:

»gleichwie die Einnahmeposten von 700 fl , so auch die Ausgabeposten zu demselben Betrage aus dem Stadt-Cassen-Etat zu streichen und die

Uebernahme der vorstehend gedachten Ausgaben auf die Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde in unmittelbarer Weise bis auf Weiteres zu genehmigen.«

Herr Häusler hält die Annahme dieses Antrages für bedenklich, weil derselbe mit dem Inhalte des Statuts wegen der polizeilichen Abgabe für Hunde im §. 13, welcher vorschreibe, daß diese Abgabe zu einem durch den städtischen Etat nicht gedeckten, gemeinnützigen, zum Besten der ärmeren Classen dienenden Zwecke verwandt werden solle, — im Widerspruche stehe. Jedenfalls gelte dieses Bedenken für den Posten der 120 fl für die Armen-Speise-Anstalt, weil diese Ausgabe auf einer von der Stadt übernommenen rechtlichen Verpflichtung beruhe. Aber auch die übrigen Ausgabeposten seien bisher regelmäßig auf den Etat der Stadt-Casse übernommen, seien mithin als wirkliche städtische Ausgaben betrachtet und könnten deshalb, ohne gegen die erwähnte statutarische Bestimmung zu verstoßen, nicht der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde auferlegt werden. Demnach beantragt Herr Häusler:

»es bei den betreffenden Ausgabe-Ansätzen in dem Stadt-Cassen-Etat zu belassen.«

Von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari, dem Herrn Vorsitzenden und den Herren Aronheim und Jüdel wird zugegeben, daß der Posten der 120 fl für Armen-Speise-Anstalt als eine auf rechtlicher Verpflichtung beruhende Ausgabe der Stadt möchte angesehen werden können und es insofern zutreffend erscheine, diesen Posten in dem Etat der Stadt-Casse stehen zu lassen. Dagegen seien die übrigen Ausgaben freiwillige Zuschüsse aus der Stadt-Casse, welche besonders erbeten und verwilligt zu werden pflegten und unter Umständen wohl zurückgehalten werden könnten. Diese Ausgaben dürften daher nicht zu den nothwendigen, eventuell durch eine Steuererhöhung zu deckenden gerechnet werden und würden sehr wohl geeignet sein, aus der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde entnommen zu werden, da eine solche Verwendung gewiß im Einklange mit der einschlägigen statutarischen Vorschrift stehe.

Durch die Abstimmung wird der Antrag des Herrn Häusler gegen drei Stimmen abgelehnt, jedoch von der Versammlung beschlossen:

»den Ausgabeposten von 120 fl für die Armen-Speise-Anstalt auf dem Etat der Stadt-Casse beizubehalten,«

und werden im Uebrigen:

»die Zuschüsse zu der Armen-Speise-Anstalt, der Kleinkinder-Bewahr-Anstalt, der Anstalt für dürftige Reconvalescenten und zur Unterstützung des Holzmagazins für Hilfsbedürftige in den ausgeworfenen Beträgen aus der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde genehmigt.«

Der Gesamtbetrag der dem Stadt-Cassen-Etat verbleibenden Ausgaben beläuft sich hiernach auf 91712 fl 6 gr 4 L
und da die Einnahme insgesammt nur auf 36992 » 6 » 4 »
sich berechnen, so ist
daß Deficit von 54720 fl — gr — L
auf andere Weise zu decken.

In Uebereinstimmung mit der Proposition des Stadt-Magistrats giebt die Finanz-Commission schließlich der Versammlung anheim:

»den Stadt-Cassen-Etat nebst den Special-Etat über die Gemeinde-Schulcasse, die Armen-Casse und die Begebau-Casse auf das Jahr 1858 zu genehmigen«;

»sodann die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß das Deficit der Stadt-Casse im Betrage von 54,720 ₰ durch eine nach den bisher befolgten Grundsätzen auszuschreibende Gemeinde- und Armensteuer gedeckt werde«;

»und endlich den Stadt-Magistrat zu ermächtigen, falls von dieser Steuer nicht so viel eingehen werde, als zur Bestreitung der sämtlichen Ausgaben erforderlich sei, entweder, — wie schon genehmigt worden, — die Abzahlung an das Herzogliche Leihhaus um 1000 ₰ zu vermindern, oder aber von den projectirten Bauten diejenigen, welche von der städtischen Bau-Deputation für weniger nothwendig erachtet seien, zu unterlassen.«

Die Versammlung ertheilt die beantragte Genehmigung, Zustimmung und Ermächtigung.

II. Die weiteren Verhandlungen, welche sich nur auf Gesuche um Erlass und um Ermäßigung der Gemeinde- und Armensteuer beziehen, werden in nicht öffentlicher Sitzung vorgenommen.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

U e b e r s i c h t

über die

Verwaltung der städtischen Angelegenheiten zu Braunschweig, während des Jahres 1857.

~~~~~

Den Bestimmungen des §. 97 der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 gemäß legen wir hiermit den Bericht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten zu Braunschweig während des Jahres 1857 vor.

### §. 1.

#### Erlassung von Statuten.

Die Straßen = Polizei = Ordnung für die hiesige Stadt, deren Verathung durch die städtischen Behörden schon im Jahre 1856 beendigt war, hat mittelst Ministerial = Rescripts vom 3. Februar v. J. die gesetzlich erforderliche Genehmigung erhalten, ist unterm 13. Februar v. J. publicirt und mit dem 1. April in Kraft getreten.

Das Statut zur Verhütung von Betrügereien beim Verkaufe von Brennholz und Torf ist gleichfalls vom Herzoglichen Staats = Ministerium genehmigt, die Publication hat jedoch noch nicht erfolgen können, weil über die Einrichtung und Aichung der Torfwagen noch Bedenken obwalten, welche zunächst erledigt werden müssen.

Das Statut über die Zusammensetzung des Stadt = Magistrats, die Hülfsbeamten desselben und die Gemeinbediener, so wie die Dienst = und Gehalts = Verhältnisse der städtischen Beamten und Diener ist ebenfalls von den Stadtbehörden berathen und vom Herzoglichen Staats = Ministerium genehmigt, die Publication jedoch erst im Jahre 1858 erfolgt. — Die Bauordnung für die hiesige Stadt liegt der Stadtverordneten = Versammlung noch zur Verathung vor.

### §. 2.

#### Feststellung des Umfanges des Stadtgebietes und Eintheilung des Stadtbezirks.

Die Entscheidung wegen der zur Regulirung der Grenzen der städtischen Feldmark erforderlichen Austauschungen ist auch jetzt noch nicht ergangen und es ist deshalb nicht möglich gewesen, diese Angelegenheit vollständig zu ordnen.



## §. 3.

## Anlegung von Rollen der Bürger, Gemeindegewissen, Markgenossen und Fremden.

Die Rollen über die neu hinzugekommenen Bürger sind fortgesetzt. — Die neu aufzustellenden Rollen über die schon vorhanden gewesenen Bürger, so wie über die übrigen Gemeindegewissen, haben wegen der großen Menge laufender Geschäfte, welche dem Stadt-Magistrate obliegen, noch nicht vollendet werden können.

Die Anzahl der hiesigen Einwohner hat, nach der letzten Zählung vom December 1855, überhaupt 18,546 männliche und 19,851 weibliche Personen, im Ganzen 38,397 Einwohner betragen. Darunter befanden sich 36,328 Personen vom Civil und 2069 vom Militair, incl. 1001 casernirte Soldaten. Nach ihrem Religionsbekenntnisse zerfielen dieselben in 36,882 Lutheraner, 504 Reformirte, 696 römisch-Katholische, 29 deutsch-Katholische, und 286 Israeliten.

An Bürgergeldern, einschließlich der Gebühren zu 1  $\mathfrak{R}$  für die städtischen Statute sind im verflossenen Jahre 711  $\mathfrak{R}$ , für Markgenossenscheine 19  $\mathfrak{R}$  und an Anzugsgeldern 988  $\mathfrak{R}$ , überhaupt 1718  $\mathfrak{R}$  eingegangen, 202  $\mathfrak{R}$  mehr, als im Jahre 1856. Dafür sind 144 hier domicilirte Personen Bürger geworden und 144 Auswärtige als hiesige Einwohner und Bürger, 19 aber als Markgenossen aufgenommen.

Die Anzahl der getrennt bebauten Grundstücke in hiesiger Stadt betrug am Ende des Jahres 1855 überhaupt 3328, welche für die Summe von 13,233,725  $\mathfrak{R}$  bei der Landes-Brandversicherung = Anstalt versichert waren.

## §. 4.

## Von dem Stadtverordneten-Collegium.

In dem Collegium der Stadtverordneten ist im verflossenen Jahre keine Veränderung vorgekommen.

## §. 5.

## Von dem Stadt-Magistrate und dessen Hilfsbeamten.

Auch unter den Mitgliedern des Stadt-Magistrats und den Hilfs- und Unterbeamten desselben hat im Jahre 1857 eine Veränderung nicht Statt gefunden.

## §. 6.

## Von dem Stadtvermögen.

Im verwichenen Jahre sind auf die Schulden der Stadt 5000  $\mathfrak{R}$  abbezahlt, und es betragen dieselben, ausschließlich zweier Cautions-Capitale zu 983  $\mathfrak{R}$  Courant und des Beitrags, welchen die Stadt für die Armen-Speiseanstalt zu dem angekauften, sub Nro. ass. 50 am Burgplaze belegenen Hause mit 2250  $\mathfrak{R}$  Gold zu leisten hat, 1500  $\mathfrak{R}$  in Golde und 7000  $\mathfrak{R}$  Courant. — Die ausstehenden Forderungen der Stadt belaufen sich auf 10,100  $\mathfrak{R}$  in Golde und 28,925  $\mathfrak{R}$  Courant, ausschließlich des Cassenbestandes zu 26,775  $\mathfrak{R}$  12 ggr 3  $\mathfrak{L}$  und 5149  $\mathfrak{R}$  3 ggr 7  $\mathfrak{L}$  rückständiger Forderungen.

Der Weinkeller im Hagen, »zum Engel« genannt, ist den bisherigen Pächtern für das Pachtgeld von 800  $\mathfrak{R}$  Courant auf fernere drei Jahre bis Michaelis 1860 verpachtet; die mit dem Neustadt-Kathause verbundene Gerechtigkeit zum Weinhandel und Weinschant ist dem Weinhändler Görrig von Neujahr 1858 auf 6 Jahre für das bisherige Pachtgeld von

400 ₰ wieder überlassen. — Ueber den Keller unter der Bürgerschule östlichen Bezirks ist der Pachtcontract auf anderweite 3 Jahre bis Ostern 1860 verlängert.

Die Verlassung der Eisenbüttler Mühle an die Lohgerbergilde hat endlich stattgefunden und es ist das Kaufgeld zu 2000 ₰ und die Ablösung der Wasserzinsse die Summe von 180 ₰ 13 ggr 4 R richtig bezahlt. Außerdem ist ein der Stadt zugehöriger Erbzins für die Summe von 25 ₰ 4 ggr 4 R abgelöst. Diese eingegangenen Capitalien sind für die Stadt zinsbar belegt. —

### §. 7.

#### Von der Stadtcassen = Verwaltung.

Der Stadtcassen = Etat vom Jahre 1857 belief sich auf die Summe von 91,667 ₰ 13 ggr 2 R, wovon 36,967 ₰ 13 ggr 2 R durch feste Einnahmen, 54,700 ₰ durch die Communalsteuer gedeckt werden sollten. Nach der Stadtcassen = Rechnung hat aber die Einnahme 122,066 ₰ 2 ggr 2 R, also 30,398 ₰ 13 ggr mehr, die Ausgabe 95,290 ₰ 13 ggr 11 R, also 3623 ₰ — ggr 9 R mehr betragen, als der Voranschlag annahm. — Der beigefügte Executions = Etat weist die Abweichungen von dem Voranschlage im Einzelnen nach und es erhellt daraus, daß der letztere von dem wirklichen Ergebnisse nicht wesentlich differirt, da die Mehreinnahme vornämlich in dem Cassenvorrathe aus dem Jahre 1856 zu 27,586 ₰ 11 ggr 5 R, eingegangenen Rückständen im Betrage von 2686 ₰ 1 ggr 2 R, und eingegangenen Capitalien und Kaufgeldern zu 2416 ₰ 13 ggr 8 R besteht, während an Communalsteuer ein Rest von 5384 ₰ 11 ggr 1 R geblieben ist, die Mehrausgabe insbesondere durch den Abtrag von 5000 ₰ Schulden, statt der projectirten 2000 ₰ und die Belegung von 2454 ₰ 19 ggr 7 R Capitalien herbeigeführt wurde. — Der Cassenvorrath hat sich zwar um die Summe von 810 ₰ 23 ggr 2 R vermindert, indem derselbe, einschließlich der geleisteten Vorschüsse nur noch 26,775 ₰ 12 ggr 3 R beträgt, indessen ist demohngeachtet das Resultat der Verwaltung der Stadt, in finanzieller Hinsicht, für ein sehr günstiges zu halten, da auf die Schulden der Stadt, wie schon bemerkt, 5000 ₰ abgetragen sind und noch Rückstände im Betrage von 5384 ₰ 11 ggr 1 R ausstehen.

Für Salz, welches aus der Niederlage weniger entnommen worden, als die Stadt gesetzlich zu nehmen verpflichtet war, ist im verflossenen Jahre nichts mehr bezahlt worden, indem gegenwärtig, in Folge der Vertheilung des Salzes auf die einzelnen Haushaltungen und Gewerbetreibenden das gesetzliche Quantum vollständig verbraucht wird. — Das im Jahre 1856 für Rechnung der Stadtcasse entnommene und mit 1130 ₰ 16 ggr bezahlte Salzquantum ist im Jahre 1857 für 1067 ₰ 4 ggr 8 R wieder verkauft, dabei also nur ein geringer Verlust eingetreten. Verausgabt sind für die Salzfellereien 500 ₰, für den Druck und das Aus Schreiben der Salzbücher 107 ₰ 5 ggr 6 R und für ein Lokal zur Niederlage des städtischen Salzes 18 ₰, dagegen sind eingegangen: Entschädigung der Stadt für die Unterhaltung der Salzfellereien aus dem Jahre 1856 von Herzoglicher Haupt = Steuer = Cassse 643 ₰ 2 ggr 5 R, Strafe für verloren gegangene Salzbücher 64 ₰ 16 ggr, Strafe wegen zu wenig genommenen Salzes 235 ₰ — ggr 8 R, so daß die Stadt bei dem Salzdebit einen Verlust nicht mehr gehabt hat. — Die für das Jahr 1857 aus der Haupt = Steuer = Cassse wegen der Salzfellereien zu leistende Vergütung ist auf 643 ₰ 3 ggr festgesetzt, kommt aber erst im laufenden Jahre zur Zahlung. Die Ausgabe wird indeß mehr betragen, da es nothwendig geworden ist, die Remuneration für die Salzfeller zu erhöhen.

An Communalsteuer sind im Jahre 1857, nach Absatz der auf erhobene Reclamation sofort niedergeschlagenen Beträge, 54,094 ₰ 17 ggr 5 R ausgeschrieben. Hierauf sind bis

zum Schlusse des Jahres 49,315 ₰ 12 ggr 11 L eingegangen und noch 4779 ₰ 4 ggr 6 L rückständig geblieben, wovon indeß auch noch ein großer Theil ausfallen wird. Von den aus dem Jahre 1856 rückständig gebliebenen 3550 ₰ sind annoch 841 ₰ — ggr 10 L niedergeschlagen, 2686 ₰ 1 ggr 2 L aber eingegangen, so daß nur die Summe von 22 ₰ 22 ggr noch aussteht. — Dieser Zustand ist gewiß ein sehr günstiger und erkennen wir hier gern an, daß solches nur dem großen Eifer und der lobenswerthen Pünktlichkeit und Ordnungsliebe der Beamten der Stadtcasse zuzuschreiben ist.

Die Stadtcassen-Rechnung vom Jahre 1856 mit den dazu gehörigen Nebenrechnungen ist abgenommen und hat zu Erinnerungen keine Veranlassung gegeben. — Die Rechnungen vom Jahre 1857 sind gleichfalls eingegangen und steht deren Abnahme bevor. — Die monatliche Revision der städtischen Cassen durch ein Mitglied des Stadt-Magistrats ist, wie früher, regelmäßig vorgenommen.

Die festen Ausgaben der Stadtcasse haben dadurch eine Aenderung erlitten, daß der Gehalt des Registrators Grütter von 400 ₰ auf 450 ₰, des Magistratschreibers Gerloff von 120 ₰ auf 150 ₰ und des Bauaufsehers Böcker von 200 ₰ auf 240 ₰ jährlich erhöht ist.

Die polizeiliche Abgabe für Hunde hat im Jahre 1857 überhaupt 1440 ₰ eingebracht, 209 ₰ weniger als im Jahre 1856, ein Beweis dafür, daß die Einführung jener Abgabe auf die Verminderung der hier gehaltenen Hundezahl erheblich einwirkt; — außerdem sind für verlorene Hundemarken 20 ₰ 20 ggr und an Strafgebern 15 ₰ 8 ggr eingegangen. Die Ausgaben betrugen für Drucksachen 14 ₰ 9 ggr und für angefertigte Controlemarken 62 ₰ 12 ggr. Da von den belegten Capitalien annoch 58 ₰ 16 ggr 9 L Zinsen eingegangen, dagegen für die Handwerker-Fortbildungsschule 100 ₰ und für die Kleinkinder-Bewahranstalt 600 ₰ verausgabt sind, so stellte sich der Ueberschuß auf 754 ₰ 8 ggr 9 L fest und beträgt mit den Ueberschüssen aus den Vorjahren 2478 ₰ 16 ggr 3 L, wovon einstweilen 2450 ₰ zinsbar belegt sind.

## §. 8.

### Vom städtischen Bauwesen.

Der Stadtbaumeister L a p r e hat auch im verwichenen Jahre dem städtischen Bauwesen fortwährend eine große Sorgfalt gewidmet und ist nicht allein für eine tüchtige und möglichst sparsame Ausführung der städtischen Bauten, sondern auch für Befolgung der bestehenden baupolizeilichen Vorschriften unausgesezt bemüht gewesen.

Neubauten städtischer Gebäude sind im verfloßenen Jahre nicht ausgeführt. Außer den gewöhnlichen Reparaturen an den städtischen Gebäuden, sind noch für die Instandsetzung der Hausflur im Stadthause zu einem Parteienszimmer 264 ₰ 15 ggr 2 L, für Instandsetzung der Geschäftszimmer des Stadt-Magistrats 177 ₰ 21 ggr 8 L, für das Sitzungszimmer der Stadtverordneten 300 ₰ 17 ggr 10 L verausgabt, auch sind für Wiederherstellung eines Theils der südlichen Fronte der Speiseanstalt für Bedürftige am Burgplaze, welche bereits im Jahre 1856 ausgeführt worden, 766 ₰ 21 ggr 1 L in Ausgabe gekommen, statt der veranschlagten Summe von 453 ₰ 17 ggr 8 L, welche nicht ausgereicht hat.

Die Kosten der Bauten an den Bürgerschulen haben 6794 ₰ 17 ggr 6 L, an den niederen Volksschulen 915 ₰ 5 ggr 1 L betragen. Die ersteren sind vornämlich durch die Restauration des Schulgebäudes auf der südlichen Wilhelmsstraße und außerdem durch Instandsetzung einiger Classen in beiden Schulgebäuden, die letztern durch die Instandsetzung mehrerer Classen in beiden Schulen veranlaßt.

Was die Neupflasterungen auf den Straßen anbetrifft, so ist der Bankplatz im verflossenen Jahre endlich in den Stand gesetzt. Die Reparaturen des Straßenpflasters sind wie in den früheren Jahren beschafft worden. Für das Jahr 1856 sind dafür von der Stadt 877  $\text{fl}$  19  $\text{gr}$  10  $\text{q}$ , als der dritte Theil der entstandenen Kosten vergütet, der für das Jahr 1857 zu zahlende Beitrag war bis zur Aufstellung der Stadtcassen-Rechnung noch nicht angefordert und wird erst in diesem Jahre zur Berechnung kommen.

Zu bemerken ist hier noch, daß im Jahre 1857 mit den Gebäuden der Burgmühle auch das daneben stehende, der Catharinenschule zugehörige alte Schulhaus abgebrochen ist, und ebenso das auf dem Magnifikirchhofe stehende, zur Wohnung des Kirchenvoigts dienende Kirchengebäude. Die Entfernung beider alten, schlechten Gebäude hat zur Verschönerung der Umgegend bedeutend beigetragen. Eine Ausgabe ist der Stadt dadurch nicht erwachsen.

Im verflossenen Jahre ist der Weg von der Cellerstraße nach der Masch chaussirt und es sind nunmehr alle diejenigen Wegestrecken in chausseemäßigen Stand gesetzt, welche das Statut vom 20. November 1851 als städtische Communalwege bezeichnet, so daß es sich jetzt nur noch um die Instandhaltung dieser Wege handelt. Der Bauconducteur Liesmann hat sich der Führung der Aufsicht über den Wegebau in der städtischen Feldmark mit demselben Eifer und der gleichen Umsicht unterzogen, wie sein Vorgänger und wir können mit voller Wahrheit behaupten, daß sich sämtliche städtische Communalwege in sehr gutem Zustande befinden.

Die Einzahlung der Beiträge der Feldmarks-Interessenten erfolgt jetzt fast von allen Weichbilds-Genossenschaften regelmäÙig. Von der Hohethors- und Wilhelmithors-, so wie von der Altenwieker-Interessenschaft ist alles berichtigt, ebenso sind von der Alt- und der Neupetritors-Interessenschaft die liquiden Beiträge vollständig eingezahlt und es restiren aus der ersteren Interessenschaft nur wegen fehlender höchster Entscheidung über die Grenzen der Stadt noch 134  $\text{fl}$ , aus der letztern noch 57  $\text{fl}$ . Nur von der Interessenschaft Hagen sind 200  $\text{fl}$  8  $\text{gr}$  wirklich unberichtigt geblieben. — Der Executions-Stat ergibt, welche Beiträge ausgeschrieben sind und was wirklich eingegangen ist.

## §. 9.

### Von Unterhaltung der städtischen Polizei-Anstalten.

Die Kosten der Straßenreinigung haben im Jahre 1857 sich nicht so hoch belaufen, als im Voranschlage angenommen war, weil die Abfuhr des Schnees und Eises im Winter 18<sup>56</sup>/<sub>57</sub> weniger Kosten verursacht hat, als in anderen Jahren.

Die Mehrausgabe für die Feuerlöschungsanstalten ist vornämlich dadurch entstanden, daß die Mannschaft bei den drei Zubringern um je vier Mann vermehrt ist, was einen Kostenaufwand von 60  $\text{fl}$  jährlich verursacht, und daß zur Bedienung der im Herzoglichen Marstallgebäude aufbewahrten FeuerpöÙe zwölf Mann angenommen sind, welche jährlich 68  $\text{fl}$  erhalten.

Die für die Straßenbeleuchtung verausgabte Summe hat dem Voranschlage entsprochen.

Zu bemerken ist hier noch, daß im verflossenen Jahre, den Bestimmungen des Statuts vom 20. Juli 1855 gemäß, die Straßen und Plätze der hiesigen Stadt mit neuen Schildern und die Häuser mit neuen Nummern versehen sind. Die Bezeichnung der Promenaden und der darauf befindlichen Häuser, sowie der Häuser vor den Thoren wird im Laufe dieses Jahres geschehen, dann auch eine Abrechnung der Kosten aufgestellt werden.



## §. 10.

## Von der Armen-Verwaltung.

## a. Von dem Hülfspersonalen bei der Armen-Verwaltung.

Auch im Jahre 1857 sind bei dem Hülfspersonalen der Armen-Anstalt einige Veränderungen eingetreten. Der langjährige Verwalter des Bekleidungs-Magazins, Schneidermeister Hassé, ist im Februar mit Tode abgegangen, und es ist die Verwaltung jetzt einem Armenpfleger, dem Rendanten der Armenkasse und dem Inspector des Pflegehauses übertragen, ferner ist der Armenbote Keunecke im April verstorben und für denselben der Armenbote Göbecke wieder angestellt.

Der Dr. med. Otto hat auch im verflossenen Jahre als Assistent des Vorsitzenden der Unterstützungs-Deputation, Medicinalraths Dr. med. Franke, fungirt und durch den bewiesenen Eifer und die gezeigte Umsicht das in ihn gesetzte Vertrauen gerechtfertigt.

Der Gehalt des Rendanten v. Nitschke ist von 400  $\text{R}$  auf 450  $\text{R}$ , des Copiisten Schmidt von 120  $\text{R}$  auf 150  $\text{R}$ , des Armenboten Zimmermann von 72  $\text{R}$  auf 120  $\text{R}$  jährlich erhöht.

## §. 11.

## b. Von den Kosten der Armen-Verwaltung.

Auf die Schulden der Armenanstalt sind im verflossenen Jahre 855  $\text{R}$  13  $\text{gr}$  4  $\text{d}$  abbezahlt und es belaufen sich dieselben noch auf 8600  $\text{R}$  Courant, während die ausstehenden Forderungen 48,650  $\text{R}$  Gold und 15,430  $\text{R}$  Courant betragen.

Die festen Ausgaben der Armenkasse haben sich dadurch vermindert, daß der pensionirte Copist Zuckschwerdt, welcher eine jährliche Pension von 72  $\text{R}$  erhielt, im März v. J. und der mit 12  $\text{R}$  jährlich pensionirte Armenbote Gerecke im August v. J. mit Tode abgegangen ist.

Dagegen hat die Armenkasse die Einnahme von der Armenpredigt verloren, indem von den städtischen Verwaltungsbehörden beschlossen und vom Herzoglichen Staats-Ministerium genehmigt ist, daß die bei Gelegenheit der Armenpredigt gesammelten freiwilligen Gaben nicht mehr in die Armenkasse fließen, sondern außerhalb des Etats der Armenkasse, insbesondere zur Unterstützung verschämter Armer, verwendet werden sollen.

Die regelmäßigen, aber unbestimmten Ausgaben der Armenverwaltung für wöchentliches Almosen, Miethgelder und Bekleidungskosten sind, wie der Executions-Etat ergibt, bedeutend unter den in dem Etat angenommenen Sätzen geblieben. Wenn hierzu auch die geringeren Preise der Lebensbedürfnisse beigetragen haben, so ist solches doch zum größten Theile das Verdienst der Herren Armenpfleger und des Vorsitzenden der Unterstützungs-Deputation, Medicinalraths Dr. med. Franke, welche fortgesetzt bemühet gewesen sind, bei gehöriger Berücksichtigung der wahren Bedürfnisse der Armen, alle nicht wirklich erforderlichen Ausgaben zu verhüten, was bei dieser an und für sich sehr drückenden Last der Gemeinde mit Danke anzuerkennen ist. Nicht verschweigen können wir hierbei, daß bei der bedeutenden Privatwohlthätigkeit, wodurch die hiesige Stadt sich auszeichnet, den vielen milden Stiftungen für Bedürftige und dem guten Verdienste, dessen sich die arbeitende Classe jetzt regelmäßig erfreuet, die Ausgaben der Armenverwaltung noch geringer sein müßten, wenn man allseitig auf guten Willen rechnen könnte. — Leider kommt es aber sehr häufig vor, daß Personen in beschränkten Verhältnissen, welche doch wohl im Stande wären, ihre hülfsbedürftigen Eltern zu unterstützen, dies nicht nach Kräften thun, daß pflichtvergeßene Familienväter ihre Familie

hülfslos verlassen, oder ihren Verdienst leichtsinnig verprassen und ihre Angehörigen der Noth preisgeben, indem sie darauf rechnen, daß in der Noth die Gemeinde zutreten muß. Diesen Uebelständen abzuhefen ist zwar zunächst die Aufgabe der sittlichen Erziehung des betreffenden Theils der Einwohnerschaft, allein die Armenverwaltung kann und muß dazu mitwirken, indem sie die Unterstützungen nur im Falle des dringenden Bedürfnisses eintreten läßt und auf das Allernothwendigste beschränkt und es ist sehr zu wünschen, daß die Privatwohlthätigkeit dabei mit der Gemeinde-Armenverwaltung Hand in Hand geht und die Unterstützung solcher Personen, über deren sittlichen Lebenswandel sie sich nicht vollständige Gewißheit verschafft hat, ganz zurückweist.

Auch die Ausgaben für das Pflege- und Armenhaus sind um 500  $\text{fl}$  geringer gewesen, als im Etat angenommen war. Auch hierauf sind die geringern Preise der Lebensbedürfnisse nicht ohne Einfluß geblieben, doch hat die große Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit und Umsicht des Inspectors Bette auch hierauf nicht unwesentlich eingewirkt und wir können die lobende Anerkennung, die wir demselben schon öfter öffentlich haben zu Theil werden lassen, nur wiederholen. — Die Zahl der in der Anstalt erhaltenen Personen betrug im verflossenen Jahre 160 Erwachsene und 119 Kinder.

Der Particulier Daubert hat in seinem am 29. Juli v. J. publicirten Testamente neben anderen milden Stiftungen auch der Armen-Anstalt und dem Pflegehause je 100  $\text{fl}$  vermacht, welche inzwischen erst im Jahre 1858 zur Hebung kommen und dann werden be-  
legt werden.

## §. 12.

### Von den Gemeindeschulen.

Der Schuldirector Hirsche ist fortwährend bemühet gewesen, den bei den Schulen bemerkten Mängeln abzuhefen und sie auf denjenigen Stand zu bringen, welcher jetzt für eine Stadt wie die unsrige gefordert werden muß. Der von demselben entworfene neue Lehrplan ist auch in den beiden Bürgerschulen zur Anwendung gekommen und wir glauben behaupten zu dürfen, daß unsere Gemeindeschulen jetzt denjenigen in den größern deutschen Städten ohne Ausnahme vollkommen gleichstehen. Von den städtischen Behörden ist dem Schuldirector Hirsche in Anerkennung seiner Leistungen vom Juli v. J. an eine Gehalts-Verbesserung von 200  $\text{fl}$  jährlich bewilligt worden, in Veranlassung der Mittheilungen des hiesigen Schulvorstandes müssen wir aber auch aussprechen, daß derselbe, in seinen Bemühungen zur Verbesserung des hiesigen Schulwesens, durch die Schul-Inspectoren, dirigirenden Lehrer und die übrigen Lehrer der Schulen, welche sich fast ohne Ausnahme durch Eifer, Kenntnisse und Lehrfähigkeit auszeichnen, auf das Kräftigste unterstützt ist.

Durch die Wahl des Gemeindeschullehrers Helbig zum Dpferrnanne an der St. Andreas-Kirche ist eine Lehrerstelle vacant geworden, und an dessen Stelle der Seminarist Koch am 1. April als Lehrer an der westlichen Bürgerschule eingetreten. Die durch Ernennung des Lehrers Baake zum dirigirenden Lehrer an der niedern Volksschule 1. Bezirks, erledigte Lehrerstelle an beiden Bürgerschulen ist dem Lehrer Henze l. von der niedern Volksschule 2. Bezirks wieder übertragen, an dessen Stelle der Seminarist Poppe und da derselbe bereits im September wieder starb, für diesen der Seminarist Schrader eingetreten.

Der Zeichenlehrer Kraak, welcher an der Bürgerschule östlichen Bezirks unterrichtete, ist im Juli v. J. mit Tode abgegangen und für denselben seit Michaelis v. J. der Zeichenlehrer Uhlenhaut wieder eingetreten.

Für den im Juli v. J. verstorbenen Pedellen derselben Schule Harlisse ist der bisherige Büchsenspanner Falkenberg seit Michaelis v. J. wieder angestellt.

In Folge der zu Ostern 1856 eingetretenen Schulgelds-Erhöhung und der Einführung eines Schulgeldes in den niederen Volksschulen hat sich die Einnahme allerdings erhöht, reicht aber noch nicht entfernt hin, um die Ausgaben für die Schulen zu decken und bei neuen Bedürfnissen für die Schulen wird um so mehr auf eine weitere Erhöhung des Schulgeldes Bedacht genommen werden können, da dasselbe noch weit geringer ist, als in anderen größeren Städten, wo die Schulen nicht mehr leisten, als hier und weil durch die gute Einrichtung der Schulen und die Tüchtigkeit der Lehrer, bei gehöriger Benutzung der Schulen, den Eltern Ausgaben für Privatunterricht gänzlich erspart werden. Der für die Schulen aus der Stadt-Casse zu leistende Zuschuß wird doch noch immer sehr erheblich bleiben. — In den beiden Bürgerschulen sollten an Schulgeld 6897  $\text{fl}$ , statt früher 6167  $\text{fl}$  6  $\text{gr}$ , eingehen, es sind aber 1002  $\text{fl}$  16  $\text{gr}$  (früher 955  $\text{fl}$  23  $\text{gr}$ ), erlassen und hat die Einnahme demzufolge 5894  $\text{fl}$  2  $\text{gr}$  (früher 5211  $\text{fl}$  7  $\text{gr}$ ), betragen. —

Die Einnahme aus den niederen Volksschulen, welche sich im Jahre 1856 auf 279  $\text{fl}$  10  $\text{gr}$  belaufen hat, ist im vergangenen Jahre auf 519  $\text{fl}$  14  $\text{gr}$  gestiegen.

Im Jahre 1857 ist die Bürgerschule östlichen Bezirks von 377 Knaben und 344 Mädchen, die Bürgerschule westlichen Bezirks von 405 Knaben und 371 Mädchen, die Volksschule 1. Bezirks von 261 Knaben und 267 Mädchen, diejenige des 2. Bezirks von 296 Knaben und 290 Mädchen, die Waisenhauschule von 542 Knaben und 546 Mädchen und die Garnisonschule von 198 Knaben und 200 Mädchen besucht, es hat also der Besuch aller Schulen nicht unbedeutend zugenommen.

Als einen besonderen Uebelstand, der die Wirksamkeit der Lehrer und den Erfolg des Unterrichts oft nicht unbedeutend hindert, müssen wir hier noch die häufigen Schulversäumnisse ohne Erlaubniß, hervorheben, welche vornämlich in den niederen Volksschulen, aber auch hin und wieder in den Bürgerschulen vorkommen. Obgleich von den Lehrern und den Armen-Jugendpflegern auf alle Schulversäumnisse streng geachtet wird und dieselben, wenn Ermahnungen nicht helfen, den Gerichten zur Bestrafung angezeigt werden, diese auch durch Verhängung und Einziehung der erkannten Strafen auf Abstellung jenes Uebelstandes mit hinwirken und obgleich, wie nicht zu verkennen, eine Besserung gegen frühere Zeiten eingetreten ist, so ist doch leider die Zahl der strafbaren Schulversäumnisse noch sehr groß, wie daraus hervorgeht, daß im Jahre 1857, neben den Gefängnißstrafen, deren Dauer wir nicht anzugeben vermögen, an Geldstrafen 46  $\text{fl}$  7  $\text{gr}$  an die Schulcasse abgeliefert sind, eine bei dem geringen Strafmaße sehr hohe Summe, welche um so bedeutender erscheint, wenn man berücksichtigt, daß in den niederen Volksschulen wegen der Verhältnisse vieler dieselben besuchenden Kinder, von den Lehrern und Jugendpflegern schon oft zum Zurückbleiben aus der Schule die Erlaubniß erteilt werden muß. — Die Schuld liegt ohne Frage eben so wohl an der mangelnden Einsicht, als an der Gewissenlosigkeit vieler Eltern. Höhere Geld- und Gefängnißstrafen, deren Einführung auch noch andere Bedenken hat, dürften schwerlich Besserung schaffen. So lange die Eltern den Nutzen einer tüchtigen Schulbildung für ihre Kinder nicht erkennen, werden sie, trotz der Strafen, fortfahren, die Kinder aus den Schulen zurückzubehalten, sobald ihnen die Hülfe der Kinder zu Hause mehr werth ist, als die Geldstrafe, oder sobald sie wissen, daß ihnen nichts abgenommen werden kann. Nur dadurch, daß bei den Eltern jene Erkenntniß geweckt wird, ist also dem Uebel gründlich abzuhelpen; zu ermitteln, wie solches geschehen kann, ist eine sehr schwierige, noch nirgend gelöste Aufgabe, womit sich die Lehrer und Behörden ernstlich zu beschäftigen haben werden. Nach unserm Dafür-

halten werden die Kinder selbst hierauf am meisten hinwirken können und wird es hauptsächlich darauf ankommen, durch einen guten Unterricht die Kinder zu der Einsicht zu bringen, daß die in der Schule zu erlangende Bildung für sie nützlich und wichtig sei und ihnen Liebe zur Schule einzusößen.

### §. 13.

#### Von den Gemeinheiten in hiesiger Stadt.

Die Rechnungen der hier bestehenden sechs Gemeinheiten vom Jahre 1856 sind sämtlich abgenommen, haben auch, wie bisher, zu erheblichen Erinnerungen keine Veranlassung gegeben.

Veränderungen in dem Besitzstande der einzelnen Interessenschaften sind nicht weiter vorgekommen, als daß von der Wilhelmithors-Interessenschaft eine Ackerfläche von 127,58 □ Ruthen im Bergfelde zu dem Preise von 1000 ₰ Courant pro Morgen an die Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection verkauft ist.

### §. 14.

#### Von den städtischen Kirchen und Kirchen-Gemeinden.

An der St. Andreaskirche ist der Cantor und Opfermann Koch abgegangen und an dessen Stelle der bisherige Gemeindegemeinschullehrer Helbig wieder zum Opfermann erwählt und nach erfolgter Bestätigung mit dem 10. April v. J. in seinen Dienst eingetreten.

Die kirchlichen Behörden der hiesigen Stadt haben mit den Predigern ihre Bemühungen zur Hebung und Kräftigung des kirchlichen Lebens in hiesiger Stadt fortgesetzt. — Die Aufsicht über die Verwaltung des Vermögens der Kirchen und milden Stiftungen, so wie die Beaufsichtigung der bei denselben vorkommenden Bauten, welche, den Gesetzen gemäß, dem Stadt-Magistrate und dem Kirchencassen-Collegium zusteht, ist vollkommen geordnet und wir müssen mit dankbarer Anerkennung hervorheben, daß die Herren Provisoren in dem Bestreben alle Ordnungswidrigkeiten und Verschwendungen zu verhindern sich mit uns vereinigen.

Die Kirchen-Rechnungen vom Jahre 1856 sind sämtlich abgenommen und haben zu erheblichen Erinnerungen keine Veranlassung gegeben. — Die Rechnung der Gemeinde-Kirchencasse vom Jahre 1856, welche gleichfalls abgenommen ist, und zwar ohne Erinnerungen veranlaßt zu haben, schließt, wie im Vorjahre, mit einem Capitalbestande von 4650 ₰, da bei den fortwährend vorkommenden bedeutenden Bauten an den Gebäuden der Kirchen und milden Stiftungen, es nicht möglich gewesen ist, ein Mehreres zurückzulegen.

Als ein bedeutender Bau an kirchlichen Gebäuden muß die gründliche Instandsetzung des Predigerhauses zu St. Michaelis hervorgehoben werden, welche im verfloffenen Jahre begonnen und in diesem Jahre beendigt ist. Das Haus befand sich in einem so schlechten, ungesunden Zustande, daß dem Prediger seit einigen Jahren eine Miethenschädigung hatte gegeben werden müssen, ist aber in einem gesunden und durchaus wohnlichen Zustand versetzt, so daß es als eines der besseren Predigerhäuser in hiesiger Stadt zu betrachten ist. Von den zu 3000 ₰ veranschlagten Kosten trägt die combinirte Kirche zu Müningen die Hälfte.

Auch in dem Catharinen- und Martini-Schulgebäude haben in Folge der Verlegung des Ober- und Progymnasiums in das letztere, des Realgymnasiums in das erstere Lokal manche nicht unerhebliche Bauten vorgenommen werden müssen, welche theils von der Catharinen-Schulcasse und der Martini-Kirchencasse getragen, theils vom Staate bestritten sind. Außerdem sind die kleinen Reparaturen und Baulichkeiten ordnungsmäßig beschafft.



Das der Catharinen-Schulcasse gehörige alte Schulgebäude neben der Burgmühle ist abgebrochen und das Kaufgeld der gedachten Casse überwiesen, — eben so ist das Kirchenvoigtshaus bei der St. Magnikirche für diese Kirche auf den Abbruch verkauft. — Beide Veränderungen haben nur die Verschönerung der Umgebung zum Zwecke gehabt.

Da der Friedhof der Martini-Gemeinde voraussichtlich für das Bedürfnis nicht mehr lange ausreichen wird, so ist ein anliegender Garten von 119 □ Ruthen Größe für einen Preis von 900 ₰ zugekauft, um im Jahre 1858 mit dem Friedhofe vereinigt zu werden. — Sonstige Veränderungen in dem Grundvermögen der Kirchen sind nicht vorgekommen.

Schließlich müssen wir hier noch anerkennend hervorheben, daß die Wittve weiland Schul-Inspectors Tunic a der St. Petrikirche, zur Verbesserung des dort vorhandenen schwachen Geläutes, eine neue Glocke zum Geschenk gemacht hat.

#### §. 15.

### Fortsetzung.

Die Regulirung des kirchlichen Accidenzienwesens in hiesiger Stadt ist noch nicht weiter fortgeschritten, da wir noch nicht im Stande gewesen sind, einen, sowohl dem Interesse der theiligten Kirchenbeamten und Kirchencassen, als dem Interesse der Parochianen entsprechenden Plan aufzustellen. Es wird indeß fortwährend unser Bestreben darauf gerichtet sein, diese so äußerst wichtige Angelegenheit zu einem gedeihlichen Abschlusse zu bringen.

#### §. 16.

### Von anderen religiösen Genossenschaften.

Die Rechnungen der römisch-katholischen und der jüdischen Gemeinde vom Jahre 1856 sind abgenommen und, wie gewöhnlich, in völliger Ordnung gefunden.

#### §. 17.

### Von milden Stiftungen.

Die Rechnungen über die Verwaltung der Hospitäler, Legaten-Stiftungen und sonstigen, zu frommen Zwecken bestimmten Stiftungen, über deren Verwaltung der Stadt-Magistrat die Aufsicht zu führen und deren Verwaltung derselbe beziehungsweise zu besorgen hat, sind vom Jahre 1856 sämmtlich abgenommen. Bei der bewährten Ordnungsliebe, Sorgfalt und Redlichkeit sämmtlicher Provisoren und Administratoren haben selbige indeß zu erheblichen Erinnerungen keine Veranlassung gegeben.

Veränderungen in dem Grundvermögen der Stiftungen sind nicht weiter vorgekommen, als daß vom Thomahofe  $5\frac{1}{2}$  Morgen Acker für die Summe von 1100 ₰ angekauft sind. Das Hospital St. Antonii et Christophori und die Alrdes'sche Stiftung haben zwar ein Haus verkauft, indeß liegt darin keine Veränderung in dem Grundvermögen, da dies Haus erst kurz vorher bei einer nothwendigen Subhastation für eine darauf ruhende Hypothekenschuld angenommen war.

Mit der Aufstellung der Güter-Verzeichnisse für sämmtliche Stiftungen wird eifrig fortgefahren. Die Weitläufigkeit der Arbeit hat es unmöglich gemacht, dieselbe schon jetzt zu vollenden.

Der verstorbene Particulier Joh. Heinr. Daubert hat in seinem am 29. Juli v. J. publicirten Testamente, der Armenanstalt, der Bürger-Hülfskasse, dem Taubstumm- und Blinden-Institute, dem Gustav-Adolph-Vereine, der Kinder-Bewahranstalt, dem Armen- und Pflegehause, der Armen-Speiseanstalt und der Dienstboten-Erziehungsanstalt je 100  $\text{fl.}$ , der verstorbene Hof-Juwelier Ruben Herz in seinem am 10. Juni v. J. eröffneten Testamente der hiesigen israelitischen Wohlthätigkeitsanstalt Ez-Chajim 300  $\text{fl.}$ , der Kinder-Bewahranstalt und der Bürger-Hülfskasse je 100  $\text{fl.}$  vermacht.

Von der Frau Wittve des Schul-Inspectors Lunica, Johanne geb. Rohde, ist ein Capital von 500  $\text{fl.}$  ausgesetzt, von welchem die Zinsen durch den Schul-Director, den Inspector und einen Lehrer der westlichen Bezirksschule alljährlich an zwei ordentliche Lehrer der gedachten Schule, welche dessen bedürfen, vertheilt werden sollen. Mittelst höchsten Rescripts vom 27. December v. J. sind der Stiftung die Rechte eines pium corpus ertheilt.

#### §. 18.

### Von Gestattung des Aufenthalts in hiesiger Stadt für fremde Personen.

Im Laufe des Jahres 1857 sind bei dem Stadt-Magistrate 235 neue Gesuche um Gestattung des Aufenthalts in hiesiger Stadt für einzelne und für mehre zu einer Familie gehörenden Personen eingegangen und ist 68 einzelnen Personen und 148 Familien die erbetene Erlaubniß ertheilt. Dieselben haben vorzugsweise bei der hiesigen Eisenbahn-Verwaltung, in den hiesigen Fabriken und auf den beiden Domainen Kreuzkloster und St. Leonhard Beschäftigung gefunden.

#### §. 19.

### Von unwiderrüflicher Aufnahme fremder Personen in die hiesige Stadt.

Solche Aufnahme ist im Jahre 1857 bei 180 Fällen zur Erörterung und, zum größten Theile, zur Entscheidung gekommen; es ist in 78 Fällen, der Kopffahl nach vertreten durch 183 Personen — 68 Männer, 38 Frauen und 77 Kinder — das Wohnortsrecht in hiesiger Stadt zugestanden; von dieser Zahl waren 114 Personen — 38 Männer, 27 Frauen und 49 Kinder — schon dem Braunschweigischen Unterthanen-Verbande angehörig und sind 69 Personen — 30 Männer, 11 Frauen und 28 Kinder — aus andern Staaten und Ländern in die hiesige Stadt aufgenommen.

In acht Fällen ist das Wohnortsrecht in hiesiger Stadt dießseitigen Landesunterthanen auf Grund zehnjähriger Dienst- oder Arbeitszeit an einer Stelle zuerkannt.

Unter jenen 78 Fällen sind als Zweck der unwiderrüflichen Aufnahme angegeben:

in 18 Fällen der selbstständigen Betrieb eines gildmäßigen oder steuerpflichtigen Gewerbes;

in 45 Fällen die Beschäftigung bei anderen Personen als Dienstboten, Gesellen, Fabrikarbeiter und dergleichen;

in 15 Fällen Beschäftigungen oder Verhältnisse anderer Art.

An Vermögen ist von den aufgenommenen Personen der hiesigen Stadt ein Capitalwerth von 104,000  $\text{fl.}$  zugebracht; davon eine Summe von etwa 44,400  $\text{fl.}$  von den Personen aus anderen Staaten und Ländern.

## §. 20.

**Von Wohnorts = Bescheinigungen und Heimathsscheinen.**

Zum Zwecke des Aufenthalts hiesiger Einwohner außerhalb der hiesigen Stadt sind für die diesseitigen Lande an 16 Personen Wohnorts = Bescheinigungen und für andere Staaten und Länder an 308 Personen Heimathsscheine ertheilt. Zumeist sind dies einzelne und namentlich solche Personen gewesen, welche auswärtig in dienstliche oder ähnliche abhängige Verhältnisse getreten sind.

## §. 21.

**Emigrations = Consense.**

Behuf Auswanderung aus dem hiesigen Lande sind im Laufe des Jahres 1857 46 Emigrations = Consense beantragt und ausgefertigt, und zwar für insgesammt 71 Personen — 46 Männer, 6 Frauen und 19 Kinder —, welche zum größeren Theile in anderen deutschen Staaten, einige aber auch in anderen europäischen und in überseeischen Ländern sich niedergelassen haben.

Der Capitalwerth, welcher durch diese Personen aus der hiesigen Stadt mit herausgenommen ist, beläuft sich auf etwa 90,000 ₰.

Außerdem sind noch 5 Personen — 1 Mann, 1 Frau und 3 Kinder — behuf Uebersiedelung nach Amerika durch Verwilligung eines Kostenbeitrages von etwa 50 ₰ aus der Stadtcasse unterstützt.

## §. 22.

**Von Trau =, Copulations = und Proclamations = Scheinen.**

Aus dem im Jahre 1857 geführten Verzeichnisse derjenigen hiesigen Einwohner und Bürger, welche ihre Verheirathung angemeldet und um den sogenannten Trauschein nachgesucht haben, ergibt sich eine Zahl von 308 Personen. Unter denselben ist 176 Personen sofort der Trauschein ertheilt; in Bezug auf 130 Personen ist eine weitere Prüfung der Lebens- und Erwerbs = Verhältnisse erforderlich geworden und hat von letztern noch 118 Personen der Trauschein ertheilt werden können; versagt ist der Trauschein überhaupt nur 14 Personen. — Unter den in jenen 308 Fällen zur Ehe gewählten Frauenspersonen sind 95 gewesen, bei welchen außerehelich erzeugte Kinder entweder noch vorhanden, oder wenigstens vorhanden gewesen waren.

Behuf der Copulation oder Proclamation sind auf Grund beigebrachter Heiraths = Consense auswärtiger Behörden für 212 Personen die nöthigen Bescheinigungen ausgefertigt.

## §. 23.

**Vom Nahrungs = und Gewerbe = Betriebe.**

In Ansehung des Nahrungs = und Gewerbe = Betriebes in hiesiger Stadt sind manche allgemeinere Fragen zur Erörterung gekommen, namentlich über das Halten von Möbeln = Magazinen, den Mehlhandel Seitens der Bäckermeister, das Coiffiren von Damen durch Frauenspersonen, die Zulassung von Agenten für auswärtige Handlungshäuser, die Anfertigung von Lichtbildern, (Daguerreotypie und Photographie), das Mühlenwesen, das Feilhalten von Kleidungsstücken Seitens der Schneidermeister, den Handel nach Proben auf den hiesigen Messen, die Zulassung auswärtiger Feuer-Versicherungs-Gesellschaften. Dieselben haben durch Entscheidung der höheren Behörden ihre Erledigung gefunden.

Die besonderen Verhandlungen, welche vorzugsweise die Erlangung einer Concession oder eines Gewerbescheins zu einem steuerpflichtigen Gewerbebetriebe zum Zwecke gehabt haben, sind durch 333 Personen in etwa 450 Gesuchen veranlaßt. Unter Anderen haben nachgesucht um Concessionen, beziehungsweise Gewerbescheine:

- 1) zum Kleinhandel mit Materialwaaren 8 Personen, von denen 4 Personen (die eine als Compagnon in einem schon bestehenden Geschäft) concessionirt sind;
- 2) zum Kleinhandel mit Ellenwaaren 4 Personen; welche (die eine gleichfalls als Compagnon) concessionirt sind;
- 3) zum Betriebe einer Gastwirthschaft, Restauration, Schenkwirthschaft, Speisewirthschaft, zum Bier- und Brantwein-Schanke 40 Personen, von denen 10 concessionirt sind;
- 4) zum Victualienhandel, Handel mit Korn- und Hülsenfrüchte, Mühlenfabrikaten (Mehl), Höckerwaaren, Milch, Butter und Käse, Kohlen, Torf und Wäsen, grünen Früchten, Brantwein 103 Personen, von denen 40 concessionirt sind;
- 5) zum Hausirhandel und hausirenden Gewerbebetriebe, und zum Handel auf Messen und Jahrmärkten 43 Personen, von denen 9 mit Gewerbescheinen versehen sind.

Eine Cichorienfabrik ist neu entstanden und in Betrieb gesetzt, und eine Actien-Gesellschaft zum Betriebe einer Zucker-Raffinerie zusammengetreten, von welcher die Baulichkeiten in Angriff genommen sind.

Ueberhaupt sind im Laufe des Jahres 1857 133 Concessionen ausgefertigt, wogegen von den bestandenen Geschäften bis zum Schlusse jenes Jahres 141 Concessionen abgemeldet und gelöscht worden. Unter denjenigen Geschäften, welche aufgehört haben, wollen wir hier hervorheben: 4 Concessionen zum Kleinhandel mit Materialwaaren, 5 Concessionen zum Kleinhandel mit Ellenwaaren, 14 Concessionen zur Gastwirthschaft und 47 Concessionen zum Victualienhandel u.

In die Gewerbescheins-Rolle, also für den Hausirhandel und hausirenden Gewerbebetrieb, sowie für den Handel und Verkehr auf Messen und Jahrmärkten, sind aus der Rolle pro 1856 im Ganzen 194 Personen übertragen.

Der gildemäßige Gewerbebetrieb hat im Laufe des Jahres 1857 einen Zuwachs von 45 Meistern, darunter insbesondere 16 Schuhmacher, 6 Bäcker und 4 Tischler, bekommen. Mit Tode abgegangen sind 47 Meister, darunter 7 Schuhmacher, 2 Bäcker, 2 Tischler, auch 6 Schneider, 4 Knochenhauer, von welchen indessen mehre ihre Profession schon nicht mehr ausgeübt haben.

Zum Geschäftsbetriebe in den Zollvereins-Staaten sind 234 Gewerbe-Legitimationen erteilt.

Der Gewerberath hat im Laufe des Jahres 1857 nur zweimal Sitzung gehabt. Von den dortigen Verhandlungen ist als für die hiesige Stadt wichtig hervorzuheben, daß die Vereinigung der Altschuhmacher-Gilde mit der Schuhmacher-Gilde vom Herzogl. Staats-Ministerium genehmigt und von eben dieser höchsten Behörde auch ein Regulativ über die Gewerbebefugnisse der Kürschnermeister und Schuhmachermeister rücksichtlich des Pelzschuhwerkes (in die Gesetz- und Verordnungs-Sammlung pro 1857 aufgenommen) erlassen ist. Die sonstigen Verhandlungen betreffen Angelegenheiten der Gewerbe- und Handel-Treibenden in den Kreisen und Städten Helmstedt, Blankenburg, Wolfenbüttel, Schöningen und Königs-lutter.



Die Handwerker-Fortbildungsschule hat auch im verflossenen Jahre fortgebauert und sich für die Theilnehmer sehr nützlich gezeigt. Leider ist indeß der Besuch der Schule noch immer nicht so zahlreich, als zu wünschen stände, wie daraus hervorgeht, daß die erste Classe der Schule im Sommer v. J. von 42, im Winter 1857/58 von 61 Schülern, die zweite Classe von 27 resp. 51 Schülern, die dritte Classe von 39 resp. 57 Schülern besucht ist, eine im Verhältnisse zu den in hiesiger Stadt befindlichen Handwerksgehilfen und Lehrlingen nur unbedeutende Zahl. Der Grund dieser geringen Theilnahme liegt wohl hauptsächlich in dem geringen Interesse, welches jene Personen für ihre tüchtigere geistige Ausbildung haben, theilweise aber auch wohl darin, daß dieselben von ihren Meistern und Principalen auf den Nutzen der Anstalt nicht hingewiesen und zu deren Besuche nicht angehalten werden. Es ist solches indeß um so mehr zu bedauern, wenn man erwägt, mit wie geringen Kenntnissen viele angehende Handwerker die Schule verlassen, wie nothwendig ihnen aber eine tüchtige geistige Bildung ist, um künftig eine angesehenere, geachtete und würdige Stellung im Staate, in der Gemeinde und in ihren eigenen Gewerbsgenossenschaften einzunehmen und wir halten uns deshalb verpflichtet, alle diejenigen hiesigen Einwohner, welche dazu im Stande sind, dringend aufzufordern, die Handwerksgehilfen und Lehrlinge anzuhalten, die ihnen gebotene Gelegenheit zu ihrer besseren geistigen Ausbildung fleißig zu benutzen.

#### §. 24.

#### Von der Thätigkeit des Stadt-Magistrats in einigen andern Zweigen.

Zum Zwecke der Kostenfreien Proceßführung sind 260 Armuths-Atteste ertheilt.

Schließlich wird noch bemerkt, daß das Verzeichniß der in hiesiger Stadt gehaltenen Hunde mit einem Bestande von 1311 Stück abschließt. Von dieser Zahl sind für 10 Hunde je 4  $\text{fl.}$ , für 687 Hunde je 2  $\text{fl.}$  und für 26 Hunde je 1  $\text{fl.}$  gezahlt; für 481 Hunde sind weiße Freimarken und für 107 abgabefreie Hunde gelbe Marken ausgegeben.

Die Arbeiten, welche die Militair-Aushebungen, die Gebäude-Versicherungen, die Aufstellung der verschiedenen Steuer-Rollen, insbesondere auch der Rollen der Salz-Consumenten und die Ausfertigung von 9644 Salzbüchern u. veranlassen und die städtischen Behörden und deren Hülfspersonal bedeutend in Anspruch nehmen, sind unvermindert und im Wesentlichen auch unverändert geblieben.

Braunschweig, am 18. October 1857.

#### Der Stadt-Magistrat daselbst.

*H. Caspari.*

*Ernst Meier.*

*G. C. E. Mack.*

*A. Bammel.*

*J. N. Grote.*

*Fr. Seele.*

01

# Erecutions - Stat

der

## städtischen Cassen zu Braunschweig im Jahre 1857.

| Lauf. Nr. | Stadt = Cass.                                                                                        | Voranschlag |    |   | Wirkliche Einnahme |    |   | Bemerkungen.                                                                                                                    |
|-----------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|----|---|--------------------|----|---|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|           |                                                                                                      | ₤           | ℥  | ℔ | ₤                  | ℥  | ℔ |                                                                                                                                 |
|           | <b>A. Einnahme.</b>                                                                                  |             |    |   |                    |    |   |                                                                                                                                 |
| 1         | Cassen-Vorrath . . . . .                                                                             | —           | —  | — | 27586              | 12 | 4 | Im Voranschlage nicht berücksichtigt.                                                                                           |
| 2         | Rückstände de 1856 . . . . .                                                                         | —           | —  | — | 2686               | 1  | 2 | Unter den Rückständen sind $2\frac{1}{2}$ ₤ Pachtgeld und 77 ₤ 1 ℥ 6 ℔ an an Service enthalten, das Uebrige ist Communalsteuer. |
| 3         | Zurückgezahlte Capitalien . . . . .                                                                  | —           | —  | — | 210                | 20 | — | Die eingegangenen Capitalien sind ausgelooft.                                                                                   |
| 4         | Zinsen von ausstehenden Capitalien .                                                                 | 1666        | —  | 5 | 1978               | 5  | 8 | Durch Erhöhung der Einnahme von der Gasanstalt gestiegen.                                                                       |
| 5         | Von Grundstücken:                                                                                    |             |    |   |                    |    |   |                                                                                                                                 |
|           | a. von Häusern und Kellern . . .                                                                     | 2207        | 10 | — | 2225               | 18 | — |                                                                                                                                 |
|           | b. von Mühlen . . . . .                                                                              | 150         | 4  | 1 | 140                | 22 | 9 | Durch Verkauf der Eisenbüttler Mühlen vermindert.                                                                               |
|           | c. von Bleichen . . . . .                                                                            | 150         | 13 | 4 | 150                | 13 | 4 |                                                                                                                                 |
|           | d. von dem Mödesfer Grundstücke                                                                      | 584         | —  | — | 584                | —  | — |                                                                                                                                 |
|           | e. von Gewässern und Fischereien .                                                                   | 180         | —  | — | 180                | —  | — |                                                                                                                                 |
|           | f. von Erbenzinsen . . . . .                                                                         | 7           | 14 | 3 | 7                  | 14 | 3 |                                                                                                                                 |
| 6         | Von Berechtigungen:                                                                                  |             |    |   |                    |    |   |                                                                                                                                 |
|           | A. Aequivalentgelder aus der Staatscasse . . . . .                                                   | 17253       | 15 | 8 | 17253              | 15 | 8 |                                                                                                                                 |
|           | B. Zuschuß zu den städtischen Polizei-Anstalten:                                                     |             |    |   |                    |    |   |                                                                                                                                 |
|           | a. Beitrag der Herzogl. Cammer-Casse zu den Kosten der Straßen-Reinigung, 305 ₤ von 1000 ₤ . . . . . | 533         | 18 | — | 396                | 12 | — | cf. Ausg. Nr. 12.                                                                                                               |
|           | <b>Latus</b>                                                                                         | 22733       | 3  | 9 | 53400              | 15 | 2 |                                                                                                                                 |

| Lauf. № | A. Einnahme.                                                                               | Voranschlag |    |   | Wirkliche Einnahme |    |    | Bemerkungen.                                                                                                                                                                                                               |
|---------|--------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|----|---|--------------------|----|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|         |                                                                                            | ₰           | ℔  | ℔ | ₰                  | ℔  | ℔  |                                                                                                                                                                                                                            |
|         | <b>Transport</b>                                                                           | 22733       | 3  | 9 | 53400              | 15 | 2  |                                                                                                                                                                                                                            |
|         | b Beitrag zu den Straßenbeleuchtungskosten, nach gleichem Verhältniſſe . . . . .           | 2765        | 17 | 9 | 2765               | 17 | 9  | cf. Ausg. № 13.                                                                                                                                                                                                            |
|         | c. beagl. zu den Feuerlöſchanſtalten 300 ₰ Conv.-Münze Firum und 1/8 der Ausgabe . . . . . | 659         | 14 | — | 677                | 20 | 10 | cf. Ausg. № 14.                                                                                                                                                                                                            |
|         | d. Beitrag zu dem Gehalte des Stadtbaumeiſters aus der Caſſe piorum corporum . . . . .     | 400         | —  | — | 400                | —  | —  |                                                                                                                                                                                                                            |
|         | e. Gebühren für die Reviſion der Feueranlagen . . . . .                                    | 140         | —  | — | 140                | 8  | —  |                                                                                                                                                                                                                            |
|         | C. Von Marktſtellen . . . . .                                                              | 220         | —  | — | 213                | 11 | 8  |                                                                                                                                                                                                                            |
|         | D. Von Grundzinſen . . . . .                                                               | 73          | 20 | — | 73                 | 20 | —  |                                                                                                                                                                                                                            |
|         | E. An Meierzinſen und Meßkorn . . . . .                                                    | 365         | 15 | — | 327                | 16 | —  | Durch Sinken der Kornpreiſe vermindert.                                                                                                                                                                                    |
|         | F. Von Dienſtgeldern . . . . .                                                             | 209         | 14 | 8 | 209                | 14 | 8  |                                                                                                                                                                                                                            |
| 7       | Vom Service und Proviantgelde . . . . .                                                    | 8400        | —  | — | 8413               | 1  | 3  | Es ſind noch 344 ₰ 1 ℔ 9 ℔ Rückſtände geblieben.                                                                                                                                                                           |
| 8       | Vom Bürgergelde, für Markgenoffenſcheine und vom Anzugsgelde . . . . .                     | 1000        | —  | — | 1718               | —  | —  | Der muthmaßliche Voranſchlag iſt überſchritten.                                                                                                                                                                            |
| 9       | An zufälligen Einnahmen . . . . .                                                          | —           | —  | — | 2204               | 14 | 3  | Darunter 1067 ₰ 4 ℔ 8 ℔ für wieder abgegebenes Salz, 643 ₰ 2 ℔ 5 ℔ Entſchädigung für die Salzſeller, 235 ₰ — ℔ 8 ℔ Strafgeſelber wegen zu wenig entnommenen Salzes, 64 ₰ 16 ℔ Strafe wegen nicht abgelieferter Salzbücher. |
|         | <b>Latus</b>                                                                               | 36967       | 13 | 2 | 70544              | 19 | 7  |                                                                                                                                                                                                                            |

| Lauf. Nr. | A. Einnahme.                        | Voranschlag  |           |          | Wirkliche Einnahme |          |          | Bemerkungen.                                  |
|-----------|-------------------------------------|--------------|-----------|----------|--------------------|----------|----------|-----------------------------------------------|
|           |                                     | ₹            | ₹         | ₹        | ₹                  | ₹        | ₹        |                                               |
|           | Transport                           | 36967        | 13        | 2        | 70544              | 19       | 7        |                                               |
| 10        | Für verkaufte Grundstücke . . . . . | —            | —         | —        | 2180               | 13       | 4        | Für die Eisenbättler Mühlen.                  |
| 11        | Ablösungs-Capitalien . . . . .      | —            | —         | —        | 25                 | 4        | 4        |                                               |
| 12        | An Communalsteuer . . . . .         | 54700        | —         | —        | 49315              | 12       | 11       | Es sind noch bedeutende Rückstände geblieben. |
|           | <b>Summa der Einnahme</b>           | <b>91667</b> | <b>13</b> | <b>2</b> | <b>122066</b>      | <b>2</b> | <b>2</b> |                                               |



| Lauf. № | B. Ausgabe.                                                                     | Voranschlag |    |   | Wirkliche Ausgabe |    |    | Bemerkungen.                                                       |
|---------|---------------------------------------------------------------------------------|-------------|----|---|-------------------|----|----|--------------------------------------------------------------------|
|         |                                                                                 | fl          | kr | h | fl                | kr | h  |                                                                    |
| 1       | Abzuführende Capitalien . . . . .                                               | 2000        | —  | — | 5000              | —  | —  | An Herzogliches Leihhaus zurückgezahlt.                            |
| 2       | Belegte Capitalien . . . . .                                                    | —           | —  | — | 2454              | 19 | 7  | Für die in Cap. 3, 10 und 11 der Einnahme aufgeführten Capitalien. |
| 3       | An Zinsen auf angeliehene Capitalien                                            | 524         | 18 | — | 508               | 9  | 10 | Durch Abzahlungen der Schulden vermindert.                         |
| 4       | Abonnementsgelder auf die Anzeigen u.                                           | 17          | 14 | — | 19                | 2  | —  |                                                                    |
| 5       | An Besoldungen und Löhnen:                                                      |             |    |   |                   |    |    |                                                                    |
|         | a. für die Mitglieder des Stadt-Magistrats und des Hülfspersonals . . . . .     | 6370        | —  | — | 6370              | —  | —  |                                                                    |
|         | b. dem Stadtsuperintendenten für 60 Himten Rocken u. 40 Himten Gerste . . . . . | 134         | —  | — | 115               | 17 | 2  | Durch Sinken der Kornpreise vermindert.                            |
|         | c. für die Beamten der Stadtcasse                                               | 1345        | 13 | 4 | 1345              | 13 | 4  |                                                                    |
|         | d. für das Baupersonal . . . . .                                                | 1240        | —  | — | 1240              | —  | —  |                                                                    |
|         | e. für das Unterpersonal des Stadt-Magistrats . . . . .                         | 700         | —  | — | 700               | —  | —  |                                                                    |
|         | f. für die Nachtwächter . . . . .                                               | 1512        | —  | — | 1512              | —  | —  |                                                                    |
| 6       | An Pensionen . . . . .                                                          | 948         | —  | — | 942               | 23 | 8  | wie 5 b.                                                           |
|         | Bierzeitengelder für die Dpferleute .                                           | 958         | —  | — | 958               | —  | —  |                                                                    |
|         | <b>Latus</b>                                                                    | 15749       | 21 | 4 | 21166             | 13 | 7  |                                                                    |

| Lauf. Nr. | B. Ausgabe.                                                                                | Voranschlag |    |    | Wirkliche Ausgabe |    |    | Bemerkungen.                                                  |
|-----------|--------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|----|----|-------------------|----|----|---------------------------------------------------------------|
|           |                                                                                            | ₹           | ₹  | ₹  | ₹                 | ₹  | ₹  |                                                               |
|           | Transport                                                                                  | 15749       | 21 | 4  | 21166             | 13 | 7  |                                                               |
| 8         | Unterhaltung der städtischen Gebäude, Kosten der Reparatur des Straßenpflasters u. . . . . | 2352        | 19 | 4  | 2124              | 14 | 11 | Es sind einige Ersparungen gegen den Voranschlag eingetreten. |
| 9         | An Grundabgaben . . . . .                                                                  | 138         | 4  | —  | 128               | 19 | —  | wie bei 5 b.                                                  |
| 10        | Zur Unterhaltung der Gemeindeschulen                                                       | 11134       | 21 | 10 | 11237             | 23 | 10 | Durch extraordinaire Unterstüzungen überschritten.            |
| 11        | Dem Gewerbevereine für die Zeichenschule . . . . .                                         | 400         | —  | —  | 400               | —  | —  |                                                               |
| 12        | Für Straßenreinigung . . . . .                                                             | 1750        | —  | —  | 1300              | —  | —  | Beim Schnees und Eisabfahren im Winter erspart.               |
| 13        | Für Straßenbeleuchtung . . . . .                                                           | 9068        | —  | —  | 9068              | —  | —  |                                                               |
| 14        | Für die Feuerlöschungsanstalten . . . . .                                                  | 2810        | —  | —  | 2958              | 6  | 6  | Durch Vermehrung der Löschmannschaft erhöht.                  |
| 15        | Für das Gesundheits- und Medicinalwesen . . . . .                                          | 600         | —  | —  | 613               | 13 | 4  | Durch Unterrichtskosten für eine Hebamme überschritten.       |
| 16        | Für das Schützenwesen . . . . .                                                            | 585         | 17 | 4  | 585               | 17 | 4  |                                                               |
| 17        | Für das Armenwesen:                                                                        |             |    |    |                   |    |    |                                                               |
|           | a. Zuschuß zu den Armen-Anstalten                                                          | 35597       | 5  | 1  | 33000             | —  | —  | cf. den besondern Etat.                                       |
|           | <b>Latus</b>                                                                               | 80186       | 16 | 11 | 82583             | 12 | 6  |                                                               |

| Lauf. N. | B. Ausgabe.                                                 | Voranschlag |    |    | Wirkliche Ausgabe |    |    | Bemerkungen.                                                                                        |
|----------|-------------------------------------------------------------|-------------|----|----|-------------------|----|----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                             | ₰           | ℔  | ℔  | ₰                 | ℔  | ℔  |                                                                                                     |
|          | Transport                                                   | 80186       | 16 | 11 | 82583             | 12 | 6  |                                                                                                     |
|          | b. Zuschuß zu den übrigen Wohltätigkeitsanstalten und zwar: |             |    |    |                   |    |    |                                                                                                     |
|          | 1) der Armen-Speiseanstalt . . . . .                        | 320         | —  | —  | 1066              | 21 | 2  | Durch die Veränderung der südl. Fronte des Gebäudes ist eine Ausgabe von 746 ₰ 21 ℔ 2 ℔ entstanden. |
|          | 2) der Klein-Kinder-Bewahranstalt . . . . .                 | 110         | —  | —  | —                 | —  | —  | Ist von der Abgabe für Hunde bezahlt.                                                               |
|          | 3) der Anstalt für dürftige Reconvalescenten . . . . .      | 20          | —  | —  | 20                | —  | —  |                                                                                                     |
|          | 4) dem Holzmagazin für Befürztige . . . . .                 | 60          | —  | —  | 35                | 20 | 6  |                                                                                                     |
|          | 5) der jüdischen Anstalt Ez Chajim                          | 150         | —  | —  | 150               | —  | —  |                                                                                                     |
|          | c. für die Unterhaltung der Corrigenden in Bayern . . . . . | 300         | —  | —  | 233               | 1  | 10 | Der Voranschlag ist nicht erreicht.                                                                 |
|          | d. für Unterstützungen von Auswanderern . . . . .           | 500         | —  | —  | 53                | —  | —  |                                                                                                     |
|          | e. für die von Schill'sche Invalidenstiftung . . . . .      | 50          | —  | —  | 200               | —  | —  |                                                                                                     |
| 18       | Für Service, Proviant und Fouragegeld . . . . .             | 6971        | 11 | 3  | 6971              | 11 | 3  | Zu einem nothwendigen Baue sind nachträglich 150 ₰ verwandt.                                        |
| 19       | Unterhaltung der städtischen Bureau                         | 875         | —  | —  | 960               | 21 | 11 | Der muthmaßliche Voranschlag ist in Etwas überschritten.                                            |
| 20       | An Proceß und Verwaltungskosten .                           | 50          | —  | —  | 63                | 15 | —  |                                                                                                     |
|          | Latus                                                       | 89593       | 4  | 2  | 92338             | 8  | 2  |                                                                                                     |

| Lauf. Nr. | B. Ausgabe.                         | Voranschlag |    |   | Wirkliche Ausgabe |    |    | Bemerkungen.                                                                                                                                                                              |
|-----------|-------------------------------------|-------------|----|---|-------------------|----|----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|           |                                     | ₹           | ℔  | ₛ | ₹                 | ℔  | ₛ  |                                                                                                                                                                                           |
|           | Transport                           | 89593       | 4  | 2 | 92338             | 8  | 2  |                                                                                                                                                                                           |
| 21        | An verschiedenen Ausgaben . . . .   | 1624        | 9  | — | 2502              | 5  | 9  | Darunter an außerordentlichen Ausgaben:<br>1) für ein dem Fräulein Diederichs errichtetes Denkmal 373 ₹ 20 ℔,<br>2) extraordinaire Unterstützungen 191 ₹,<br>3) für 2 Geldschränke 540 ₹. |
| 22        | Zu der städtischen Begebaucaffe . . | 450         | —  | — | 450               | —  | —  |                                                                                                                                                                                           |
|           | Summa der Ausgabe                   | 91667       | 13 | 2 | 95290             | 13 | 11 |                                                                                                                                                                                           |
|           | die Einnahme war                    | 91667       | 13 | 2 | 122066            | 2  | 2  |                                                                                                                                                                                           |
|           | bleibt Cassenvorrath                | —           | —  | — | 26775             | 12 | 3  |                                                                                                                                                                                           |



| Lanf. № | Begebau = Casse.                                                                         | Voranschlag |    |   | Wirkliche<br>Einnahme |    |   | Bemerkungen. |
|---------|------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|----|---|-----------------------|----|---|--------------|
|         |                                                                                          | ₤           | ℔  | ₛ | ₤                     | ℔  | ₛ |              |
|         | <b>A. Einnahme.</b>                                                                      |             |    |   |                       |    |   |              |
| 1       | Aus Testamenten und Contracten. . .                                                      | 730         | —  | — | 708                   | 22 | — |              |
| 2       | Antheil an den Begegeldern von der<br>Broikenschen Straße . . . . .                      | 54          | —  | — | 92                    | 14 | 1 |              |
| 3       | Vom Kahle-Wohlemann'schen Legate .                                                       | 2           | 1  | 4 | 2                     | 1  | 4 |              |
| 4       | Zuschuß aus* der Stadt=Casse . . . .                                                     | 450         | —  | — | 450                   | —  | — |              |
| 5       | Von den Feldmarks-Interessenten . .                                                      | 1650        | —  | — | 1552                  | 18 | — |              |
| 6       | An Verschiedenem . . . . .                                                               | —           | —  | — | —                     | —  | — |              |
|         | <b>Summa der Einnahme</b>                                                                | 2886        | 1  | 4 | 2806                  | 7  | 5 |              |
|         | <b>B. Ausgabe.</b>                                                                       |             |    |   |                       |    |   |              |
|         |                                                                                          | Voranschlag |    |   | Wirkliche<br>Ausgabe  |    |   |              |
| 1       | An Vorschuß . . . . .                                                                    | 6000        | —  | — | 5941                  | —  | 4 |              |
| 2       | Für Remuneration des Baupersonals                                                        | 150         | —  | — | 123                   | 12 | — |              |
| 3       | Für Instandsetzung des Weges zwi-<br>schen dem Stein- und Fallerleber-<br>thore. . . . . | 625         | 22 | — | 460                   | 17 | 9 |              |
| 4       | Zur Unterhaltung sämmtlicher Com-<br>munalwege . . . . .                                 | 1656        | 12 | 8 | 1537                  | 6  | 1 |              |
| 5       | An Verschiedenem und Bonificandis .                                                      | —           | —  | — | 16                    | 10 | 4 |              |
|         | <b>Summa der Ausgabe</b>                                                                 | 8432        | 10 | 8 | 8078                  | 22 | 8 |              |
|         | <b>davon die Einnahme mit</b>                                                            | 2886        | 1  | 4 | 2806                  | 7  | 5 |              |
|         | <b>mithin sind aus der Stadt=Casse<br/>vorgeschoffen . . . . .</b>                       | 5546        | 9  | 4 | 5272                  | 15 | 3 |              |

| Lauf. Nr.          | Gemeinde = Schul = Cassé.                                         | Voranschlag |     |    | Wirkliche Einnahme |     |    | Bemerkungen.                                                 |
|--------------------|-------------------------------------------------------------------|-------------|-----|----|--------------------|-----|----|--------------------------------------------------------------|
|                    |                                                                   | ₤           | fl. | h. | ₤                  | fl. | h. |                                                              |
| A. Einnahme.       |                                                                   |             |     |    |                    |     |    |                                                              |
| 1                  | An Cassenvorrath . . . . .                                        | —           | —   | —  | 718                | 4   | 3  | Im Voranschlage nicht berücksichtigt.                        |
| 2                  | An Pachten und Kellermiethen . . . . .                            | 84          | 6   | —  | 82                 | 18  | —  |                                                              |
| 3                  | An Schulgeld :                                                    |             |     |    |                    |     |    |                                                              |
|                    | a. aus den Bürgerschulen . . . . .                                | 5100        | —   | —  | 5894               | 8   | —  | Der Voranschlag ist überstiegen.                             |
|                    | b. aus den niedern Volksschulen . . . . .                         | 300         | —   | —  | 519                | 14  | —  |                                                              |
| 4                  | Zuschuß aus der Currende-Casse . . . . .                          | 800         | —   | —  | 800                | —   | —  |                                                              |
| 5                  | Aus dem von Kalm'schen Legate . . . . .                           | 9           | 14  | 2  | 9                  | 14  | 2  |                                                              |
| 6                  | An Zuschuß aus der Armen-Casse . . . . .                          | 6600        | 12  | —  | 6719               | 21  | 1  |                                                              |
| 7                  | Desgl. aus der Stadt-Casse . . . . .                              | 11034       | 21  | 10 | 11098              | 21  | 10 |                                                              |
| 8                  | An Extraordinair . . . . .                                        | 20          | —   | —  | 21                 | —   | —  |                                                              |
| Summa der Einnahme |                                                                   | 24049       | 6   | —  | 25864              | 5   | 4  |                                                              |
| B. Ausgabe.        |                                                                   | Voranschlag |     |    | Wirkliche Ausgabe  |     |    |                                                              |
| 1                  | An Gehalten und Remunerationen :                                  |             |     |    |                    |     |    |                                                              |
|                    | a. Gehalt des Schuldirectors . . . . .                            | 400         | —   | —  | 500                | —   | —  | Vom Juli an 200 ₤ Zulage.                                    |
|                    | b. für die Lehrer an der Bürgerschule östlichen Bezirks . . . . . | 4425        | —   | —  | 4418               | 8   | —  |                                                              |
|                    | c. desgl. an der westlichen Bezirkschule . . . . .                | 4190        | —   | —  | 4192               | 12  | —  |                                                              |
|                    | d. Remunerationen für die Hilfslehrer . . . . .                   | 186         | —   | —  | 186                | —   | —  |                                                              |
|                    | e. für die Lehrer an der niedern Volksschule 1. Bezirks . . . . . | 2375        | —   | —  | 2277               | 12  | —  |                                                              |
|                    | f. desgl. an der des 2. Bezirks . . . . .                         | 2305        | —   | —  | 2323               | 18  | —  |                                                              |
|                    | g. an Remunerationen für die beiden Schulbezirke . . . . .        | 635         | 12  | —  | 685                | 12  | —  | Durch Anstellung zweier neuer Industrielehrer rinnen erhöht. |
|                    | Latus                                                             | 14516       | 12  | —  | 14583              | 14  | —  |                                                              |

| Lauf. Nr. | B. Ausgabe.                                           | Voranschlag |    |    | Wirkliche Ausgabe |    |    | Bemerkungen.                                                                    |
|-----------|-------------------------------------------------------|-------------|----|----|-------------------|----|----|---------------------------------------------------------------------------------|
|           |                                                       | ₹           | ℥  | S  | ₹                 | ℥  | S  |                                                                                 |
|           | Transport                                             | 145         | 16 | 12 | 145               | 83 | 14 |                                                                                 |
| 2         | An Pensionen . . . . .                                | 915         | 18 | —  | 915               | 18 | —  |                                                                                 |
| 3         | An Remunerationen für die Rechnungsführung u. . . . . | 112         | —  | —  | 112               | —  | —  |                                                                                 |
| 4         | Für Unterhaltung der Schulgebäude :                   |             |    |    |                   |    |    |                                                                                 |
|           | a. für die beiden Bürgerschulen . . . . .             | 6940        | —  | —  | 6794              | 17 | 6  |                                                                                 |
|           | b. für die beiden niedern Volksschulen . . . . .      | 725         | —  | —  | 915               | 5  | 1  | Der Voranschlag ist überschritten.                                              |
| 5         | Behuf Heizung der Schullocalen :                      |             |    |    |                   |    |    |                                                                                 |
|           | a. in den Bürgerschulen . . . . .                     | 400         | —  | —  | 353               | 16 | —  | (Der Voranschlag ist                                                            |
|           | b. in den niedern Volksschulen . . . . .              | 260         | —  | —  | 186               | 16 | —  | nicht völlig erreicht.                                                          |
| 6         | An Verschiedenem :                                    |             |    |    |                   |    |    |                                                                                 |
|           | a. in den Bürgerschulen . . . . .                     | 180         | —  | —  | 310               | 19 | 11 | Der Voranschlag ist namentlich durch die Ausgaben für Lehrmittel überschritten. |
|           | b. in den niedern Volksschulen . . . . .              | —           | —  | —  | —                 | —  | —  |                                                                                 |
|           | Summa der Ausgabe                                     | 24049       | 6  | —  | 24172             | 10 | 6  |                                                                                 |
|           | dagegen die Einnahme                                  | 24049       | 6  | —  | 25864             | 5  | 4  |                                                                                 |
|           | bleibt Cassenbestand                                  | —           | —  | —  | 1691              | 18 | 10 |                                                                                 |

| Auf. N <sup>o</sup> | Armen = Casse.                                                          | Voranschlag |    |     | Wirkliche Einnahme |    |     | Bemerkungen.                                                          |
|---------------------|-------------------------------------------------------------------------|-------------|----|-----|--------------------|----|-----|-----------------------------------------------------------------------|
|                     |                                                                         | fl          | gr | sch | fl                 | gr | sch |                                                                       |
| A. Einnahme.        |                                                                         |             |    |     |                    |    |     |                                                                       |
| 1                   | An Cassen-Vorrath . . . . .                                             | —           | —  | —   | 574                | 23 | 3   | Bei dem Voranschlage nicht berücksichtigt.                            |
| 2                   | An Zinsen . . . . .                                                     | 2050        | —  | —   | 2175               | —  | —   | Höher wegen des Aglo auf Gold und einiger hinzugekommener Capitalien. |
| 3                   | An zurückgezahlten Capitalien . . . . .                                 | —           | —  | —   | 2437               | 19 | 4   | Wie zu 1.                                                             |
| 4                   | Aus der Armenpredigt und der Armenbüchse . . . . .                      | 400         | —  | —   | 31                 | 16 | 1   | Durch Aufhebung der Armenpredigt vermindert.                          |
| 5                   | An milden Gaben incl. des Geschenks Sr. Hoheit am 13. Februar . . . . . | 900         | —  | —   | 929                | 14 | —   |                                                                       |
| 6                   | Aus Testamenten und Contracten . . . . .                                | 700         | —  | —   | 798                | 2  | 6   |                                                                       |
| 7                   | Für Jagdscheine . . . . .                                               | 240         | —  | —   | 262                | 15 | 4   |                                                                       |
| 8                   | Aus der Casse des großen Waisenhauses . . . . .                         | 1027        | 18 | 8   | 1027               | 18 | 8   |                                                                       |
| 9                   | An Spendegeldern nach den jedesmaligen Kornpreisen . . . . .            | 280         | —  | —   | 266                | 10 | 11  |                                                                       |
| 10                  | An Entschädigung für Holz von Herzoglicher Landes-Regierung . . . . .   | 859         | 12 | —   | 859                | 12 | —   |                                                                       |
| 11                  | An Strafgeldern . . . . .                                               | 5           | —  | —   | —                  | —  | —   |                                                                       |
| 12                  | Aus dem Nachlasse der Armen . . . . .                                   | 150         | —  | —   | 212                | 14 | 7   |                                                                       |
| 13                  | An Pachtgeldern . . . . .                                               | 5           | —  | —   | 5                  | —  | —   |                                                                       |
| 14                  | An erstatteten Almosen . . . . .                                        | 100         | —  | —   | 84                 | 23 | 1   |                                                                       |
| 15                  | An Extraordinarien . . . . .                                            | 70          | —  | —   | 70                 | 7  | 7   |                                                                       |
| Summa der Einnahme  |                                                                         | 6787        | 6  | 8   | 9736               | 9  | 4   |                                                                       |



| Auf. Nr. | B. Ausgabe.                                                   | Voranschlag |    |   | Wirkliche Ausgabe |    |    | Bemerkungen.                                                                                                                   |
|----------|---------------------------------------------------------------|-------------|----|---|-------------------|----|----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                               | fl          | kr | h | fl                | kr | h  |                                                                                                                                |
| 1        | An erstattetem Vorschuß . . . . .                             | —           | —  | — | —                 | —  | —  |                                                                                                                                |
| 2        | An zurückgezählten Capitalien . . . . .                       | 1027        | 18 | 8 | 855               | 13 | 4  |                                                                                                                                |
| 3        | An belegten Capitalien . . . . .                              | —           | —  | — | 2442              | 18 | —  | Ausgelooſte Obliga-<br>tionen und hinzuge-<br>kommene Capitalien,<br>auf welche im Etat<br>keine Rückſicht g. nom-<br>men iſt. |
| 4        | An Zinsen auf angeliehene Capitalien . . . . .                | 380         | —  | — | 337               | 4  | 10 |                                                                                                                                |
| 5        | Befoldungen des Hilfspersonals . . . . .                      | 600         | —  | — | 600               | —  | —  |                                                                                                                                |
| 6        | Befoldungen der Armenboten und Ar-<br>menboigte . . . . .     | 844         | —  | — | 868               | —  | —  | Durch Gehaltsverbeſ-<br>ſerungen erhöht.                                                                                       |
| 7        | Kosten der Unterhaltung der niedern<br>Volksſchulen . . . . . | 6880        | 12 | — | 6920              | 19 | 11 |                                                                                                                                |
| 8        | An Penſionen . . . . .                                        | 605         | 14 | — | 545               | 14 | —  | Durch einen Todes-<br>fall vermindert.                                                                                         |
| 9        | An Unterſtützungen:                                           |             |    |   |                   |    |    |                                                                                                                                |
|          | a. wöchentliches Almoſen . . . . .                            | 9500        | —  | — | 8743              | 10 | 5  | Dieſe Poſten ſind im<br>Etat nur muthmaſſ-<br>lich angenommen.                                                                 |
|          | b. außerordentliche Unterſtützungen . . . . .                 | 200         | —  | — | 182               | 18 | —  |                                                                                                                                |
|          | c. für auswärt's untergebrachte Ar-<br>men u. . . . .         | 90          | —  | — | 93                | 16 | —  |                                                                                                                                |
|          | d. an Mietgelbern . . . . .                                   | 6000        | —  | — | 5368              | 17 | 5  |                                                                                                                                |
|          | e. für Bekleidung der Armen . . . . .                         | 2850        | —  | — | 3024              | 12 | 5  |                                                                                                                                |
|          | f. für Unterhaltung des Pflege- und<br>Armenhauſes . . . . .  | 9000        | —  | — | 8000              | —  | —  |                                                                                                                                |
| 10       | Für Krankenpflege:                                            |             |    |   |                   |    |    |                                                                                                                                |
|          | a. an Befoldungen der Aerzte und<br>Wundärzte . . . . .       | 595         | —  | — | 595               | —  | —  | cf. die vorige Be-<br>merkung.                                                                                                 |
|          | b. für Arzneien und Bruchbänder . . . . .                     | 1290        | —  | — | 1008              | 18 | 1  |                                                                                                                                |
|          | c. für Kuckoſten im Herzoglichen<br>Krankenhaus . . . . .     | 600         | —  | — | 652               | 17 | —  |                                                                                                                                |
|          | <b>Latus</b>                                                  | 40462       | 20 | 8 | 40239             | 11 | 5  |                                                                                                                                |

| Lauf. Nr. | B. Ausgabe.                                                | Voranschlag  |           |          | Wirkliche Ausgabe |           |          | Bemerkungen.                |
|-----------|------------------------------------------------------------|--------------|-----------|----------|-------------------|-----------|----------|-----------------------------|
|           |                                                            | ₤            | fl.       | S.       | ₤                 | fl.       | S.       |                             |
|           | Transport                                                  | 40462        | 20        | 8        | 40239             | 11        | 5        |                             |
| 11        | An Begräbniskosten . . . . .                               | 150          | —         | —        | 136               | 4         | —        | } cf. die vorige Bemerkung. |
| 12        | Für durchreisende Arme . . . . .                           | 40           | —         | —        | 29                | 18        | —        |                             |
| 13        | Für Kur- und sonstige Kosten ausländischer Armen . . . . . | 400          | —         | —        | 197               | 10        | —        |                             |
| 14        | Für Drucksachen, Schreibmaterialien u.                     | 60           | —         | —        | 57                | 7         | 2        |                             |
| 15        | Für Unterhaltung des Inventars . .                         | 10           | —         | —        | —                 | —         | —        |                             |
| 16        | Für Feuerung an die recipirten Armen                       | 520          | —         | —        | 492               | —         | —        |                             |
| 17        | Für Extraordinarien . . . . .                              | 300          | —         | —        | 235               | 19        | 11       |                             |
|           | <b>Summa der Ausgabe</b>                                   | <b>41942</b> | <b>20</b> | <b>8</b> | <b>41387</b>      | <b>22</b> | <b>6</b> |                             |
|           | davon die Einnahme mit                                     | —            | —         | —        | 9736              | 9         | 4        |                             |
|           | bleibt ein Deficit von                                     | —            | —         | —        | 31651             | 13        | 2        |                             |
|           | Da aus der Stadt-Casse zugeschossen sind . . . . .         | —            | —         | —        | 33000             | —         | —        |                             |
|           | so ist ein Cassenbestand von                               | —            | —         | —        | 1348              | 10        | 10       |                             |